

DEUTSCHE POLIZEI^B

Nr. 5 Mai 2011 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei

G 2262



Chronische Überlastung stoppen!

In dieser Ausgabe:

Polizeiliche Auslandsmission:
Auch für den Hindukusch gilt
Personalvertretungsrecht

Tarifpolitik:
Endlich Entgeltordnung
für die Länder

Polizeigeschichte:
„Freund und Henker“ –
Die Polizei im NS-Staat

Verkehrsgerichtstag:
Sicherheitssysteme können helfen

Lebensphasen:
Vielleicht bürgern sich die „Woopies“ ein

Junge Gruppe

Sicherheit beim Einkauf.

Zehntausende Menschen kommen täglich in unsere bundesweit gelegenen Shopping-Center, um dort einzukaufen. Sie sollen ihren Aufenthalt genießen und sich wohl und sicher fühlen.

Da ist es beruhigend zu wissen, dass in jeder Stadt auf hilfsbereite Polizistinnen und Polizisten Verlass ist, die uns im Falle eines Falles mit Rat und Tat zur Seite stehen.



Kaiser Passage
Worms



Schloss Arkaden
Heidenheim



Klosterhof
Heilbronn



City-Rondell
Schwenningen



Shopping Arkaden
Bocholt



Shopping Plaza
Garbsen

Für ihre Unterstützung danken wir der Polizei

ITG · Immobilien Treuhand GmbH & Co. · Immermannstraße 12 · 40210 Düsseldorf
Telefon: 02 11/93 54-0 · Telefax: 02 11/93 54-119 · E-mail: info@itgcom.de

„Freund und Henker“ – Die Polizei im NS-Staat



Nicht nur die Gestapo, sondern alle Sparten der deutschen Polizei waren am Terror gegen die politischen und weltanschaulichen Gegner des NS-Staats beteiligt. Eine Ausstellung im Deutschen Historischen Museum in Berlin räumt mit Legenden auf. **S. 22**

Endlich Entgeltordnung für die Länder

Überraschenderweise ist eine Entgeltordnung für die Länder am 10. März 2011 zum Abschluss gebracht worden – zwar kein neue, aber eine überarbeitete, modernisierte Fassung der bisherigen Eingruppierungsregelungen. **S. 30**

Sicherheitssysteme können helfen



Konsequent 80 km/h für Lkw auf Europas Straßen? Im Teil 2 unserer Berichterstattung vom 49. Deutschen Verkehrsgerichtstag stehen Lkw und schwere Verkehrsunfälle im Fokus. **S. 31**

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR Berufszufriedenheit muss Chefsache werden	4
FORUM	4/5
TITEL/BERUFSZUFRIEDENHEIT Chronische Überlastung stoppen!	6
Forderungskatalog des GdP-Bezirks Bundespolizei aus der „Klartext-Studie“	16
Weiter Klartext sprechen!	18
VEREINBARKEIT Familienfreundlichkeit ist Standortvorteil	19
POLIZEILICHE AUSLANDSMISSION Auch für den Hindukusch gilt Personalvertretungsrecht	20
RECHT	21
POLIZEIGESCHICHTE Polizei im NS-Staat – erstmals bundesweit betrachtet	22
„Freund und Henker“ – Die Polizei im NS-Staat	
TARIFPOLITIK Endlich Entgeltordnung für die Länder	30
VERKEHRSGERICHTSTAG Sicherheitssysteme können helfen	31
MESSEN UND AUSSTELLUNGEN Polizeifachmesse IPOMEX mit GdP-Beteiligung	35
POLIZEISPORT Die Biker in der Bundespolizei	36
LEBENSPHASEN Vielleicht bürgern sich die „Woopies“ ein	36
JUNGE GRUPPE	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40



INNENMINISTERGESPRÄCH:

GdP thematisiert innere Sicherheit

Zu einem ersten Gedankenaustausch und zum gegenseitigen Kennenlernen traf am Freitag, 8. April 2011, der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut mit dem neuen Bundesminister des Innern, Dr. Hans-Peter Friedrich, an dessen Amtssitz in Berlin zusammen. Gesprächsthemen waren unter anderem Auslandseinsätze, die Auswirkungen der neuen gesetzlichen Regelung zur Sicherungsverwahrung für die Polizei, Vorratsdatenspeicherung und Schlussfolgerungen aus der Diskussion um die Untersuchungen der Werthebach-Kommission für die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt.

Bernhard Witthaut: „Der Bundesinnenminister zeigte sich den Problemen der Polizei gegenüber sehr aufgeschlossen. Das Gespräch verlief in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre. Einer guten Zusammenarbeit mit dem neuen Bundesinnenminister steht nichts im Wege.“
hol.



Beginn einer guten Zusammenarbeit: Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich empfing den GdP-Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut unweit der GdP-Bundesgeschäftsstelle in seinem Ministerium.
Foto: Hans-Joachim M. Rickel/BMI

Einstellungsquote bei Straftaten zu hoch

Nach den jüngsten Daten des Statistischen Bundesamtes in Karlsruhe wurden im Jahr 2009 rund sechs Millionen Kriminalitätsfälle polizeilich registriert. Hiervon wurden 30 Prozent wegen Geringfügigkeit eingestellt. Daraufhin bezeichnete der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut die zunehmend festzustellende Praxis der Justizbehörden, Strafverfahren aus Gründen der Geringfügigkeit einzustellen, als alarmierend. Es dürfe nicht das fatale Signal gesetzt werden, dass niederschwellige Rechtsverletzungen eher toleriert als bestraft würden. „Hinter den zwei Millionen eingestellten Strafverfahren stehen zwei Millionen Opfer, denen der Staat sagt, so schlimm sei das, was ihnen widerfahren ist, ja gar nicht. Dies ist eine völlig inakzeptable Geringschätzung der Kriminalitätsoffer.“

Witthaut bemängelte weiter, dass die generelle Quote der eingestellten Strafverfahren mit 62 Prozent zu hoch sei: „Es ist aber bemerkenswert, dass die Länder mit der geringsten Einstellungsquote, Bayern und Baden-Württemberg, auch die geringste Kriminalitätsbelastung aufweisen.“ In Bayern und Baden-Württemberg würden,

so Witthaut, nur etwas mehr als die Hälfte der Verfahren eingestellt und mit rund 5.000 Fällen pro 100.000 Einwohner die geringste Kriminalität erfasst.

„Wirksame Prävention hängt eindeutig auch mit Abschreckung zusammen. Wo das Risiko, entdeckt und verurteilt zu werden, hoch ist, ist Kriminalität weniger verbreitet“, so der GdP-Bundesvorsitzende. *red.*

GdP-Termin am Flughafen

Um sich von den sensiblen Sicherheitsaspekten und damit von der Aufgabenwahrnehmung der Bundespolizei sowie den Arbeitsbedingungen auf Deutschlands größtem Flughafen vor Ort ein Bild zum verschaffen, besuchte der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut am 30. März 2011 – gemeinsam mit einem seiner Stellvertreter, Jörg Radek, die Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main, nach Begrüßung und Einweisung in die Aufgabenwahrnehmung durch die Behördenleitung erfolgte eine Erörterung zur Gesamtsituation dieser klassischen Pendlerdienststelle. Daraus resultierende Problemstellungen wurden genauso the-

matisiert, wie die demographischen Entwicklungsprozesse bei der Bundespolizei. Aus Sicht der GdP ist es unabdingbar, dass sich die Bundespolizei anders auf diese Herausforderungen vorbereitet. So fehlt es u. a. immer noch an einem umfassenden und übergreifenden Planungsdenken in Bezug auf Werbung und Einstellung.

Die GdP-Vertreter zeigten sich von der tatsächlichen polizeilichen Aufgabenvielfalt auf dem Rhein-Main-Flughafen und dem professionellen Niveau unserer Kolleginnen und Kollegen sichtlich beeindruckt und versprachen, den seit Jahren bestehenden Forderungen an die Verantwortlichen aus Politik und im Ministerium gewerkschaftspolitisch Nachdruck zu verleihen. Im Anschluss trafen sie auch mit Vertretern des Betriebsrates des Flughafensbetreibers (Fraport AG) zusammen, um sich zu Belastungsmomenten der Arbeitsverdichtung im Bereich der Luftsicherheitskontrollkräfte auszutauschen, zu denen Parallelen auch zu bundespolizeilichen Arbeitsfeldern vorliegen könnten. „Alle Beschäftigten haben ein Recht auf eine faire Behandlung und dürfen nicht zum Spielball wirtschaftlicher Interessen werden. Das haben sie nicht verdient“, so Bernhard Witthaut in seinem abschließenden Resümee. *Martin Schmitt*



BOTSCHAFTSBESUCH:**Regelmäßiger Gedankenaustausch fortgesetzt**

Mit Vertretern der amerikanischen Botschaft traf der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut und der Stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Hugo Müller in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin zusammen. Themen des mittlerweile regelmäßigen Gedankenaustausches waren der Einsatz deutscher Polizisten bei der Ausbildung der afghanischen Polizei, mögliche neue gesellschaftliche Konflikte beim Ausbau erneuerbarer Energien und der Stand der Diskussionen um das gesetzliche und polizeiliche Instrumentarium zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, insbesondere der Vorratsdatenspeicherung.

hol.

Von links: Joachim Kowalik, Referent für Arbeit und Soziales der Wirtschaftsabteilung der US-Botschaft, Botschaftsrätin Ingrid Kollist, RA Dr. Jacqueline Dadswell und Benedict Wolf von der Abteilung für Globale Angelegenheiten, der Stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Hugo Müller und der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut.

*Foto: Holecsek***GDP BERLIN:****Mit Sicherheit Kunst**

Am 6.4.2011 eröffneten in der Eventlocation „Alte Pumpe“ der Berliner GdP-Landesbezirksvorsitzende Michael Purper und der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut, eine Kunstausstellung der GdP Berlin. 10 Kolleginnen und Kollegen aus der Polizei und dem Berliner Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) haben dort ihre Bilder, Holzskulpturen und ein Gedichtband vorgestellt. Etwa 100 interessierte Besucherinnen und Besucher und Gäste folgten der Einladung und waren von der Vielfalt und Professionalität der ausgestellten Werke begeistert. Unter

den Gästen konnten auch der Innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Björn Jotzo und die Berliner Polizeivizepräsidentin, Margarete Koppers sowie Jörg Radek, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender und der GdP-Seniorenvorstand des Bundes begrüßt werden.

Die Ausstellung ist bis zum 5.6.2011 täglich von 12 bis 18 Uhr geöffnet.

Klaus Eisenreich

Während der Eröffnung der Kunst-Ausstellung in der „Alten Pumpe“ in Berlin: GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut, die Berliner Polizeivizepräsidentin Margarete Koppers und der Berliner GdP-Landesbezirksvorsitzende Michael Purper (v.l.)

*Foto: Wilfried Püschel***Kennzeichnungspflicht**

Im Superwahljahr 2011 suchen die konkurrierenden Parteien nach Themen, die sie für besonders profilbildend halten. Die Forderung nach der Pflicht zur Kennzeichnung aller Polizeibeamtinnen und -beamte scheint ein solches Thema zu sein. Linkspartei, die GRÜNEN und Teile von FDP und SPD schreiben sich diese Forderung auf die Fahne. Offenkundig erzielt die Lobbyarbeit von Amnesty International Wirkung. Die GdP lehnt die Pflicht zur Kennzeichnung von Polizeibe-

amtinnen und -beamte ab. Das freiwillige Tragen von Namensschildern hält die GdP für unproblematisch, insbesondere im Wach- und Wechseldienst sind die überwiegend guten Erfahrungen festzuhalten.

Völlig anders bewertet die GdP die Pflicht zur Kennzeichnung von Beamtinnen und Beamte in geschlossenen Einsätzen. Die Beobachtungen insbesondere durch die linke Szene mit Foto- und Videokameras und die Veröffentlichung dieser Bilder im Internet können derzeit weder effektiv verhindert werden noch

gelingt es, entsprechende Aufnahmen aus dem Internet wieder zu entfernen. Vor allem auf Grund dieses Umstandes und der damit einhergehenden Verletzung der Persönlichkeitsrechte von Polizeibeamtinnen und -beamte steht die GdP klar zu ihrem Nein zur Kennzeichnungspflicht. Der GdP-Bundesvorstand hat die Erarbeitung einer Grundsatzposition der GdP zur Kennzeichnungspflicht in Auftrag gegeben. In der nächsten Ausgabe der Deutschen Polizei wird diese Grundsatzposition veröffentlicht werden.

Sascha Braun

Berufszufriedenheit muss Chefsache werden

Noch sinkt das Schiff nicht, aber es hat enorme Schiefelage. U. a., weil ein Großteil der Besatzung unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr zu Höchstleistungen fähig ist. Es muss dringend gegengesteuert werden!
Die Rede ist von der Bundespolizei.

Dass die Bundespolizistinnen und Bundespolizisten höchst belastet sind in ihrem Berufsalltag, das ist bekannt – spätestens seit der sogenannten Beerlage-Studie, die 2010 feststellte, dass rund ein Viertel aller Bundespolizistinnen und -polizisten von Burn-out betroffen oder stark gefährdet ist.

So der Fakt. Passiert ist seither fast gar nichts.

Will man gegen solche Zustände vorgehen, ist es für eine erfolgreiche Strategie entscheidend, dass man starke Argumente mit ganz exakt belegbaren Fakten untermauern und ins Feld führen kann. Aus diesem Grund hat der GdP-Bezirk Bundespolizei seine Mitglieder im vergangenen Jahr aufgefordert, Klartext zu reden und sich an einer wissenschaftlichen Studie zur Berufszufriedenheit zu beteiligen. Das haben fast 5.000 getan und sich dabei nicht einfach nur den Frust von der Seele geredet – obwohl sie allen Grund dazu hätten – nein, sie haben ganz genau den Finger in die Wunde gelegt, haben grundlegende Zustände, Verfahren und Fehlentwicklungen beschrieben, die erfolgreiches Arbeiten der Polizistinnen und Polizisten massiv behindern.

Um es ganz klar zu stellen, es geht längst nicht mehr nur um eine sehr hohe Belastung. Es geht um eine chronische Überlastung! Nicht nur punktuell, sondern durchweg durch die Reihen der Bundespolizistinnen und Bundespolizisten – und zwar permanent.

Viele Ergebnisse der „Klartext-Studie“ (ab Seite 6 als Titelthema nachlesbar) sind regelrecht beschämend für die zweitgrößte Polizei in Deutschland, ich kann das nicht anders formulieren. Und ich sage mit allem Nachdruck: Viele Punkte gelten nicht nur für die Bundespolizei; davon können auch Beschäftigte der anderen Polizeien in unserem Land durchaus ein Lied singen.

Dennoch sind die Zustände gerade in der Bundespolizei extrem dramatisch. Besonders erschütternd ist für mich der Beleg, dass sich eine deutliche Mehrheit der Befragten nicht noch einmal für den Dienst bei der Bundespolizei entscheiden würde. Und auch niemandem aus dem näheren Umfeld empfehlen würde, sich dort zu bewerben. Allein das ist eine Katastrophe!

Matthias Seeger, Präsident des Bundespolizeipräsidiums, hat sich bereits kurz zu den Ergebnissen der Studie geäußert: „Um die Bundespolizei zukunftsfähig zu machen, wollen wir den vertrauensvollen Dialog mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und das konstruktive Miteinander mit den Gewerkschaften. ... selbstverständlich machen wir unsere Hausaufgaben und lernen aus berechtigter Kritik.“

Das lässt immerhin hoffen. Die Unzufriedenheit der Beschäftigten darf sich keineswegs weiter verfestigen. Die GdP erwartet von Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich, die Verbesserung der Berufszufriedenheit in der Bundespolizei zur Chefsache zu machen. Organisationsziel der gesamten Organisation Bundespolizei muss nach diesen Erkenntnissen auch die Berufszufriedenheit sein. Und die GdP wird den Prozess genauestens begleiten. Oscar Wilde hat einmal gesagt: „Unzufriedenheit ist der erste Schritt zum Erfolg“. Die Probleme sind beschrieben und bekannt. Der Weg ist beschritten.



Bernhard Witthaut,
GdP-Bundesvorsitzender

Zu: Leserbrief von Jürgen Herrmann, DP 3/11

Über den Kommentar von meinem Kollegen Herrn Herrmann (CDU) in der letzten Ausgabe habe ich mich doch sehr gewundert. Als Mitglied des Bundestags, Kriminaloberkommissar a. D., Mitglied der LINKE und vor allem langjährigem GdP-Mitglied, kann ich Herrn Herrmann nur auffordern, sich objektiver mit den konkreten Inhalten der LINKE auseinanderzusetzen. Als Mitglied im Innenausschuss setze ich mich immer wieder für die Rechte der Polizei-beamtinnen und -beamten ein und kritisiere die Bundesregierung u. a. dafür, dass die Polizeikräfte die falschen Regierungsentscheidungen auf der Straße austragen müssen (beispielsweise Castortransporte, Stuttgart21). Wenn sich Herr Herrmann also für die Rechte der Polizei interessiert, dann sollte er seinen Einfluss auf die eigene Fraktion geltend machen. Im Übrigen sollten Politiker demokratischer Parteien mehr Akzeptanz füreinander zeigen, unabhängig von deren unterschiedlicher Meinung zu einzelnen Sachfragen.

Frank Tempel, MdB

Zu: Anzeige von DIE LINKE, DP 2/11

... unerträglich empfinde ich den Auftritt der LINKE in der Fachzeitschrift und dem Organ meiner Gewerkschaft. ... Niemals möchte ich solche Parteien in meinem gewerkschaftlichen Organ und meiner Fachzeitschrift als seriös abgedruckt und unkritisch behandelt sehen.

Siegfried Vogel, KG Bonn

Zu: Kennzeichnungspflicht

In Anbetracht der Diskussionen um eine individuelle Kennzeichnung frage ich mich, aus welchen Gründen die Gewerkschaft und die jeweiligen Parteien gegen eine solche Kennzeichnungspflicht Sturm laufen.

Was spricht gegen eine Kennzeichnung? Wovor müssen wir uns als Polizei verstecken?

Einzig und allein der Persönlichkeitsschutz des Beamten ist für mich das tragende Gegenargument. Und dem kann man durch eine zugewiesene Nummer (bei den BPH halte ich jedoch eine Num-



mer für die jeweilige Gruppe im Zug für ausreichend) gerecht werden. Darüber hinaus vertrete ich die Auffassung, dass eine Kennzeichnungspflicht, dieses betrifft m.E. insbesondere die Bereitschaftspolizei, das Vertrauen in die Polizei enorm erhöhen wird. Nicht bei den Extremisten, aber definitiv bei dem „staatskritischen Normalbürger“.

Verbunden ist dies jedoch mit der Forderung und Hoffnung, dass entsprechend konsequent auch gegen das verummte polizeiliche Gegenüber vorgegangen wird. Aber das ist nun wieder ein ganz anderes Thema ... **Tim Möller, per E-Mail**

Zu: Leserbrief des Kollegen Gerd Seier, DP 2/11

Völlig unverständlich ist mir, warum zuvor geleistete Rentenzahlungen etwas mit späteren Pensionen zu tun haben sollen. Was ich mir in der Zeit vor Eintritt in das Beamtenverhältnis als Anspruch erworben habe, hat doch meinen Dienstherren nicht zu interessieren. Es interessiert ihn schließlich auch nicht, dass ich wegen späteren Eintritts in das Beamtenverhältnis – im Gegensatz zu einem jüngeren Kollegen (längeres Beamtenverhältnis, daher theoretisch vom Alter her gesehen frühere Beförderungen, oder höheres Endamt) – eine bestimmte Besoldungsgruppe gar nicht mehr erreiche und mein Pensionsanspruch im „kleineren Endamt“ faktisch geringer ausfällt.

Burkhard Wittkopf, Wermelskirchen

Zu: Artikel „Ziviler Ungehorsam, Dresden, Castor und Afghanistan“; DP 2/11, 3/11

Wenn ich die Artikel „Ziviler Ungehorsam, Dresden, Castor und Afghanistan“ lese, schwillt mir der Kamm. Aus diesem Spektrum gefällt mir allein der Artikel der Jungen Gruppe von Torsten Rohde.

Ich kann es kurz machen:

Wir haben in Afghanistan nichts verloren. Es ist sinnlos. Außer Opfer nichts gewesen. Haben vor uns schon mehr erfolglos probiert.

Das Bündnis gegen Rechts ist keine Strategie gegen Rechts und die Laufzeitverlän-

gerung der AKW wird auf den Rücken der Polizei ausgetragen. Wir müssen unseren Kopf für politische Fehlentscheidungen hinhalten.

Der Artikel von Torsten gehört in der Überschrift ergänzt ... zu Lasten der Polizei und unserer GdP.

Wenn Politiker bestimmter Couleur und DGB-Gewerkschafter immer vorne mittanzen (Thierse, Roth, Ströbele z. B.), wenn die Polizei mit ihrem letzten Aufgebot gegen militante Gewalttäter kämpft, ist das sehr schlecht für unsere Mitglieder, weil wir uns bei ihnen immer für die Nähe unserer GdP zu Rot, Grüne, Linke und DGB rechtfertigen müssen. In unserer GdP gibt es auch konservative Mitglieder. Das Verhalten dieser Spitzenartisten und ihre unqualifizierten Äußerungen (lassen sich ein bisschen rumtragen und werfen uns eine aggressive Stimmung gegen links vor) schaden uns auf der ganzen Linie. Auf unseren Veranstaltungen (z. B. Bundeskongress) tun sie immer so, als wenn wir verbrüderter wären, aber in Wirklichkeit ist ihr Verhalten nur schädlich für uns. Und der 1. Mai kommt auch alle Jahre und dann läuft alles wie nicht anders gewohnt ab.

**Günter Klinger,
Landesseniorenvorsitzender LB Bayern**

Zu: Frauen brauchen Chancengleichheit, DP 3/11

„Frauenquoten“ in Gesellschaft und Politik, sollte man sich m. E. mit der gebührenden Weitsicht und einem gerüttelt Maß an Sensibilität der Problematik annehmen, dass Quoten immer auch die Gefahr bergen, sich mittelbar diskriminierend auf die von ihr nicht erfassten Personenkreise auszuwirken. Auch wenn man den geistigen Urhebern bestenfalls grundsätzlich gute Absichten unterstellen mag, darf der Kampf für die Rechte

LESERFOTO



Mit der Polizei an der Seite schläft Max sichtlich selig.
Fotografiert und eingesandt von Björn Holz

der Einen nicht zu einer offensichtlichen Beschneidung der Rechte der Anderen führen. Diesen Grundsatz scheinen leider einige Frauenvertreterinnen noch nicht zur Gänze verinnerlicht zu haben, wenn man ihre Versuche betrachtet, in punkto Frauenanteil im Öffentlichen Dienst jahrelang Versäumtes durch eine Art „Überkompensation“ binnen kürzester Zeit nachholen zu wollen. Wahre Geschlechterneutralität erreicht man nicht durch die Schaffung weiterer Ungleichheiten.

Mirko Probst, per E-Mail

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de



Chronische Überlastung stoppen!

Was ist los in der Bundespolizei? Wieso sind dort ein Viertel aller Beschäftigten vom Burn-out-Syndrom betroffen, wie im vergangenen Jahr die sogenannte „Beerlage-Studie“ feststellte? Die GdP wollte belegbare Fakten über den inneren Zustand in der zweitgrößten Polizei Deutschlands und ließ – wiederum per Studie – das Innere beleuchten. Über 5.000 Bundespolizistinnen und -polizisten haben sich beteiligt – haben es möglich gemacht, dass nun wissenschaftlich belegte Fakten auf dem Tisch liegen, die weder schön- noch weggeredet werden können. Es ist Fakt: Die Bundespolizei „wirtschaftet“ gegen die Berufszufriedenheit ihrer Beschäftigten. Es besteht dringlichster Handlungsbedarf!

Am 15. März 2011 wurde die heutige Bundespolizei 60 Jahre alt. Der frühere Bundesgrenzschutz mit seinen paramilitärischen Wurzeln hat sich zu einer demokratischen und modernen Bundespolizei entwickelt. Darauf kann man zu Recht stolz sein. Umso bedrückender die Meldung, die letztes

um die Zukunft der zweitgrößten Polizei in Deutschland und um mehr als 40.000 Menschen geht, hat die GdP – Bezirk Bundespolizei – im Frühjahr 2010 nachgelegt: Sie beauftragte Prof. Dr. Gerd Strohmeier von der Technischen Universität Chemnitz, eine Studie zur Berufszufriedenheit in der Bundespolizei zu erstellen. Oder

beteiligt, wodurch ein sehr umfassendes, detailliertes und differenziertes Meinungsbild erzeugt wurde.

Am 8. April legte die GdP gemeinsam mit Prof. Strohmeier in der Bundespressekonferenz die Ergebnisse öffentlich vor.

Nachfolgend eine Zusammenfassung der Studienergebnisse von Prof. Dr. Gerd Strohmeier:

Berufs(un)zufriedenheit und (Über-)Belastung in der Bundespolizei

Die Studie zeigt im Ergebnis, dass bei zentralen Fragen bzw. in zentralen Bereichen (überwiegend) negative Einschätzungen das Meinungsbild bestimm-

Die Belastung nimmt überhand: GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut (r.), der Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei, Josef Scheuring, und Prof. Dr. Gerd Strohmeier (l.) von der TU Chemnitz, erläuterten am 8. April die zentralen Ergebnisse der „Klartext-Studie“ vor der Berliner Bundespressekonferenz.



Foto: M. Tetzner

Jahr durch die Presse ging: Jeder 4. Bundespolizist leidet am Burn-out-Syndrom – das heißt, die Betroffenen sind müde, ausgebrannt und demotiviert. Das ist ein Viertel der gesamten Bundespolizei.

Und weil man das nicht so stehen lassen kann und weil es um nicht weniger als

auch zur Berufsunzufriedenheit, wie man heute eher meinen kann, denn in Kernbereichen zeigt sich eine große Unzufriedenheit, die die Aufgabenerfüllung massiv beeinträchtigen könnte.

Rund 5.000 Beschäftigte der Bundespolizei (5.021) haben sich an der Befragung

men. Schließlich zeigt sich in Kernbereichen eine sehr große Unzufriedenheit in der Bundespolizei, deren Ursachen und Folgen die – konsequente und zufriedenstellende – Aufgabenerfüllung durch die Bundespolizei massiv beeinträchtigen könnten.



BERUFSZUFRIEDENHEIT

Ein zentrales Problem ist die massive Belastung:

• Gut drei Viertel (76,2 %) bewerten den dienstlichen Belastungsgrad als hoch bzw. sehr hoch – und nur gut ein Zehntel (11,5 %) beurteilt die Möglichkeit zum Ausgleich der dienstlichen Belastung als gut bzw. sehr gut.

• Eine besonders starke Belastung ergibt sich aus den Wochenenddiensten, der Mehrarbeit und dem Schichtdienst. So bewerten mehr als vier Fünftel (83 %) der Betroffenen die (physische und psychische) Belastung durch den Schichtdienst als groß bzw. sehr groß.

• Ebenfalls sehr stark ist die Belastung durch lange Abordnungen in andere Behörden und Regionen sowie durch die heimatferne Verwendung. So bewerten knapp neun von zehn (87,3 %) der Betroffenen die Belastung durch die heimatferne Verwendung als groß bzw. sehr groß.

Ein weiteres zentrales Problem sind die beruflichen Rahmenbedingungen:

• Nur etwa ein Fünftel (20,9 %) bewertet die Eignung und Qualität der persönlichen Dienst- und Einsatzbekleidung als gut bzw. sehr gut.

• Etwa vier Fünftel (79,9 %) sind mit dem Beurteilungssystem in der Bundespolizei unzufrieden bzw. sehr unzufrieden.

• Nicht einmal jeder Zehnte (8,9 %) bewertet die Beförderungsmöglichkeiten in der eigenen Laufbahn als gut bzw. sehr gut.

Ein wesentliches Problem ist auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

• Nur etwa ein Achtel (12,1 %) bewertet die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als gut bzw. sehr gut.

• Nur etwa ein Zehntel (10,3 %) bewertet die Möglichkeiten, vor dem Hintergrund der beruflichen Tätigkeit privaten Verpflichtungen (z.B. Kinderbetreuung)

nachzukommen, als gut bzw. sehr gut.

• Jeder Zweite (49,6 %) ist schon einmal in die Situation geraten, sich zwischen Familie und Karriere entscheiden zu müssen.

Ein weiteres wesentliches Problem bildet die Nachwuchsgewinnung:

• Nur etwa ein Fünftel (19,7 %) glaubt, dass es der Bundespolizei in Zukunft gelingen wird, das notwendige qualifizierte Personal zu gewinnen.

• Nur etwa ein Viertel (25,3 %) würde nahe stehenden Personen (z.B. Kindern) empfehlen, sich für den Dienst in der Bundespolizei zu entscheiden.

• Nur etwa zwei Fünftel (39,2 %) würden sich selbst noch einmal für den Dienst in der Bundespolizei entscheiden.

Die Ergebnisse der Studie bestätigen zum Großteil die in den Medien dargestellte sowie auch bei der Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestags im Juli 2010 deutlich gewordene problematische Situation in der (Bundes-) Polizei. Zudem stehen die Ergebnisse der Befragung im Einklang mit anderen Studien, wie z.B. der vom Bundesministerium des Inneren in Auftrag gegebenen Beerlage-Studie¹, die „die Bedeutung von Konstellationen von Anforderungen und Ressourcen in der Organisation für Burnout, subjektive Gesundheit und langfristiges Engagement von Einsatzkräften im Haupt- und Ehrenamt in der zivilen Gefahrenabwehr“² in Landespolizei, Bundespolizei, Feuerwehr, Rettungsdienst sowie in der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk vergleichend untersuchte. Zentrale Ergebnisse der Studie – etwa dass der Anteil hoch ausgebrannter Einsatzkräfte in der Bundespolizei besonders groß ist und organisationale Ressourcen in der Bundespolizei die erlebte hohe Arbeitsdichte nicht ausgleichen können³



Die vorliegende Studie zur Berufszufriedenheit in der Bundespolizei wurde von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Auftrag gegeben und unter Leitung von Prof. Strohmeier an der Technischen Universität Chemnitz unabhängig sowie gemäß sozialwissenschaftlicher Standards erstellt. Unter dem Motto „Klartext 2010“ waren alle in der GdP organisierten Beschäftigten der Bundespolizei (19.481) vom 15. Juni bis 15. September 2010 aufgerufen, sich über einen (unter www.klartext2010.de oder postalisch erhältlichen) standardisierten Fragebogen zur Berufszufriedenheit in der Bundespolizei zu äußern.

– decken und ergänzen sich mit den hier vorgelegten Ergebnissen. Auch diverse Maßnahmenempfehlungen der Beerlage-Studie, deren Kern die Verringerung der hohen Arbeitsbelastung bildet⁴, erscheinen im Lichte der vorliegenden Studie äußerst sinnvoll.

Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse der Befragung etwas ausführlicher dargestellt.

Arbeitszeit

Die grundsätzlich festgelegte Arbeitszeitregelung in der Dienststelle wird nur von gut zwei Fünfteln (44 %) als gut bzw. sehr gut, allerdings auch nur von gut einem Fünftel (22,1 %) als schlecht

Anmerkungen aus der Studie

- Mich stört die Entwicklung in der Bundespolizei, alles nur noch an der Statistik zu messen.
- Aufgrund der immer größer werdenden Bürokratie kann ich meine eigentliche Arbeit kaum noch wahrnehmen. Die Vorgesetzten sitzen viele Probleme nur aus, anstatt Probleme zu lösen.
- Wochenend-, Feiertag- und Nachtdienste sind miserabel bezahlt.
- Für lebensältere Kolleginnen und Kollegen aus dem PVD (Schichtdienst) fehlt die soziale Betreuung fast voll-

ständig. Teilzeitarbeit oder Möglichkeit zum Verlassen des Schicht dienstes existiert nicht.

- Grundsätzlich ist Bundespolizist ein vielseitiger, abwechslungsreicher und sicherer Beruf, der Spaß macht.
- Ich habe bislang alles für meinen Dienstherren getan: umgezogen, Familie allein gelassen, erhebliche Kosten auf mich genommen, bin sozial verarmt (bzgl. Verein/Freunde), 3 Reformen durchgemacht. Ich bitte nun um lang-jährige Kontinuität. Bitte!

- Niemals wieder würde ich in der Bundespolizei anfangen wollen.
- Seit der Neuorganisation 2008 ergibt sich in der BuPo eine sehr bedenkliche Entwicklung: fehlende Beteiligung, fehlende Transparenz, Kennzahlenfetischismus, Misstrauen und ständige Überwachung der Mitarbeiter.
- Die soziale Komponente der Führungskräfte ist schlechter, als es sich Außenstehende überhaupt vorstellen können!



bzw. sehr schlecht bewertet. Zudem geben etwa drei Fünftel (61 %) an, dass die grundsätzlich festgelegte Arbeitszeit in der Regel, d.h. oft bzw. sehr oft/(fast) immer, eingehalten wird.

Die Nichteinhaltung der grundsätzlich festgelegten Arbeitszeitregelung führt erkennbar zu einer höheren Belastung für die Beschäftigten der Bundespolizei:

Von denjenigen, deren grundsätzlich festgelegte Arbeitszeitregelung nur selten bzw. sehr selten/(fast) nie eingehalten wird, empfinden gut vier Fünftel (81,1 %) die tatsächlich umgesetzte Arbeitszeitregelung als eher belastend – während von denjenigen, deren grundsätzlich festgelegte Arbeitszeitregelung oft bzw. sehr oft/(fast) immer eingehalten wird, die tatsächlich umgesetzte Arbeitszeitregelung nur für etwa ein Drittel (33,7 %) eher belastend ist. Dabei wird deutlich, dass weniger die grundsätzlich festgelegte Arbeitszeitregelung, sondern vielmehr Abweichungen davon ein Problem darstellen.

Diese Einschätzung wird durch die Bewertung der Belastung durch Wochenenddienste, Mehrarbeit und Schichtdienst gestützt: Die Belastung durch Wochenenddienste wird von etwa zwei Dritteln (67,2 %) der Betroffenen als groß bzw. sehr groß bewertet; die Belastung durch Mehrarbeit wird von etwa der Hälfte (50,4 %) der Betroffenen als groß bzw. sehr groß eingeschätzt – wobei nur für etwa zwei Fünftel (39,7 %) die Möglichkeit zum zeitnahen Abbau der geleisteten Mehrarbeit besteht; die (physische und psychische) Belastung durch den Schichtdienst wird von mehr als vier Fünfteln (83 %) der Betroffenen als groß bzw. sehr groß bewertet – wobei mit zunehmendem Lebensalter eine größere Belastung durch den Schichtdienst wahrgenommen wird.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse ist in weiten Teilen der Bundespoli-

zei eine „chronische“ überproportionale Belastung festzustellen. Dabei ist zu bedenken, dass diese langfristig – angesichts der anspruchsvollen Aufgaben und des psychischen Drucks in spezifischen Einsatzbereichen – zu massiven gesundheitlichen Problemen und auch schwerwiegenden Fehlleistungen führen kann.

Allgemeine dienstliche Belastung und Ausgleich

Der dienstliche Belastungsgrad in der Bundespolizei ist außerordentlich hoch: Gut drei Viertel (76,2 %) bewerten den dienstlichen Belastungsgrad als hoch bzw. sehr hoch; mehr als drei Fünftel (63,2 %) schätzen zudem die (physische und psychische) Belastung in akuten Einsatzstressituationen als groß bzw. sehr groß ein.

Von wesentlicher Bedeutung ist, dass die hohe Belastung kaum ausgeglichen bzw. kompensiert werden kann. So wird die Möglichkeit zum Ausgleich der dienst-

„Von wesentlicher Bedeutung ist, dass die hohe Belastung kaum ausgeglichen bzw. kompensiert werden kann.“

lichen Belastung nur von gut einem Zehntel (11,5 %) als gut bzw. sehr gut und etwa der Hälfte (49,5 %) als schlecht bzw. sehr schlecht bewertet.

Ähnlich negativ wird die soziale, gesundheitliche und arbeitsmedizinische Betreuung in der Bundespolizei beurteilt: von nur etwa einem Zehntel (10,2 %) als gut bzw. sehr gut und knapp drei Fünfteln (57,6 %) als schlecht bzw. sehr schlecht – wobei Vorsorgekuren für Mitarbeiter im

Schicht- und Einsatzdienst knapp neun von zehn (87,4 %) für sinnvoll erachten.

Noch schlechter als die soziale, gesundheitliche und arbeitsmedizinische Betreuung werden die Ausgleichsmaßnahmen des Dienstherrn zum steigenden Lebensalter in den Dienstseinheiten bewertet: von nur 1,7 % als gut bzw. sehr gut und mehr als drei Vierteln (76,9 %) als schlecht bzw. sehr schlecht.

Arbeitsprozesse und Arbeitsergebnisse

Die Zufriedenheit mit den Ergebnissen des eigenen Arbeitsbereichs sowie mit den Ergebnissen der eigenen Arbeit ist mehrheitlich groß. Auffallend ist allerdings, dass mit den Ergebnissen des eigenen Arbeitsbereichs doch mehr als ein Sechstel (17,9 %) unzufrieden bzw. sehr unzufrieden sowie knapp zwei Fünftel (38,8 %) nur mittelmäßig zufrieden sind – und selbst mit den Ergebnissen der eigenen Arbeit 8,5 % unzufrieden bzw. sehr unzufrieden sowie 29,3 % nur mittelmäßig zufrieden sind.

Dies ist u.a. – neben der überproportionalen Belastung bzw. der kaum (angemessen) zu bewältigenden Aufgabenfülle – auf die (starke) Reglementierung der eigenen Arbeit zurückzuführen. Diese wird von knapp drei Fünfteln (56,9 %) als

„Eine starke Reglementierung führt erkennbar zu einer geringeren Zufriedenheit mit den Ergebnissen des eigenen Arbeitsbereichs.“

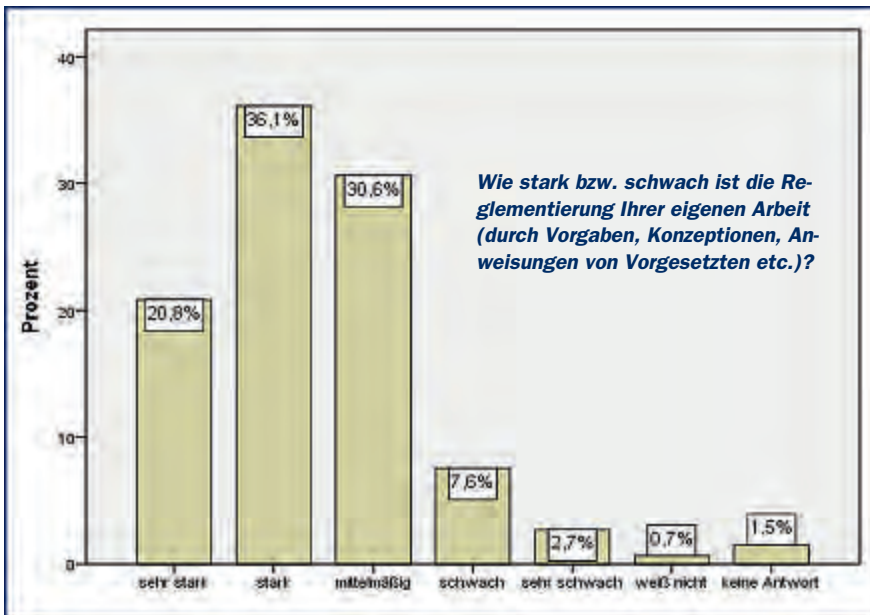
stark bzw. sehr stark eingestuft und von knapp einem Drittel (31,5 %) als schlecht

Anmerkungen aus der Studie

- Das Berufsklima infolge der Reform im Jahre 2008 hat dermaßen gelitten.
- Die Arbeit vor dem PC hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. Das Artus-System gehört abgeschafft. Als PVB muss ich mich im Einsatzraum befinden und nicht im Büro.
- Man kann keine hohe Berufszufriedenheit der Beschäftigten erwarten wenn man mehr Personal in Verwaltung und Bürokratie (z.B.: Controlling/Statistik/Qualitätssicherung) verwendet als für die eigentlichen polizeilichen Aufgaben.
- Die Vorgesetzten sollten aktiv die Mitarbeiter in die Planungsprozesse einbinden und so an der Gestaltung der Bundespolizei mitwirken lassen. Keine oder sehr schlechte Aufstiegsmöglichkeiten im Tariffbereich.
- Bitte schützt uns vor Angriffen bei Demonstrationen und auf der normalen Streife! Ich bin Polizist und kein Boxsack! Der § 115 StGB muss her und die Gerichte die Strafandrohungen endlich ausnutzen!
- Es sollte der Mensch als Mensch im Mittelpunkt stehen.
- Man sollte älteren Kollegen in der BuPoBereitschaftspol. die Möglichkeit geben, heimatnah in den Einzeldienst zu wechseln.
- Negativ bewerte ich die faktische Ausschaltung der mittleren Führungsebene durch Vorgaben/Vorschriften, die man kaum noch überblickt und den hohen internen Verwaltungsaufwand.
- Prävention ist nicht als Kennzahl erfassbar.



BERUFSZUFRIEDENHEIT



bzw. sehr schlecht sowie knapp der Hälfte (47,9 %) als mittelmäßig bewertet.

Eine starke Reglementierung führt erkennbar zu einer geringeren Zufriedenheit mit den Ergebnissen des eigenen Arbeitsbereichs: Von denjenigen, die die Reglementierung als stark bzw. sehr stark bewerten, ist nur gut ein Drittel (36,5 %) mit den Ergebnissen des eigenen Arbeitsbereichs zufrieden bzw. sehr zufrieden – während von denjenigen, die die Reglementierung als schwach bzw. sehr schwach beurteilen, etwa die Hälfte (50,9 %) mit den Ergebnissen des eigenen Arbeitsbereichs zufrieden bzw. sehr zufrieden ist.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass auch die Arbeitsabläufe mehrheitlich negativ bewertet werden. So ist mit den Arbeitsabläufen nur etwa ein Sechstel (15,8 %) zufrieden bzw.

sehr zufrieden, während gut zwei Fünftel (41,9 %) unzufrieden bzw. sehr unzufrieden sind.

Die Unzufriedenheit mit den Arbeitsabläufen führt erkennbar zu einer geringeren Zufriedenheit mit den Ergebnissen des eigenen Arbeitsbereichs: Von denjenigen, die mit den Arbeitsabläufen unzufrieden bzw. sehr unzufrieden sind, ist nur knapp ein Viertel (24,2 %) mit den Ergebnissen des eigenen Arbeitsbereichs zufrieden bzw. sehr zufrieden – während von denjenigen, die mit den Arbeitsabläufen zufrieden bzw. sehr zufrieden sind, knapp vier Fünftel (78,8 %) mit den Ergebnissen des eigenen Arbeitsbereichs zufrieden bzw. sehr zufrieden sind.

Noch negativer wird die „ergebnisorientierte Steuerung“ beurteilt. Den Nutzen ihrer Methoden und Instrumente bewer-

- Fehlende Möglichkeiten zum Ausstieg aus dem Schichtdienst.
- Das größte Problem ist die Unsicherheit, wo ich in der Zukunft arbeite. Stichwort: Zwangsversetzung aus Bereitschaftspolizei, keine feste Zukunft – keine Familie, keine Familie – keine Sozialpunkte, keine Sozialpunkte – keine heimatnahe Zweitverwendung.
- Die Steuerung der täglichen Arbeit durch Kennzahlen trägt meiner Meinung nach die Hauptschuld an der großen Unzufriedenheit. Die Führung interessiert nur Zahlen und nicht der Mensch.
- Man bekommt vom Dienstherrn immer

mehr Vorgaben, wird rund um die Uhr überwacht und korrigiert. Im Gegenzug wird alles gestrichen.

- Schade, dass wir als Tarifbeschäftigte immer noch keinerlei Beachtung finden. Wir sind keine Menschen 3. Klasse auch wenn wir so behandelt werden.
- Bei der Bundespolizei hat die Arbeitsbelastung, Forderung, Wochenarbeitsstundenzahl und Leistung in den Jahren immer mehr zugenommen. Auf der Strecke sind die Aufstiegsmöglichkeiten, bessere Bezahlung und noch vieles mehr geblieben. Schade.

COP® Specials ** Gültig vom 20.4. - 30.6.11

NEU ERÖFFNET! FRANKFURT Seit 1.3.11
COP SHOP /Main
Schloßstraße 83, Bockenheim

NEU voraussichtlich ab Mai 2011 lieferbar

Luminox Armbanduhr 8822 RECON POINT MAN Day Date
Art.-Nr. LU-8822
Mit selbstleuchtenden Tritiumeinlagen. Schwarzes Ziffernblatt, schwarzes Silikonband. Tachymeter zur Messung von Marschgeschwindigkeiten.

Aktionspreis € 249,90**
statt 299,99*

2 Vorteilspaket Handfesselschlüssel COP® ZT11P + Gearkeeper RT5
Art.-Nr. 310RT5ZT11P
COP® ZT11P Handfesselschlüssel passend für Standard US-Handfesseln und diverse Clejuso-Modelle. Gewicht: 8 Gramm, Gesamtlänge: 10 cm, Material: Aluminium-Legierung. **Micro Gearkeeper RT5 Cuff Key**: Seillänge 91 cm, Gehäuse: 3,6 x 3 x 1 cm (Hx B x T). Breite des Klettbandes: 15 mm. max. Belastbarkeit des Systems liegt bei 15 kg. Zugkraft ausreichend um Gegenstände bis 0,07 kg zurück-zuziehen.

Aktionspreis € 19,90**
Preis bei Einzelbeschaffung: € 29,90

3 Einsatzhandschuh COP® CR212
Art.-Nr. 320212-Größe
Ultradünner Rindslederhandschuh mit einem schnitthemmendenden Innenhandschuh der Kategorie 5 bietet Schutz rundum. CE-Prüfung nach EN388 am 09.06.2009 durch Institute for Testing and Certification, Tschechische Republik.
Abriebfestigkeit: Kategorie 2
Schnittfestigkeit: Kategorie 5
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

Aktionspreis € 39,90**
statt 59,99*

4 Handschuhhalter COP® 9250/51
Art.-Nr. 219250 (Größe 1, vertikale Trageweise)
Art.-Nr. 219250-L (Größe 2, vertikale Trageweise)
Art.-Nr. 219251 (Größe 1, horizontale Trageweise)
Art.-Nr. 219251-L (Größe 2, horizontale Trageweise)
Glovekeeper für horizontale oder vertikale Trageweise in je 2 Größen aus reißfestem Nylon. Gürtelschlaufe mit Klettverschluss für Gürtel bis 50 mm Breite.
Größe 1 passend für dünnere Handschuhe.
Größe 2 passend für voluminösere Handschuhe.

Aktionspreis € 5,90**
statt 9,99*

COP Vertriebs-GmbH
Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon 08445-9296-0
Fax 08445-9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.
** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. April bis 30. Juni 2011





Behandlungsschwerpunkte:

- Kriseninterventionen
- Interdisziplinäre Schmerzbehandlung
- Burn-out-Folgerkrankungen
- Mobbing-Folgerkrankungen
- Problemerkis Schmerz-Angst-Depression
- Trauerbewältigung
- Tinnitusbewältigung
- Traumatherapie
- Essstörungen
- Persönlichkeitsstörungen

Was unterscheidet uns von Anderen:

- Hohe Behandlungsdichte
- Erfahrenes Team
- Patient-Therapeuten-Schlüssel 4:1
- Kurze Wartezeiten

Akutklinik Bad Saulgau
 Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin & Psychotherapie
 Am schönen Moos 9 | D 88348 Bad Saulgau
 Fon: +49 7581 2006-0 | Fax: +49 7581 2006-400
 info@akutklinik-bad-saulgau.de | www.akutklinik-bad-saulgau.de



Akutklinik Bad Saulgau

Fachklinik und Poliklinik für
 Psychosomatische Medizin und
 Psychotherapie



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik,
 Onkologie und Innere Medizin
 Kassel - Bad Wilhelmshöhe.
 In Mitten Deutschlands am Fuße
 des größten Bergparks Europas mit
 Herkules und Schloss Wilhelmshöhe
 sowie in direkter Nachbarschaft zu
 einer der schönsten Thermen liegt
 die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als
 Klinik für Ganzheitsmedizin
 arbeitet die Habichtswald-Klinik
 auf der Ebene einer integrativen
 Betrachtung von Körper, Seele
 und Geist in einer Synthese aus
 Schulmedizin, Naturheilverfahren
 und komplementärer Therapien. Die
 Klinik hat einen Versorgungsvertrag
 nach §111 und ist nach § 30 GWO
 als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen
 ist die Habichtswald-Klinik als
 Rehabilitationsklinik anerkannt,
 bei den privaten Krankenversicherungen
 als „Gemischte Einrichtung“
 die auch Akutbehandlungen gemäß
 OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen
 rechnen mit der Klinik den
 Sozialversicherungsträgern vereinbarten
 pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Hilfe bei Migräne

Für alle Migräne- und Kopfschmerzpatienten – auch in hoffnungslosen Fällen.

Auch ambulante Behandlung. Wir sind bei allen Kassen zugelassen und beihilfefähig.

NEU!
 Migräne-CheckUp
 mit Therapie (1 Woche)

Ölmühlweg 31/DP
 D-61462 Königstein/Ts. Tel. 06174.2904-0
 info@migraene-klinik.de

» Wir behandeln nach neuesten Erkenntnissen der Kopfschmerzforschung:

- Schulmedizin
- Naturheilverfahren
- Psychotherap. Methoden

» Stressbewältigungstraining

» Informationen und Training zur Selbsthilfe

über 30 Jahre

Migräne- und Kopfschmerz-Klinik Königstein

Die Kopfschmerz-Spezialisten



Infos: www.migraene-klinik.de



„Auffallend ist, dass auch die Beschäftigten im gehobenen und höheren Dienst die „ergebnisorientierte Steuerung“ überwiegend negativ einschätzen.“

ten nur 6 % als gut bzw. sehr gut und knapp die Hälfte (45,2 %) als schlecht bzw. sehr schlecht. Auffallend ist, dass auch die Beschäftigten im gehobenen und höheren Dienst die „ergebnisorientierte Steuerung“ überwiegend negativ einschätzen. So wird der Nutzen ihrer Methoden und Instrumente nicht einmal von jedem zehnten Beschäftigten (7,8 %) im gehobenen Dienst und nur etwa einem Viertel (25,9 %) der Beschäftigten im höheren Dienst als gut bzw. sehr gut sowie von jeweils rund der Hälfte der Beschäftigten im gehobenen Dienst (51,2 %) sowie im höheren Dienst (46,3 %) als schlecht bzw. sehr schlecht bewertet.

Arbeitsumfeld, Ausrüstung und Bekleidung

Das Arbeitsumfeld bzw. die Arbeitsbedingungen werden von einem Großteil als sub-optimal eingeschätzt. So sind mit dem Arbeitsumfeld bzw. den Arbeitsbedingungen nur etwa ein Viertel (25,2 %) zufrieden bzw. sehr zufrieden und knapp zwei Fünftel (38 %) unzufrieden bzw. sehr unzufrieden.

Noch negativer fällt das Meinungsbild mit Blick auf die Eignung und Qualität der Ausrüstung und Bekleidung aus. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass bei der Ausrüstung und Bekleidung der

Bundespolizei zum Teil gravierende Mängel bestehen: Die Eignung und Qualität der persönlichen Dienst- und Einsatzbekleidung werden von etwa einem Drittel (33,1 %) als schlecht bzw. sehr schlecht und etwa zwei Fünfteln (39,8 %) nur als mittelmäßig bewertet; die Eignung und Qualität der persönlichen Dienstausrüstung werden von gut einem Fünftel (21,9 %) als schlecht bzw. sehr schlecht und gut zwei Fünfteln (42,9 %) nur als mittelmäßig eingestuft.

Wichtig ist an dieser Stelle, dass die negativen Bewertungen nicht durch positive

„Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass bei der Ausrüstung und Bekleidung der Bundespolizei zum Teil gravierende Mängel bestehen.“

Bewertungen „kompensiert“ oder „aufgehoben“ werden können und mittelmäßige Bewertungen nicht als „mittlere“ oder „neutrale“, sondern als negative Reaktionen betrachtet werden müssen. Vor dem Hintergrund der Aufgaben und Herausforderungen im Polizeieinsatz und der Tatsache, dass Polizisten im Einsatz ihre Gesundheit sowie unter Umständen auch ihr Leben riskieren, dürfen elementare Dinge wie die persönliche Dienst- und Einsatzbekleidung sowie die persönliche Dienstausrüstung grundsätzlich nicht, d.h. nicht einmal in wenigen Einzelfällen, schlecht oder auch nur mittelmäßig sein. Mängel bei der Ausrüstung und Bekleidung können – neben fatalen Folgen im Polizeieinsatz – zu einem erheblichen Vertrauensverlust führen und sich in der

Folge äußerst negativ auf die Aufgabenerfüllung durch die Bundespolizei sowie die Attraktivität der Bundespolizei als Arbeitgeber auswirken.

Ähnlich negativ wie die Bewertung der persönlichen Dienst- und Einsatzbekleidung sowie der persönlichen Dienstausrüstung fällt die Bewertung der technischen Arbeitsmittel und der Dienststelle aus: Die Eignung und Qualität der für die Arbeit zur Verfügung gestellten technischen Arbeitsmittel wird von gut zwei Fünfteln (41 %) als schlecht bzw. sehr schlecht und knapp zwei Fünfteln (38,7 %) nur als mittelmäßig bewertet; der bauliche Zustand der eigenen Dienststelle wird von knapp einem Drittel (31,2 %) als schlecht bzw. sehr schlecht und gut einem Viertel (27,8 %) nur als mittelmäßig eingestuft.

Abordnungen und heimatferne Verwendung

Eine sehr große Belastung für die Beschäftigten der Bundespolizei resultiert aus langen Abordnungen in andere Behörden und Regionen sowie durch die heimatferne Verwendung. So wird die Belastung durch lange Abordnungen in andere Behörden und Regionen von knapp drei Vierteln (71,2 %) der Betroffenen und die Belastung durch die heimatferne Verwendung von knapp neun von zehn (87,3 %) der Betroffenen als groß bzw. sehr groß eingestuft. Dabei ist jeweils etwa jeder Zweite schon einmal in den letzten zehn Jahren länger abgeordnet (47,5 %) bzw. heimatfern (50,6 %) verwendet worden.

Angesichts der hohen Belastung durch lange Abordnungen sind mit etwa einem Drittel (33,7 %) noch verhältnismäßig viele bereit, sich entsprechend abordnen zu lassen. Die Bereitschaft, sich heimatfern verwenden zu lassen, liegt bei knapp einem Sechstel (16,1 %).

Mit Blick auf die Auslandsverwendung ist eine sehr hohe Motivation und Bereitschaft der Beschäftigten der Bundespolizei zu erkennen. So sind knapp zwei Fünftel (38,2 %) bereit, für die Bundespolizei längerfristig im Ausland tätig zu sein. Zudem ist knapp ein Fünftel (18,2 %) bereit, für die Bundespolizei in Kriegs-, Bürgerkriegs- bzw. nicht befriedeten Krisengebieten tätig zu sein. Das sind weit mehr als bislang im Ausland (20,2 %) bzw. in Kriegs-, Bürgerkriegs- bzw. nicht befriedeten Krisengebieten (5,8 %) tätig waren.

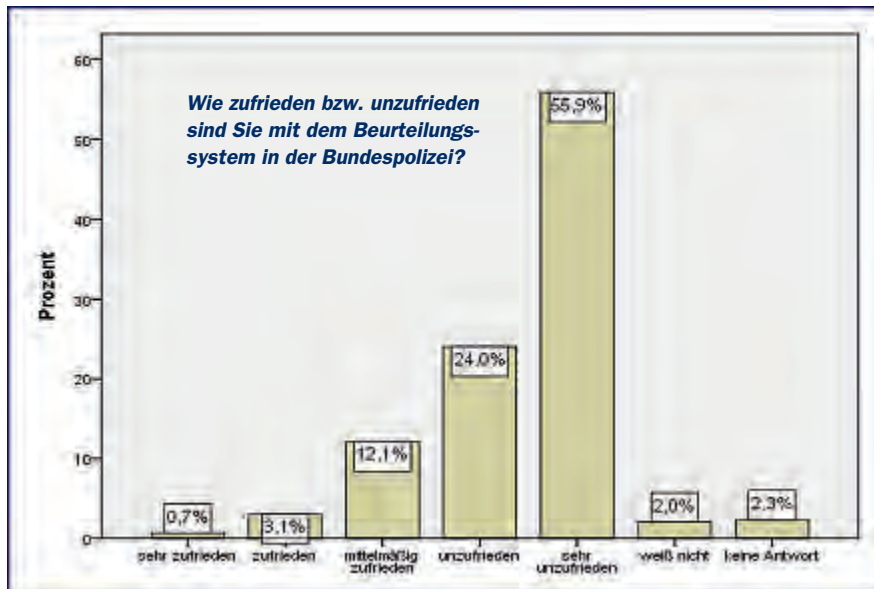
Allerdings ist nur knapp ein Drittel (29,5 %) der Auffassung, dass der Anreiz

Anmerkungen aus der Studie

- Als Frau bekommt man immer noch nicht die nötige Anerkennung bei der Polizei für die erbrachte Leistung. Aufstiegsmöglichkeiten sind zudem bei einer intakten Familie undenkbar.
- In der Bundespolizei fehlt Kommunikation, Führungskräfte die auch Führungskräfte sind, Menschlichkeit und jede Art von Motivation.
- Ich finde meine Unterziehschutzweste mehr als nur unzureichend. Sie ist lächerlich. Die Weste geht gerade mal über den Bauchnabel. Sie ist mind. 10 cm. zu kurz. Habe nie Einsatzhandschuhe o. Taschenlampe bekommen
- Ich bin mit meinem Beruf als Polizeibeamtin grundsätzlich sehr zufrieden, allerdings würde ich lieber bei der Landespolizei arbeiten ... der Hauptgrund ist die ständige Angst vor Reformen/Versetzungen.
- Die Wochenendbelastung für Einsätze herunter zu setzen. Nicht jedes 5. Wochenende frei, sondern jedes 3. wäre wesentlich zweckmäßiger. Dazu benötigen wir aber mehr Personal, da viele Kollegen durch Überbelastung schneller erkranken unabhängig vom Alter.
- Ich hoffe nach der Umfrage ist nicht vor der Umfrage ...



BERUFSZUFRIEDENHEIT



für eine Auslandsverwendung hoch bzw. sehr hoch ist. Zudem ist gut die Hälfte (53,2 %) der Meinung, dass für den Dienst in Kriegs-, Bürgerkriegs- bzw. nicht befriedeten Krisengebieten zusätzliche Anreize geschaffen werden sollen.

Behandlung und Beurteilung durch Vorgesetzte

Die Zufriedenheit mit dem Vorgesetzten variiert sehr stark. So ist sowohl etwa ein Drittel mit dem Vorgesetzten

zufrieden bzw. sehr zufrieden (33,9 %) als auch etwa ein Drittel mit dem Vorgesetzten unzufrieden bzw. sehr unzufrieden (32,8 %). Auffallend ist, dass im höheren Dienst etwa zwei Fünftel (40,7) mit dem Vorgesetzten unzufrieden bzw. sehr unzufrieden sind, was u.a. auf eine mangelnde Einbindung in die Reformprozesse zurückgeführt werden kann.

Die Behandlung durch Vorgesetzte wird nur von einem Zehntel (10 %) als (überwiegend) nicht respektvoll, allerdings von gut einem Drittel (36,1 %) als

teilweise nicht respektvoll eingeschätzt.

Deutlich negativer als die Behandlung durch Vorgesetzte werden die Beurteilungen durch Vorgesetzte bewertet. So werden diese von über einem Viertel (28,8 %) als (überwiegend) unfair und knapp der Hälfte (46,6 %) als teilweise unfair eingestuft.

Wichtig ist an dieser Stelle wieder, dass die nicht respektvolle Behandlung durch Vorgesetzte bzw. unfaire Beurteilungen durch Vorgesetzte nicht durch eine (mehrfach) respektvolle Behandlung bzw. (teilweise) faire Beurteilungen „kompensiert“ oder „aufgehoben“ werden können. Zudem können eine (teilweise) nicht respektvolle Behandlung bzw. (teilweise) unfaire Beurteilungen äußerst negative Auswirkungen auf die (intrinsic) Motivation der Beschäftigten haben – und sich in der Folge äußerst negativ auf die Aufgabenerfüllung durch die Bundespolizei sowie auch die Attraktivität der Bundespolizei als Arbeitgeber auswirken.

Von wesentlicher Bedeutung ist, dass das Beurteilungssystem in der Bundespolizei noch weitaus negativer bewertet wird als die Beurteilung durch Vorgesetzte. So sind etwa vier Fünftel (79,9 %) mit dem Beurteilungssystem unzufrieden bzw. sehr unzufrieden (2 % sind unentschieden). Dabei wird u.a. deutlich, dass die Befragten durchaus in der Lage sind, zwischen dem Maßstab der Beurteilung und der konkreten Beurteilung durch den Vorgesetzten zu unterscheiden.

BURNOUT. DEPRESSIONEN. ANGST.

Benötigen Sie Hilfe? Gemeinsam finden wir den Weg.

In einem kostenfreien Vorgespräch klären unsere Chef- oder Oberärzte die Notwendigkeit einer stationären Aufnahme. Gerne kümmern wir uns um alles Weitere, z.B. um die Kostenübernahme durch Ihre Private Krankenversicherung.

HELIOS Privatlinik Bad Grönenbach
Dr. med. Volker Reinken · Sebastian-Kneipp-Allee 7 · 87730 Bad Grönenbach
Telefon: +49 (8334) 259 929-550 · bad-groenenbach@helios-privatkliniken.de


HELIOS
Privatkliniken GmbH



www.helios-privatkliniken.de



BERUFSZUFRIEDENHEIT



Berufliche (Fort-)Entwicklung

Mit der eigenen beruflichen Entwicklung sind nur knapp zwei Fünftel (37,6 %) zufrieden bzw. sehr zufrieden, allerdings ist auch nur knapp ein Drittel (30,2 %) damit unzufrieden bzw. sehr unzufrieden. Als Ursachen für die mangelnde Zufriedenheit lassen sich v.a. schlechte Beförderungsmöglichkeiten in der eigenen Laufbahn, aber zum Teil auch schlechte Möglichkeiten zur persönlichen Fortbildung sowie zum Aufstieg (Wechsel in eine höhere Laufbahn) bzw. zur beruflichen Qualifizierung identifizieren:

Die Möglichkeit zur persönlichen Fortbildung wird nur von gut einem Fünftel (21,2 %) als gut bzw. sehr gut und etwa einem Drittel (32,6 %) als schlecht bzw. sehr schlecht bewertet.

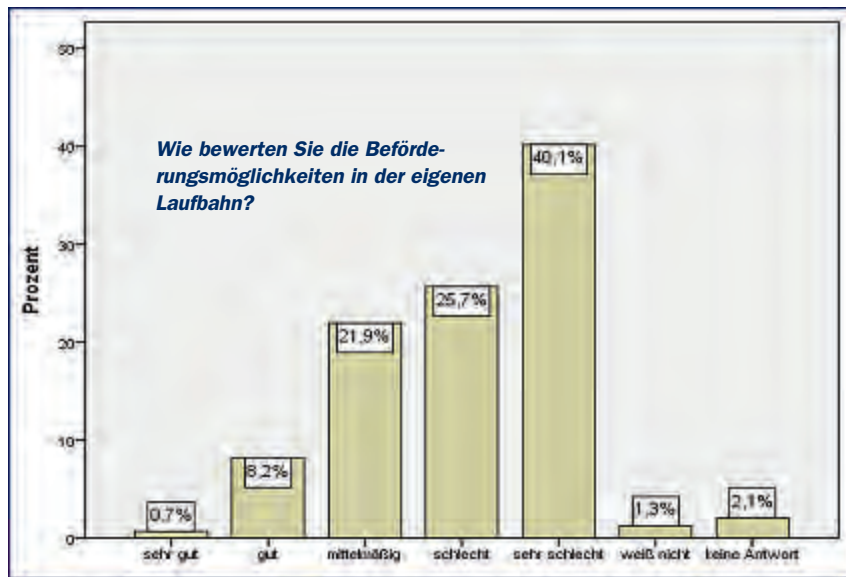
Die Möglichkeit zum Aufstieg bzw. zur beruflichen Qualifizierung – an der knapp zwei Fünftel (37,7 %) schon einmal teilgenommen haben – wird von knapp einem Drittel (29,8 %) als gut bzw. sehr gut und einem nahezu ebenso großen Anteil (28,4 %) als schlecht bzw. sehr schlecht bewertet.

Noch deutlich negativer werden die Beförderungsmöglichkeiten in der ei-

genen Laufbahn gesehen. Schließlich werden diese von nur 8,9 % als gut bzw. sehr gut und etwa zwei Dritteln (65,8 %) als schlecht bzw. sehr schlecht bewertet. Auffallend ist, dass auch von den Beschäftigten im höheren Dienst die Beförderungsmöglichkeiten in der eigenen Laufbahn überwiegend negativ eingeschätzt werden: nur von 14,8 %

gut bzw. sehr gut und mehr als der Hälfte (51,9 %) als schlecht bzw. sehr schlecht. Gute Beförderungsmöglichkeiten in der eigenen Laufbahn führen erkennbar zu einer größeren Zufriedenheit mit der beruflichen Entwicklung: Von denjenigen, die die Beförderungsmöglichkeiten in der eigenen Laufbahn als gut bzw. sehr gut bewerten, sind gut vier Fünftel (83,4 %) mit der beruflichen Entwicklung zufrieden bzw. sehr zufrieden – während von denjenigen, die die Beförderungsmöglichkeiten in der eigenen Laufbahn als schlecht bzw. sehr schlecht bewerten, nur knapp ein Viertel (23,8 %) mit der beruflichen Entwicklung zufrieden bzw. sehr zufrieden ist.

Äußerst negativ werden die Durchlässigkeit bzw. Wechselmöglichkeit zwischen den Dienstzweigen der Bundespolizei sowie die Möglichkeit eines Wechsels zu einer Landespolizei oder einer anderen Bundesbehörde gesehen. So wird die Durchlässigkeit bzw. Wechselmöglichkeit zwischen den Dienstzweigen der Bundespolizei nur von 11,3 % als gut bzw. sehr gut und knapp der Hälfte (46,9 %) als schlecht bzw. sehr schlecht bewertet. Die Möglichkeit eines Wechsels zu einer Landespolizei oder einer anderen Bundesbehörde wird sogar nur von 4,3 % als gut bzw. sehr gut



genen Laufbahn gesehen. Schließlich werden diese von nur 8,9 % als gut bzw. sehr gut und etwa zwei Dritteln (65,8 %) als schlecht bzw. sehr schlecht bewertet. Auffallend ist, dass auch von den Beschäftigten im höheren Dienst die Beförderungsmöglichkeiten in der eigenen Laufbahn überwiegend negativ eingeschätzt werden: nur von 14,8 %

und mehr als drei Vierteln (76,8 %) als schlecht bzw. sehr schlecht beurteilt. Die Tatsache, dass doch knapp ein Drittel (29,5 %) die Absicht bzw. den Wunsch hat, zu einer Landespolizei oder einer anderen Bundesbehörde zu wechseln, ist durchaus als Indikator für eine relativ hohe Unzufriedenheit in der Bundespolizei zu werten. >

ESSENTIAL GEAR.

Invented in the United States.
Made in Switzerland.

Die Luminox Recon Point Man Modell Nr. 8822

Ø 45 mm

Ultimatives stromunabhängiges Beleuchtungssystem. Permanente Leuchtkraft bis zu 25 Jahre - 100 x länger und heller als herkömmliche Leuchtuhren.

Auf Luminox vertrauen: U.S. Navy SEAL, US Air Force, FBI, CIA, Stadtpolizei Zürich IE Skorpion und Menschen die in der Freizeit und im Beruf hohe Anforderungen an eine gut ablesbare Uhr in der Dämmerung und in der Nacht haben.

Jetzt neu im Uhren- und Waffenfachhandel erhältlich sowie bei:
www.cop-shop.de, www.m-l-e.de und www.boker.de

Mondaine Watch Ltd

T 0700 344 48 440

fachhandel.de@mondaine.ch

www.luminox.com





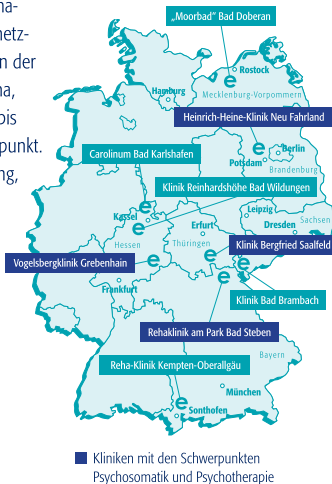
Neue Lebenshorizonte öffnen – wir unterstützen Sie dabei

Dr. Ebel Fachkliniken – das bedeutet herausragende Kompetenz in Rehabilitation, Prävention, Therapie und Pflege. Unser bundesweites Kliniknetzwerk bietet ein Behandlungsspektrum, das alle relevanten Bereiche von der Psychosomatik und Psychotherapie, Orthopädie, Neurologie, Rheuma, Herz-Kreislaufkrankungen, Onkologie, Lymphologie sowie Geriatrie bis zu Naturheilverfahren abdeckt. Bei uns stehen Sie als Patient im Mittelpunkt. Wir helfen Ihnen mit unserer ganzheitlichen Behandlung und Betreuung, Ihrer Erkrankung erfolgreich entgegenzuwirken. Unser Grundprinzip lautet: Jede echte Heilung ist eine Selbsteilung.

Behandlungsschwerpunkte in der Psychosomatik und Psychotherapie sind u. a.:

- Burn-out-Syndrom
- Angst- und Depressionsbewältigung
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Mobbing und Kopfschmerzen
- Stressbewältigung

Medizinische Kompetenz an neun Standorten in Deutschland



Informationen zu den Dr. Ebel Fachkliniken unter www.ebel-klinik.de

Klinik Buchenholm – Bad Malente

**Vital-Kliniken GmbH
Klinik Buchenholm**

- Psychosomatik/PTBS
- Innere Medizin
- Kardiologie
- Orthopädie

Plönerstraße 20
23714 Bad Malente

Telefon 04523 987 -0
info.buchenholm@vital-kliniken.de

✓ finden Sie im Herzen der
Holsteinischen Schweiz Ihr
inneres Gleichgewicht wieder!

WWW.VITAL-KLINIKEN.DE

SCHÖN KLINIK
Bad Arolsen

Wenn alles zu viel wird: Burn-out, Depressionen, Ängste ...

Schön Klinik Bad Arolsen: Experten für psychosomatische Erkrankungen
Hofgarten 10, 34454 Bad Arolsen, Telefon +49 5691 6238-0
KlinikBadArolsen@schoen-kliniken.de

www.schoen-kliniken.de

Schön Klinik. Messbar. Spürbar. Besser.

RECURO
Rehabilitations- & Präventionszentrum
Bad Kissingen

Schönbornstr. 19
97688 Bad Kissingen
www.recuro.de
Tel. 0971 - 7855 7855

REHA auch mit Partner möglich

Burn-Out, krankmachender Stress, Depressionen? Heil- und Sanatoriumskuren für Beamte und Angestellte in unserer neuen Klinik in Bad Kissingen!



Vereinbarkeit von Privatleben bzw. Familie und Beruf

Ein sehr großes Problemfeld stellt in der Bundespolizei die Vereinbarkeit von Privatleben bzw. Familie und Beruf dar.

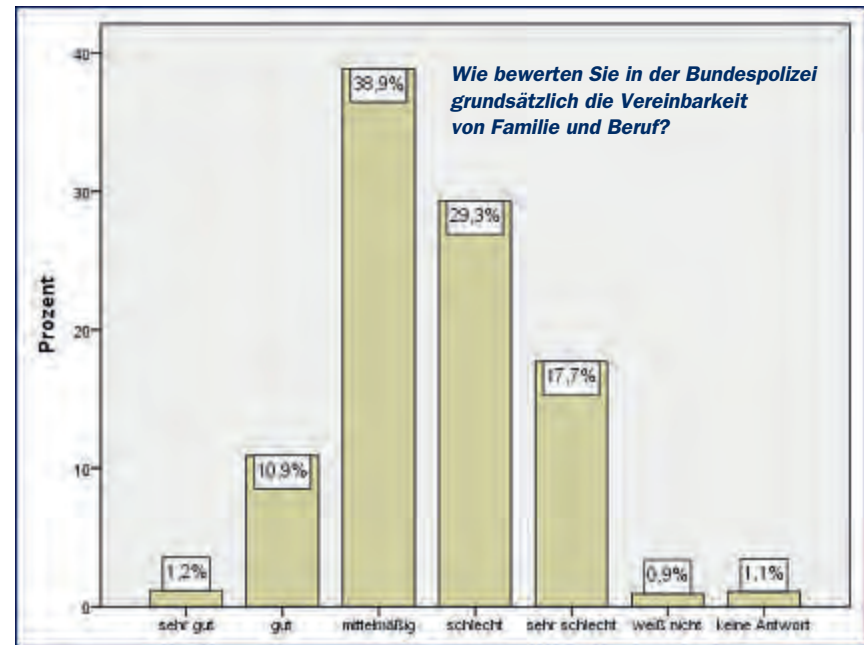
Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird von nur etwa einem Achtel (12,1 %) als gut bzw. sehr gut und knapp der Hälfte (47 %) als schlecht bzw. sehr schlecht bewertet. Als Gründe dafür werden (in der Reihenfolge der Häufigkeit der Nennung) kurzfristige Sonderdienste, die Anfahrt zum Dienstort, Überstunden sowie auch die reguläre Arbeitszeitregelung genannt. Ein besonderes Problem für die Familien von Beschäftigten der Bundespolizei ergibt sich zudem durch mehrmalige Wohnortswechsel aufgrund von Versetzungen im Allgemeinen – was bei knapp drei Vierteln (71,5 %) mindestens schon einmal vorgekommen ist. Die daraus resultierende Belastung für die Familien bewerten nur 1,3 % als gering bzw. sehr gering und etwa vier Fünftel (79,6 %) als groß bzw. sehr groß.

Als Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern könnten, werden (in der Reihenfolge der Häufigkeit der Nennung) mehr Personal, flexiblere Arbeitszeiten, familienbezogene Arbeitszeitmodelle, eine größere Verlässlichkeit des Dienstplans, Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Teilzeitarbeitsmöglichkeiten genannt. Die Familienfreundlichkeit der bestehenden Arbeitszeit- und Teilzeitre-



gelungen in der Bundespolizei wird von etwa einem Fünftel (20,8 %) als schlecht bzw. sehr schlecht und gut zwei Fünfteln (39,7 %) nur als mittelmäßig bewertet.

Die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeigt sich auch bei der Bewertung der Möglichkeiten, vor dem Hintergrund der beruflichen Tätigkeit privaten Verpflichtungen (z.B. Kinderbetreuung) nachzukommen sowie vor dem Hintergrund der familiären Verpflichtungen am beruflichen Aufstieg bzw. der beruflichen Qualifizierung teilzunehmen. Die Möglichkeiten, vor dem Hintergrund der beruflichen Tätigkeit



privaten Verpflichtungen nachzukommen, bewerten nur etwa ein Zehntel (10,3 %) als gut bzw. sehr gut und etwa zwei Fünftel (39,9 %) als schlecht bzw. sehr schlecht. Zudem werden die Kinderbetreuungsmöglichkeiten am Wohn- bzw. Dienstort bei kurzfristigen Einsätzen bzw. im Schicht- und Nachtdienst nur von 2,6 % als gut bzw. sehr gut und knapp der Hälfte (48,4 %) als schlecht bzw. sehr schlecht eingeschätzt. Die Vereinbarkeit von familiären Verpflichtungen mit der Teilnahme am beruflichen Aufstieg bzw. der beruflichen Qualifizierung bewerten nur 5,9 % als gut bzw. sehr gut und 38 % als schlecht bzw. sehr schlecht.

Vor dem Hintergrund der negativen Bewertung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verwundert es nicht, dass etwa jeder Zweite (49,6 %) schon einmal in die Situation geraten ist, sich zwischen Familie und Karriere entscheiden zu müssen. Immerhin ein Fünftel (20 %) hat sich in dieser Situation gegen die Familie und für die Karriere entschieden. Auch die Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, werden durch die berufliche Tätigkeit in der Bundespolizei eingeschränkt. So werden die Möglichkeiten, vor dem Hintergrund der beruflichen Tätigkeit am gesellschaftlichen Leben am Wohnort teilzuhaben, nur von etwa einem Sechstel (16,4 %) als gut bzw. sehr gut und knapp zwei Fünfteln (39,5 %) als schlecht bzw. sehr schlecht bewertet.

Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vor

Ort – neben einer grundsätzlich wünschenswerten Integration von Beschäftigten der (Bundes-)Polizei in die Gesellschaft – eine äußerst wichtige Form des Ausgleichs zur dienstlichen Belastung darstellt. So wirkt von denjenigen, die die Möglichkeiten, vor dem Hintergrund der beruflichen Tätigkeit am gesellschaftlichen Leben am Wohnort teilzuhaben, als gut bzw. sehr gut bewerten, die Arbeitszeitregelung in der Dienststelle für gut drei Fünftel (62,4 %) eher ausgleichend – während von denjenigen, die die Möglichkeiten vor dem Hintergrund der beruflichen Tätigkeit am gesellschaftlichen Leben am Wohnort teilzuhaben, als schlecht bzw. sehr schlecht bewerten, die Arbeitszeitregelung in der Dienststelle nur für knapp ein Viertel (23,9 %) eher ausgleichend wirkt.

Bezahlung

Ein Beleg für die offene und sachliche Beantwortung der Fragen ist u.a. die Tatsache, dass nur knapp die Hälfte (48,2 %) die Bezahlung im Verhältnis zu den Kosten für den Lebensunterhalt als nicht angemessen bewertet.

Der Anteil derjenigen, die die Bezahlung im Verhältnis zu den beruflichen Aufgaben als nicht angemessen bewerten, liegt etwas höher: bei knapp drei Fünfteln (57 %).

Die Einschätzung der Bezahlung im Verhältnis zu den beruflichen Aufgaben hat einen gewissen Einfluss auf die Absicht bzw. den Wunsch, die Bundespolizei zu verlassen: Von denjenigen, die die Bezahlung im Verhältnis zu den beruflichen Aufgaben nicht angemessen finden, hat etwa ein Drit-



Forderungskatalog des GdP-Bezirks Bundespolizei aus der „Klartext-Studie“ der TU Chemnitz zur Berufszufriedenheit in der Bundespolizei:

Die Gewerkschaft der Polizei fordert, dass die politische, ministerielle und polizeiliche Führung der Bundespolizei die „Mitarbeiterzufriedenheit“ zu einem zentralen Anliegen der Organisation macht. Voller Einsatz im Polizeidienst kann nur mit zufriedenen und motivierten Mitarbeitern funktionieren!

1. Belastung senken – Ausgleich schaffen!

Wir brauchen deutlich mehr Personal, um die polizeilichen Aufgaben im In- und Ausland wahrnehmen zu können! Die GdP fordert die Regierungskoalition zur sofortigen Rücknahme der Stellenkürzungen in Vollzug und Verwaltung und einer deutliche Erhöhung der Einstellungszahlen von Polizeianwärtern auf! Nur eine Neuorientierung auf konsequent regionale Personalgewinnung wird der Personalnot vor allem in den Ballungsräumen entgegenwirken. Der Kreislauf „Immer neue Aufgaben mit immer weniger Personal“ muss durchbrochen werden!

Die GdP fordert für die Mitarbeiter im Schicht- und Einsatzdienst deutlich bessere Ausgleichsmaßnahmen und einen umfassenden Ansatz dazu. Die Bundesregierung muss die Forderungen des DGB zur „Neuordnung des Ausgleichssystems für Wechselschicht-, Schicht- und Einsatzdienstleistende des Bundes“ auf die Tagesordnung nehmen und umsetzen!

Die Erhöhung der Wochenarbeitszeit ist zurückzunehmen und mit der GdP neue, auf den Polizeidienst und die Bedürfnisse der Mitarbeiter abgestimmte Rahmenbedingungen für die Arbeitszeit auszuhandeln. Nur durch die Kombination von mehr verfügbarem Personal und fairen Arbeitszeitrichtlinien kann die Belastung durch Mehrarbeit und Wochenenddienste verringert werden.

Durch eine Faktorisierung der langjährig von Polizeibeamtinnen und -beamten im Schicht- und Einsatzdienst verbrachten Zeiten ist deren Altersgrenze stufenweise verkürzen. Zur Abpufferung der Überalterung der Polizeieinsatzkräfte muss die Altersteilzeit in der Bundespolizei als Instrument einer sozial ausgewogenen Personalpolitik wieder eingeführt werden. Die Dienstbelastungen müssen auch durch eine

Erhöhung der Urlaubszeit für Beamte im Schicht- und Einsatzdienst und lebensältere Kolleginnen und Kollegen besser ausgeglichen werden.

Die Bundespolizei muss endlich ein geschlossenes Gesundheitspräventionsprogramm erhalten, dass auch Vorsorgekuren für Schicht- und Einsatzdienst leistende Polizistinnen und Polizisten vorsieht. Auf „Burn-out“-Syndrome, steigende Krankenzahlen und Organisationszynismus muss endlich gemeinsam mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen reagiert werden!

Die GdP fordert, zum Ausgleich wechselnder Einsatzorte und zur Verhinderung von immer wiederkehrenden Massenumzügen der Beamten, die personellen Wechsel- und Austauschmöglichkeiten mit den Polizeien der Länder wieder zu öffnen.

2. Gute Polizeiarbeit braucht bessere Rahmenbedingungen!

Die persönliche Bekleidung und Ausstattung der Polizeibeamten muss weiter verbessert werden. Die Beschäftigten der Bundespolizei müssen Zugriff auf die qualitativ bestmögliche Dienst- und Einsatzbekleidung haben.

Gute Polizeiarbeit hat ihren Preis und muss fair bezahlt werden! Die Bundespolizei darf nicht weiterhin Schlusslicht bei der Stellenstruktur im Vergleich mit den Polizeien der Länder sein. Deshalb müssen die Planstellenobergrenzen im mittleren Dienst kurzfristig auf mindestens 60 Prozent Besoldungsgruppe A 9/A 9mZ und der Stellenanteil des gehobenen Dienstes auf mindestens 50 Prozent angehoben werden. Die GdP fordert eine Fortführung des verkürzten Aufstiegsverfahrens und eine weitere Absenkung der unnötigen Altersschwelle sowie eine Zulassung von Polizeiobermeistern zu diesen Kurzverfahren.

Die längst überfällige und seit Jahren zugesagte Verbesserung der Stellenbe-

wertung muss durch das Bundesinnenministerium unverzüglich umgesetzt werden. Die GdP fordert moderne und transparente Personalentwicklungskonzepte und eine faire Neugestaltung des Beurteilungssystems.

Die für gute Polizeiarbeit unverzichtbaren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen aus den permanenten Stellenkürzungen ausgenommen werden und brauchen berufliche Fortbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten.

3. Mehr Berufszufriedenheit durch weniger Bevormundung und Reglementierung

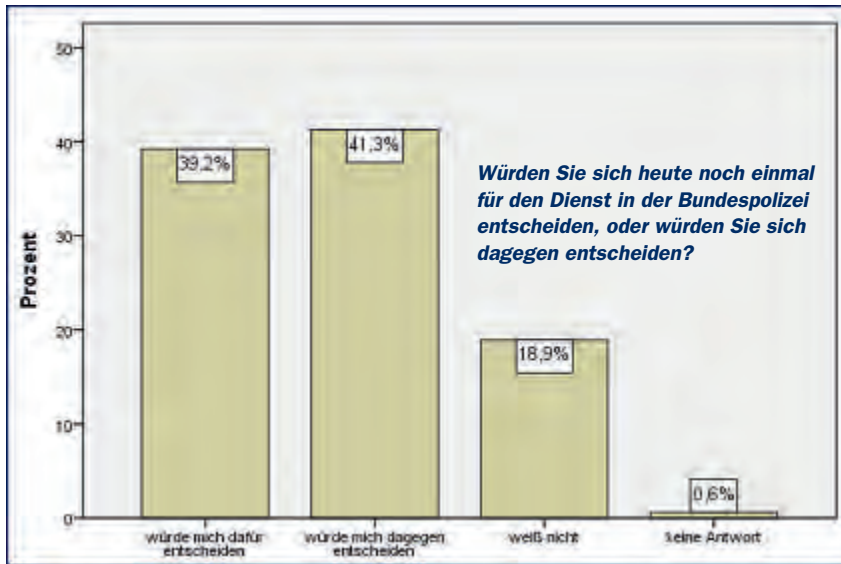
Die GdP fordert die Bundesregierung auf, mit dem Bürokratieabbau ernst zu machen und damit sofort in der Bundespolizei zu beginnen! Die Eigenverantwortung, Kreativität und Eigenentscheidungsmöglichkeit in den operativen Dienststellen muss wieder Vorrang vor zentralistischen Überreglementierungen haben. Die Reglementierungsdichte durch Weisungen, Erlasse und Verfügungen muss innerhalb eines Jahres auf das niedrigste mögliche Maß heruntergefahren werden. Die GdP fordert eine Einstellung der Versuche der Kennzahlensteuerung. Die Delegation von Entscheidungen auf die niedrigste mögliche Verantwortungsebene und die klare Kompetenzabgrenzung zwischen den Behörden- und Dienstebenen ist überfällig.

4. Nur wer Familie und Beruf vereinbaren kann, wird guten Dienst leisten!

Die GdP fordert, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich stärkeres Gewicht bei der Planung und Durchführung aller Maßnahmen der Dienst- und Einsatzorganisation erhält. Dies gilt für die Personalplanung und -entwicklung genauso wie für familienfreundliche Arbeitszeitregelungen und familiengerechte Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote, insbesondere für Beamtinnen und Beamte mit betreuungsbedürftigen Kindern. Dafür müssen auch regionale Kooperationsmöglichkeiten mit den Polizeifortbildungseinrichtungen der Länder stärker genutzt werden.



BERUFSZUFRIEDENHEIT



Alle Grafiken aus „Klartext-Studie“

tel (32,5 %) die Absicht bzw. den Wunsch, zur Landespolizei oder zu einer anderen Bundesbehörde zu wechseln – während von denjenigen, die die Bezahlung im Verhältnis zu den beruflichen Aufgaben angemessen finden, nur gut ein Fünftel (22,1 %) die Absicht bzw. den Wunsch hat, zur Landespolizei oder zu einer anderen Bundesbehörde zu wechseln.

Nachwuchsgewinnung

Nach den Einschätzungen der Befragten wird die Bundespolizei künftig mit massiven Nachwuchsproblemen konfrontiert sein. Nur etwa ein Fünftel (19,7 %) glaubt, dass es der Bundespolizei in Zukunft gelingen wird, das notwendige qualifizierte Personal zu gewinnen.

Dass die Bundespolizei künftig massive Probleme haben könnte, qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen, dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass viele Beschäftigte der Bundespolizei nicht für den Dienst in der Bundespolizei werben bzw. sogar davon abraten. So würde nur ein Viertel (25,3 %) nahe stehenden Personen empfehlen, sich für den Dienst in der Bundespolizei zu entscheiden.

Wichtig ist an dieser Stelle, dass der Rat aktiver Beschäftigter der Bundespolizei als fachlich kompetente „Opinion Leader“ bzw. „Insider“ sowie persönlich Vertraute im privaten Umfeld einen äußerst großen – positiven oder negativen – Einfluss auf die Wahrnehmung der Bundespolizei als Arbeitgeber hat.

Ein deutlicher Beleg für die negative Einschätzung des eigenen Berufsbilds und die mangelnde Attraktivität der Bundespolizei als Arbeitgeber ist auch, dass sich

„Dass die Bundespolizei künftig massive Probleme haben könnte, qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen, dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass viele Beschäftigte der Bundespolizei nicht für den Dienst in der Bundespolizei werben bzw. sogar davon abraten.“

heute nur etwa zwei Fünftel (39,2 %) noch einmal für den Dienst in der Bundespolizei entscheiden würden.

Dabei zeigt sich, dass die Gewinnung von geeignetem Personal nicht nur angesichts der demographischen Entwicklung bzw. der damit verbundenen Veränderungen des Arbeitsmarkts, sondern insbesondere auch angesichts des Attraktivitätsverlusts der Bundespolizei als Arbeitgeber in Zukunft ein sehr großes Problem darstellen wird. Sollte es der Bundespolizei – wie auf dieser Grundlage anzunehmen – zukünftig tatsächlich nicht gelingen, den qualifizierten Nachwuchs im notwendigen Umfang zu gewinnen, wird sie ihren Aufgaben kaum in angemessener Form gerecht werden können.

Fußnoten:

- 1 Beerlage, Irmtraud et. al: Organisationsprofile, Gesundheit und Engagement im Einsatzwesen. Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Laufzeit 04/06 – 09/09, Endbericht September 2009.
- 2 Ebd., S. 1.
- 3 Ebd., S. 2.
- 4 Ebd., S. 3.

HEROES WEAR HAIX®



Der Schuh für die Elite.

RANGER GSG9-S

Mit SEK's entwickelt.
Für mehr Sicherheit bei Fast Roping
Zugriff und im Beflammungsfall.

Wir schenken Ihnen € 10,-

Ab einem Mindestbestellwert von € 50,- bei einer Bestellung auf www.haix-webshop.de gültig bis zum 01.06.2011
Geben Sie einfach bei der Bestellung den **Gutschein-Code** ein:

sibiti61

Hochwertige Qualitätsschuhe für alle Bereiche:

Feuerwehr · Rettungsdienst
Security · Jagd · Workwear & Freizeit

... denn Profis tragen HAIX®!



www.haix-webshop.de



HAIX®-Schuhe Produktions- und Vertriebs GmbH
84048 Mainburg, Germany, Tel. +49 (0) 87 51 / 86 25 - 0

www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste
der GdP auf einen Blick!



NaturaMed
Fachklinik

- BurnOut
- Lebenskrise
- Depression
- Ängste
- chronische Schmerzen
- Essstörung

Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose

Psychosomatisches
Privatkrankenhaus
beihilfefähig

0 75 24 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de



FACHKLINIK ST. LUKAS

Fachklinik für Psychosomatik
und Orthopädie

Chefarzt Dr. med. Günther Hitpass
Chefarzt Dr. med. Dr. med.
habil. Jürgen Krauß

Ihr Kompetenz-Team bei
Depressionen
Angst- und Belastungszuständen
Erschöpfung · Burn out · Fibromyalgie
Degenerative Erkrankungen
der Wirbelsäule & Gelenke
Rheumatische Beschwerden
Osteoporose
Kompetenzzentrum Wirbelsäule
alternative Behandlungskonzepte
Akupunktur & TCM
Orthomolekulare Medizin
Vitalstofftherapie
Ringtherapie nach Dr. Hitpass

Fachklinik St. Lukas
94086 Bad Griesbach · Niebelungenstr. 49
Telefon 08532 7960
www.fachklinik-sankt-lukas.de

BERUFZUFRIEDENHEIT

Weiter Klartext sprechen!

Josef Scheuring – Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei – hat sich mit Vehemenz und Herzblut einer höheren Berufszufriedenheit der Beschäftigten in der Bundespolizei verschrieben. Sein Credo: Die Unzufriedenheit darf sich nicht verfestigen; es muss schnellstens mit ganzer Kraft umgesteuert werden. DP sprach mit ihm.

Josef, der GdP-Bezirk Bundespolizei hat die „Klartext-Studie“ vor einem Jahr in Auftrag gegeben – fast 5.000 Beschäftigte haben sich beteiligt – habt Ihr mit diesem Ansturm gerechnet?

Ja, wir konnten sehr deutlich wahrnehmen, dass sich unsere Kolleginnen und



Josef Scheuring, Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei

höchstem Interesse von der Kollegenschaft begleitet.

Inwiefern haben Euch die Resultate der Studie noch überraschen können?

Dass die Bekleidung und Ausstattung in der Bundespolizei so negativ bewertet wird, hat selbst mich ein Stück überrascht. Beeindruckt hat mich, mit welcher hohen Verantwortung unsere Mitglieder mit der Studie umgegangen sind und wie zielgenau durch uns wahrgenommene Probleme jetzt auch wissenschaftlich belegt worden sind.

Ihr habt einen notwendigerweise sehr umfangreichen Forderungskatalog aufgemacht. Wie prognostizierst Du die Chancen der Umsetzung? Gibt es bereits eine erste Resonanz vom Bundesinnenminister?

Die erste Reaktion aus dem Bundesministerium des Innern und auch aus dem Bundespolizeipräsidium Potsdam war durchaus positiv. Dass man nicht zuerst einmal die Ergebnisse der Studie

in Frage gestellt hat sondern vielmehr erklärt, dass man diese Ergebnisse ernst nimmt und an ihrer Lösung arbeiten will, ist eine gute und kluge Reaktion. Und alle Seiten haben auch gute Gründe, unsere Forderungen umzusetzen und die Probleme in der Bundespolizei zu lösen. Davon profitiert zuerst die innere Sicherheit und damit die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Und wir sind gewohnt, für die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen zu kämpfen. Wir haben auch bisher in der Bundespolizei nichts nachgetragen bekommen.

Solch eine Studie birgt auch enorme Verantwortung. Die GdP-Mitglieder, die sich daran beteiligt haben, hegen die Hoffnung, dass sich in der Bundespolizei wieder etliches zum Guten wendet. Wie wird die GdP-Bundepolizei die Sache verfolgen?

Die eigentliche Arbeit an der Studie beginnt erst jetzt. Wir werden mit großer Kraft und Beharrlichkeit daran arbeiten, dass sich die Dinge in der Bundespolizei zum Guten wenden. Das werden wir auch so wie bisher gemeinsam mit allen unseren Kolleginnen und Kollegen machen. Wir verfügen über hohes Vertrauen in der Belegschaft, das wird im Übrigen auch an ständig steigenden Mitgliedszahlen deutlich. Vertrauen wird auch in Zukunft die zentrale Grundlage für unsere Arbeit sein.

Woran wollt Ihr den Erfolg messen? Wird es möglicherweise in einigen Jahren erneut eine Befragung über die Berufszufriedenheit geben?

Ich halte die direkte Einbindung unserer Kolleginnen und Kollegen in unsere Arbeit für ein ganz wichtiges und Vertrauen schaffendes Mittel. Dies durch einen Dritten unabhängig und auf unstrittig wissenschaftlicher Basis durchführen zu lassen, kostet Geld, ist aber ganz besonders belastbar und damit wertvoll. Wir sehen dafür das Geld unserer Mitglieder dabei besonders gut eingesetzt und werden uns auch zukünftig solcher Befragungen bedienen.

Das Interview führte Marion Tetzner



Familienfreundlichkeit ist Standortvorteil

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein gesamtgesellschaftliches Zukunftsthema und ein wichtiges Handlungsfeld für Arbeitnehmervertretungen.

Trotz guter Beispiele und stichhaltiger Argumente wird das Spektrum familienfreundlicher Maßnahmen in Betrieben und Verwaltungen vor Ort nicht annähernd ausgeschöpft. Warum das so ist und mit welchen politischen Maßnahmen Interessenvertretungen sinnvoll unterstützt werden können, wollte Josef Hecken, Staatssekretär im Bundesministerium für

GdP-Frauengruppe. Denn für Teilzeitbeschäftigte fallen Beurteilungen regelmäßig schlechter aus – weil sie weniger Zeit unter den Augen des Vorgesetzten verbringen. Familienbedingte Unterbrechungszeiten und Teilzeitarbeit sind ein klares Karrierehemmnis für Frauen – das belegen auch wissenschaftliche Untersuchungen.



Die Sicht der Interessenvertretungen auf gute Beispiele für familienfreundliche Maßnahmen in Dienststellen und Betrieben wollte Josef Hecken, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Bildmitte) kennenlernen. Mitte Februar traf er sich mit ausgewählten Vertreterinnen und Vertretern aus Betriebs- und Personalräten, darunter Elke Gündner-Ede und Dagmar Hölzl (2. und 4. v.r.). Foto: Weusthoff

Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wissen – und traf sich am 15. Februar mit ausgewählten Vertreterinnen und Vertretern aus Betriebs- und Personalräten, darunter Elke Gündner-Ede und Dagmar Hölzl.

In einem regen Austausch mit dem Staatssekretär und seinem zuständigen Abteilungsleiter Ingo Behnel schilderten die Kolleginnen und Kollegen zahlreiche, in der Praxis bereits bewährte Initiativen vor allem aus den großen Unternehmen der privaten Wirtschaft. Doch auch Hemmnisse und politischer Handlungsbedarf wurden benannt. So wurde u.a. die auch im öffentlichen Dienst vorherrschende Präsenzkultur kritisiert. „Gerade Frauen, die aufgrund familiärer Pflicht in Teilzeit arbeiten, spüren die mangelnde Wertschätzung ihrer Leistung oft sehr direkt“, erläuterte Dagmar Hölzl, Personalrätin im Landeskriminalamt Baden-Württemberg und Vorsitzende der

„Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Bezahlung im öffentlichen Dienst ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie keine soziale Wohltat,“ betonte Elke Gündner-Ede, Mitglied im geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand und stv. Vorsitzende des Hauptpersonalrates der Polizei Niedersachsen. Mit Staatssekretär Hecken war sie einer Meinung: „Familienfreundliche Maßnahmen sind ein knallharter Standortvorteil!“

Diskutiert wurde auch die Verbesserung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes durch die Einführung eines Rechtsanspruches auf Rückkehr in Vollzeit, wenn familienbedingt Teilzeit genommen wurde.

In der Runde verbindlich vereinbart wurde neben der Fortsetzung der Gespräche auch eine größere Veranstaltung mit Beispielen guter Praxis zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Anja Weusthoff



THOMAS BROCKHAUS

Automobile und mehr

NEU- oder GEBRAUCHTWAGEN?

Wir liefern Fahrzeuge aller NAMHAFTER HERSTELLER zu GÜNSTIGEN PREISEN.

SERVICE
wird bei uns groß geschrieben.

Informieren Sie sich!

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

BRUNOX®
Waffelpflege ist
- Laufreinigung,
- Korrosionsschutz
- und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913

Ordnung und Vernichtung

Die Polizei im NS-Staat



1. APRIL – 31. JULI 2011 TÄGLICH
10 – 18 UHR / WWW.DHM.DE / EINE AUSSTELLUNG
DER DEUTSCHEN HOCHSCHULE DER POLIZEI MÜNSTER
UND DES DEUTSCHEN HISTORISCHEN MUSEUMS
BERLIN DEUTSCHES HISTORISCHES
MUSEUM BERLIN



Auch für den Hindukusch gilt Personalvertretungsrecht

Polizeiliche Auslandsmissionen sind seit vielen Jahren Thema – auch bei der hessischen Polizei. Waren es vor wenigen Jahren Abordnungen in Länder, in denen Kampfhandlungen nicht auf der Tagesordnung standen, ist dies spätestens mit Missionen deutscher Polizistinnen und Polizisten nach Afghanistan anders geworden.

Nahezu täglich wird von Selbstmordanschlägen der Taliban gegen ausländische, in Afghanistan stationierten Truppen/Kräfte berichtet. Auch viele entsandte Soldaten und Polizisten wurden dabei verletzt, trau-



Schulung afghanischer Polizisten mit deutscher Hilfe Foto: Marcel Mettelsiefen/dpa

matisiert oder gar getötet. Unter diesen Gesichtspunkten von polizeilichen Friedensmissionen, gerade in diesem Land zu reden, fällt besonders schwer. Nach dem Sprachgebrauch bundesdeutscher Politiker herrscht in Afghanistan zwar kein Krieg, die Umschreibung „kriegsähnliche Zustände“ und die mediale Berichterstattung vermittelt aber einen anderen Eindruck. Auch die Kultur der Afghanen und deren zumeist stammesorientierte Gesellschaftsstruktur sind nach unserem westlich geprägten Weltbild mit unserer Vorstellung vom Gemeinwesen nur schwerlich vereinbar. Gleichwohl ist es wichtig, Strukturen zu schaffen, die radikalen Gruppierungen den Nährboden entziehen.

In Kenntnis dieser Umstände gewinnt die Frage nach der Vor-, Für- und Nachsorge für die dort Dienst verrichtenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten neue Bedeutung. Die Vogel-Strauß-Methode – „Den Kopf in den Sand stecken“ – würde diesem nicht gerecht. Die Personalräte befinden sich dabei in einem besonderen Spannungsverhältnis. Die dabei widerstreitenden Interessen – dem Einzelinteresse desjenigen, der freiwillig nach Afghanistan will und der

derzeit noch nicht rechtlich verankerten Erlassregelung, unter welchen Voraussetzungen Entsendungen stattfinden – müssen betrachtet werden. Gleichmaßen steht darüber hinaus noch die im hessischen Recht derzeit fehlende gesetzliche Regelung aus, wie der Dienstherr bei evt. Versicherungsrücktritten der entsendeten Beamtinnen und Beamten in Schadensfällen haftet.

Die personalrätlichen Entscheidungsprozesse beschränken sich also nicht nur auf die Tatsache, wie die personellen Lücken der entsendeten Beschäftigten für die Abordnungszeiten zu schließen sind. Dass die Arbeit in den Kommissariaten, Polizeirevierern und -stationen und in den Schichten nicht weniger wird, ist selbstverständlich und nachvollziehbar.

Rechtliche Grundlagen

Seit dem ersten Halbjahr 2010 wird ein Grundsatzterlass für Auslandsmissionen zwischen Hauptpersonalrat und dem Innenministerium erörtert. Von zentraler Bedeutung ist auch hier die Regelung der versorgungsrechtlichen Fragen. Private Versicherungen haben im Versorgungsfall keine Leistungspflicht, da diese in den Versicherungsbedingungen explizit ausgeschlossen werden können (Kriegsklausel). Wann und in welcher Höhe tritt hier der Dienstherr ein? Die Beantwortung dieser Frage kann auch nicht von dem Zufall abhängen, ob eine private Lebensversicherung besteht oder nicht.

Personalrätliche Beteiligung

Im Rahmen von Abordnungsmaßnahmen greifen die beteiligungsrelevanten Vorschriften der Personalvertretungsgesetze der Länder und des Bundes. Bei Abordnungen in das Ausland kommt eine Abordnung nur über die Bundespolizei zustande. Nach einer erfolgten Qualifizierung im Rahmen einer Fortbildungsmaßnahme und einer Gesundheitsüberprüfung erfolgt die Abordnung zur Bundespolizei

und damit zeitgleich die Zuweisung und Ausreise nach Afghanistan. Die Beteiligung der personalabgebenden Personalräte hat also mit Beginn der vorbereitenden Maßnahmen, die im Übrigen ja zwingende Voraussetzung für eine Abordnung sind, zu erfolgen. Eine Beteiligung findet aber meist erst dann statt, wenn die Ausreise mittelbar oder unmittelbar bevorsteht. Der im Personalvertretungsrecht festgeschriebene rechtzeitige und umfassende Informationsanspruch des Personalrates wird umgangen oder missachtet. Es kann nicht sein, dass der örtliche Personalrat erst dann beteiligt wird, wenn der entsprechende Beamte unmittelbar vor der Ausreise zur Auslandsverwendung steht. Zudem muss der Personalrat bei der personalaufnehmenden Behörde, hier der Bundespolizei, ebenfalls beteiligt werden. Erst wenn dessen Zustimmung zur Abordnungsmaßnahme vorliegt, kann eine Abordnung erfolgen. Denn für die weiteren Belange der abgeordneten Kolleginnen und Kollegen im Ausland ist dann der bei der Bundespolizei ansässige Personalrat zuständig. Prinzipiell unterscheidet sich dieser Abordnungsvorgang nicht von einem innerhalb Hessens und ist somit gelebte Praxis.

Verfahren vor dem Verwaltungsgericht

Mitte Dezember 2010 wurde dem westhessischen Personalrat eine mitbestimmungspflichtige Abordnung nach Afghanistan vorgelegt, welcher nicht zugestimmt wurde. Es war bis zur Ausreise (9. Februar 2011) nicht ausreichend Zeit, das eingeleitete Stufenverfahren zu Ende zu führen und ggfs. in einen Einigungsstellenbeschluss münden zu lassen.

Die Behörde entschied sich nach mehreren Verschiebungen der Ausreise dann zu einer Ausreise am 28. Februar 2011, welche am gleichen Tag dem Personalrat vertrauensvoll mitgeteilt wurde. Daraufhin wurde zur Wahrung der Rechte des Personalrates das Verwaltungsgericht angerufen.

Die Fachkammer für Personalvertretungsrecht legte den Beteiligten den Abschluss eines Vergleichs nahe, um sowohl den Interessen des abordnungswilligen Polizeibeamten als auch der Tatsache Rechnung zu tragen, dass ansonsten höchstwahrscheinlich eine Entscheidung zulasten des Dienststellenleiters des PP Westhessen ausfallen würde.

Das Gericht stellte fest, dass auch der Personalrat der personalaufnehmenden Behörde bei der Bundespolizei bei der Abordnung nicht beteiligt wurde. Damit steht fest, dass gegen rechtliche Vorschriften der Personalvertretungsrechte des Bundes



POLIZEILICHE AUSLANDSMISSION

und des Landes Hessen verstoßen wurde. Das hessische Innenministerium hat daraufhin mit Erlass verfügt, keine weiteren Polizeibeamten/-innen nach Afghanistan zu schicken, bis die entsprechenden festgestellten Verstöße geheilt werden und der Grundsatzterlass für Auslandsmissionen in Kraft gesetzt wird.

Fazit aus GdP-Sicht

Die Gewerkschaft der Polizei begrüßt, dass die Verstöße gegen personalvertretungsrechtliche Bestimmungen abgestellt werden sollen. Besonders aufmerksam schauen wir in diesem Zusammenhang nach Berlin und Potsdam, wo die entsprechenden Personalvertretungen der Bundespolizei sitzen, die im Beteiligungsverfahren noch einbezogen werden müssen. Es stellt sich die Frage, wie andere Bundesländer bei Feststellungen gleicher Sachverhalte und Verstöße agieren werden.

Das hessische Innenministerium hat nach der Entscheidung des Gerichts zugesagt, keine weiteren Polizisten nach Afghanistan zu entsenden, bis die Rechtslage geklärt ist.

Mit der Entscheidung fühlt sich die GdP in ihrer Forderung bestätigt, den Einsatz hessischer Polizistinnen und Polizisten in Auslandsmissionen, und damit auch nach Afghanistan, auf eine solide rechtliche Grundlage zu stellen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen bedürfen einer umfassenden Absicherung, die rechtlich festgeschrieben sein muss.

Ewald Gerk, Peter Wittig

An- und Ablegen der Uniform ist keine Arbeitszeit, aber die Übernahme der Ausrüstung

Die Verwaltungsgerichte sind unterschiedlicher Auffassung, ob das An- und Ablegen der Dienstkleidung bzw. kurze notwendige Übergabegespräche zur Dienstvorrichtung eines Polizeivollzugsbeamten gehören. Nunmehr hat sich **Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen im Urteil vom 2.12.2010 – 6 A 1546/10** – zu dem Thema geäußert. Dabei ist das Gericht davon ausgegangen, dass die Zeit, die für das An- und Ablegen der Polizeiuniform – d.h. der einheitlichen Dienstkleidung – in der Dienststelle erforderlich ist, Arbeitszeit ist. Zur Uniform bzw. einheitlichen Dienstkleidung zählen nach dem herkömmlichen Begriffsverständnis ausschließlich Kleidungsstücke. Weiter ist das Gericht davon ausgegangen, dass das Beamtenverhältnis als ein öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis die Beteiligten wechselseitig und umfassend in Anspruch nimmt. Deshalb sind die arbeitsrechtlichen Bestimmungen ohne Bedeutung. So nimmt das Gericht eine Interessenbewertung vor. Für das Gericht ist entscheidend: Das An- und Ablegen der Polizeiuniform ist nicht nur der Interessensphäre des Dienstherrn, sondern auch der Interessensphäre des Beamten zuzuordnen. Er hat die Möglichkeit, die Uniform bereits zuhause anzulegen und auf dem Weg zur Dienststelle zu tragen. Macht der Beamte

zuhause anzulegen, Gebrauch, erspart er sich das Anlegen der ansonsten üblichen Zivilbekleidung und damit eine Handlung, die allein seiner Interessensphäre zuzurechnen ist.

Es ist den Beamten aber auch nicht unzumutbar, auf dem Weg von und zu der Dienststelle die Polizeiuniform zu tragen. Zudem greift das An- und Ablegen der Polizeiuniform vor Schichtbeginn bzw. nach Schichtende nur geringfügig in die individuelle Lebensführung des Beamten ein. Das alltägliche und gewohnheitsmäßige An- und Ablegen der Uniform beansprucht ihn nicht mehr als das An- und Ablegen von Zivilbekleidung und damit nur in geringem Maße. So lehnt es das Gericht ab, die für das An- und Ablegen der Polizeiuniform erforderliche Zeit als Arbeitszeit im Sinne des Beamtenrechts anzuerkennen.

Die Zeit, die für die Übernahme bestimmter Gegenstände (Pistole mit Holster, Reservemagazin mit Tasche, Handfessel, Stahl mit Tragevorrichtung, RSE (50 mm) mit Tragevorrichtung sowie Tragevorrichtung für Einsatzmehrzweckstock) erforderlich ist, ist dagegen Arbeitszeit im Sinne des Beamtenrechts. Insoweit stehen die Interessen des Dienstherrn gegenüber jenen des Beamten in einer Weise im Vordergrund, dass das Anlegen dieser Gegenstände als Arbeitszeit einzustufen ist. Das Tragen der dem Beamten persönlich zugeordneten Gegenstände dient ausschließlich dem Zweck einer ordnungsgemäßen und wirksamen Dienstleistung. *Dr. Otto*



React
www.react.org
seit 20 Jahren

Unsere Kompetenz
bei Produktpiraterie:
Expertisen, Kontakte,
Zusammenarbeit mit Polizei,
Zoll und anderen Behörden.

React Germany
Fon: 02429 - 90 93 85
Fax: 0322 - 237 643 58
germany@react.org



Polizei im NS-Staat – erstmals bundesweit betrachtet

Das Deutsche Historische Museum zeigt vom 1. April bis 31. Juli die Ausstellung „Ordnung und Vernichtung“

Vor einigen Fotos möchte man flüchten. Physisch und emotional. Sie dokumentieren unmenschliche Taten von Polizisten im NS-Reich. Beklemmend die Gewissheit, dass viele derjenigen, denen man in die Kinder-, Frauen- und Greisen-gesichter sieht, wenige Minuten später tot waren – erschossen von deutschen Polizisten. Das Polizeibataillon 309 aus Köln war eines von vielen Polizeiformationen, die am Völkermord beteiligt waren. Keiner von den Tätern des Polizeibataillons 309 wurde später rechtskräftig verurteilt – einer der Hauptangeklagten konnte allerdings mit seiner Schuld nicht leben. Er richtete sich selbst.

Die Polizei in Deutschland stand während der NS-Zeit unter Befehl und Gehorsam. Allerdings ist kein Fall bekannt, dass wegen einer Verweigerung der Teilnahme am Völkermord um das eigene Leben gefürchtet werden musste. Doch galt ein Verweigerer durchaus als Schwächling, wurde z. B. zur Latrinensäuberung abgestellt oder zwangsversetzt. Der Korpsgeist war sicher ein nicht zu unterschätzendes Moment, warum viele zu Mördern pervertierten. Aber nicht alle. Und so ist es für den Besucher der Ausstellung geradezu erleichternd, wenn er in den Bereich kommt, der denen gewidmet ist, die sich anders verhalten haben – menschlich und dabei eigene Repressalien in Kauf nehmend.

Immer noch für viele unbegreiflich, warum eine Aufarbeitung der Polizeigeschichte im NS-Staat so lange gedauert hat. Warum erst 66 Jahre danach? Eine aus unserer heutigen Sicht akzeptable Begründung gibt es nicht, aber aus historischer Sicht schlüssige Erklärungsansätze, die letztendlich in dem gefühlten Wissen münden: Es war nicht gewollt. Kontinuität der Personalpolitik, so lautet ein Erklärungsversuch, und das heißt – viele, sehr viele der einstigen Täter fanden in der Bundesrepublik wieder einen Posten in der Polizei ...

Wohl gab es punktuell Versuche der Aufarbeitung, aber bundesweit eine verbindliche und gemeinsam getragene Aufarbeitung kam erst in den letzten Jahren zustande – angestoßen von Graf Detlef von Schwerin, der an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg lehrte, und 2007 das Thema an die Deut-



Plakat der Ausstellung im Deutschen Historischen Museum in Berlin Foto: DHM

sche Hochschule der Polizei herantrug. Die Innenministerkonferenz förderte die Forschung und Ausstellung mit 1,3 Mio. Euro, das Deutsche Historische Museum war schnell als Partner dabei.

Seit 1. April dieses Jahres ist die Ausstellung der Öffentlichkeit zugänglich. Beindruckend, was in dieser relativ kurzen Zeit zusammengetragen, aufbereitet und präsentiert wurde. Sorgfältig, aussagekräftig, emotional anrührend, erschütternd, notwendig – das sind Attribute, die sich mir beim Rundgang aufdrängten. Sicher ist noch nicht alles erforscht, bleiben durchaus Fragen nur vage beantwortet. Aber es ist ein weiterer Schritt in Richtung Vergangenheitsaufarbeitung – der nachdenken lässt über die Rolle der Polizei insgesamt, über die eigene Rolle, über Menschenrechte und Menschlichkeit und über fatale Entgleisungen.

Marion Tetzner

„Freund und Henker“ – Die Polizei im NS-Staat

Die Polizei war ein zentrales Herrschaftsinstrument des NS-Regimes. Von seinen Anfängen bis zu seinem Untergang konnte es sich auf die Polizei stützen. Nicht nur die Gestapo, sondern alle Sparten der deutschen Polizei waren am Terror gegen die politischen und weltanschaulichen Gegner des NS-Staats beteiligt, zunächst im Innern des Deutschen Reiches und seit Kriegsbeginn 1939 schließlich in allen von der Wehrmacht eroberten Gebieten.

Besonders in Osteuropa beging die deutsche Polizei massenhaft Verbrechen an der Zivilbevölkerung. Die Polizei war maßgeblich am Mord an den europäischen Juden beteiligt, aber auch an der Verfolgung von Widerstandsgruppen gegen das nationalsozialistische Besatzungsregime und der Verschleppung von Zivilisten zur Zwangsarbeit für die deutsche Kriegswirtschaft. Die Verbrechen verübten Polizisten, die vielfach in der Weimarer Republik, einem demokratischen Rechtsstaat, sozialisiert und ausgebildet wurden. Nur wenige von ihnen mussten

sich für die verübten Verbrechen nach 1945 vor Gericht verantworten. Viele konnten in der Bundesrepublik ihre Karrieren im Polizeidienst fortsetzen.

In der deutschen Öffentlichkeit sind diese Aspekte der Polizeigeschichte kaum bekannt. Der nationalsozialistische Terror und Völkermord werden gemeinhin allein der Gestapo und der SS zugeschrieben. Dabei konnten wissenschaftliche Forschungen der vergangenen zwanzig Jahre eindrucksvoll bestätigen, dass auch die Kriminal- und die Ordnungspolizei maßgeblich in die NS-Verbrechen involviert waren. Am Beispiel der uniformierten



Ordnungspolizei, dem „Fußvolk der ‚Endlösung‘“, lässt sich nachweisen, in welchem Umfang „ganz normale Männer“ (Christopher Browning) an der Ermordung der europäischen Juden beteiligt waren. In der Mehrheit waren die Polizisten weder überzeugte Weltanschauungskrieger, noch bloße Befehlsempfänger. Sie besaßen durchaus Handlungsoptionen. Dennoch entzogen sich nur wenige von ihnen den verbrecherischen Befehlen.

Die Ausstellung „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat“ will diese Zusammenhänge darstellen und vermitteln. Es ist die erste bundesweite Ausstellung, die sich mit der Polizeigeschichte in der NS-Zeit befasst. Auf zwei Etagen und 1.000 qm Fläche präsentiert sie fast 500 Objekte zur Geschichte der Polizei im NS-Staat – von der Anstecknadel bis zum Gestapowagen.

Militärische Traditionen und gescheiterte Reformen: Die Polizei in der Weimarer Republik

Der Ausstellungsrundgang beginnt mit der Weimarer Republik, die von der Polizei nur widerwillig gegen die Angriffe politischer Extremisten verteidigt wurde. Umsturzversuche und bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen prägten die Anfangs- und Endjahre des ersten deutschen demokratischen Staates. Die Polizei, anfangs eine Reservearmee im Innern, war von militärischen und autoritären Traditionen geprägt. Gemeinsam mit der Reichswehr und den rechtsgerichteten Freikorps schlug die Polizei in den unruhigen Anfangsjahren der Republik mehrere Aufstandsversuche von Links gewaltsam nieder. Aus der Armee und den paramilitärischen Verbänden rekrutierte die Polizei zunächst ihr Personal. Die antirepublikanische Einstellung, die viele Offiziere hegten, konnte auch durch die Reformen in der Zeit der relativen politischen und wirtschaftlichen Stabilität zwischen 1924 und 1928 nicht überwunden werden. Der sozialdemokratische Innenminister Carl Severing bemühte sich darum, die Polizei zunächst in Preußen, dann im gesamten Reich in eine zivile und moderne „Volkspolizei“ umzuwandeln. Zu ihren neuen Aufgaben gehörte die Regelung des wach-

senden Verkehrs und der Kampf gegen neue Formen der organisierten Kriminalität. Auf der Großen Polizeiausstellung 1926 in Berlin wurden die neuen Konzepte der Polizeiarbeit der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Polizei präsentierte sich erstmals als „Freund und Helfer“ – ein Leitspruch, der bis heute prägend ist, in der NS-Zeit aber in grausamer Weise pervertiert wurde. Statt „Freund und Helfer“ war die Polizei im NS-Staat „Freund und Henker“. Ihr freundliches Gesicht zeigte sie gegenüber den „Volksgenossen“, aber mit Härte und Gewalt ging sie gegen alle „Volksfeinde“ und „Gemeinschaftsfremde“ vor. Dazu

gehende Mehrheit der Polizisten verhielt sich aber loyal gegenüber der neuen Regierung und begrüßte ihre Maßnahmen wie die „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28. Februar 1933, mit der die Grundrechte außer Kraft gesetzt wurden und Personen zeitlich unbefristet in „Schutzhaft“ genommen und in Konzentrationslager eingewiesen werden konnten. Tausende politischer Gegner – mehrheitlich Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter – wurden so von Polizei verfolgt. Dabei unterstützte sie die aus SA und SS gebildete Hilfspolizei. Mit diesen paramilitärischen Formationen der NSDAP bekämpfte die



Deportation von Juden aus Ludwigshafen, Ludwigshafen, 22. Oktober 1940

Stadtarchiv Ludwigshafen

gehörten Juden, Sinti und Roma, aber auch Bettler, Alkoholiker, Prostituierte und weitere soziale Randgruppen. Sie sollten aus der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ dauerhaft ausgeschlossen werden.

Die Polizei als Stütze der Diktatur

Die neue Regierung unter Reichskanzler Adolf Hitler setzte ab 1933 SA- und SS-Führer an die Spitze der Polizeibehörden. Gegner des NS-Regimes wurden aus dem Polizeidienst entlassen. Die überwie-

Polizei alle „staatsgefährlichen politischen Bestrebungen“.

Nach der Konsolidierung der Diktatur begann die Neuformation des Polizeiparats. Die bislang föderal organisierte Polizei wurde bis 1936 schrittweise zentralisiert. Mit der Geheimen Staatspolizei entstand in Preußen bereits im Frühjahr 1933 eine Sonderbehörde, die zum Inbegriff des außerhalb rechtlicher Normen agierenden Maßnahmenstaats wurde. Die Gestapo, deren Keimzelle die Politische Polizei der Weimarer Republik bildete, konnte selbstständig entscheiden, wer als Staatsfeind





„SA und Schupo vereint“ aus dem „Roten Album“, erstellt von einem unbekanntem Anhänger der NSDAP/Heilbronn, 1933/Fotoalbum

Stadttarchiv Heilbronn

galt und entsprechend zu bekämpfen war. Dazu gehörten politische Gegner, Juden, Zeugen Jehovas und Homosexuelle.

Die Gestapo stand im Ruf allwissend und allgegenwärtig zu sein. Dabei hatte sie weitaus weniger Personal als die anderen Polizeizweige. Im gesamten Deutschen Reich arbeiteten 1937 etwa 6.500 Mann für die Gestapo. Denunziationen waren für sie eine wichtige Informationsquelle. Daneben bediente sich die Gestapo bewährter Mittel der Polizeiarbeit. Die erkenntnisdienliche Behandlung von Verdächtigen, die Sicherung von Spuren und die Datenerfassung in verschiedenen Karteisystemen gehörten auch weiterhin zur Polizeiarbeit. Die Methoden der Gestapo wurden jedoch immer brutaler. So folterten ihre Mitarbeiter, die sich mehrheitlich aus der Kriminal- und Schutzpolizei rekrutierten, regelmäßig Verdächtige bei den Vernehmungen. Zum Leiter der Geheimen Staatspolizei wurde 1934 Reinhard Heydrich ernannt, der zur Schlüsselfigur im SS- und Polizeiapparat avancierte.

Die Kriminalpolizei, mit der Gestapo 1936 im Hauptamt Sicherheitspolizei zusammengefasst, realisierte die bereits in den Jahren der Weimarer Republik von einzelnen Kriminalisten wie Robert Heindl geforderte „vorbeugende Verbrechensbe-

kämpfung“. In polizeiliche „Vorbeugehaft“ kamen immer mehr Bevölkerungsgruppen, die aus der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen wurden: „Asoziale“, „Berufsverbrecher“, „Arbeits-scheue“, aufsässige Jugendliche sowie Sinti und Roma (einzelne Verfolgenschicksale sind in der Ausstellung präsentiert). Leiter der Kriminalpolizei war Arthur Nebe, dessen Karriere in den 1920-er Jahre bei der Berliner Kriminalpolizei begann.

Die uniformierte Polizei – die Schutzpolizei in den Städten und die Gendarmerie auf dem Land – wurde als Ordnungspolizei 1936 dem neu geschaffenen Hauptamt Ordnungspolizei unterstellt. Ihr Chef war Kurt Daluege, ein langjähriger SA- und SS-Führer und enger Vertrauter von Heinrich Himmler. Das Führungspersonal der Ordnungspolizei stellten mehrheitlich langjährige Berufspolizisten wie Adolf von Bomhard, der als Leiter des Kommando-Amtes maßgeblich die strategische Ausrichtung der uniformierten Polizei bestimmte.

Ihren sichtbaren Ausdruck fand die Neuformation des Polizeiapparats mit der Ernennung des Reichsführers-SS Heinrich Himmler zum Chef der Deutschen Polizei 1936. Als Polizeipräsident von München und Kommandeur der Politischen Polizei in Bayern eroberte er ab 1933 schrittweise

die Kommandogewalt über alle Politischen Polizeien im Deutschen Reich. Nach dem Willen Himmlers sollte die Polizei weitgehend aus der inneren Verwaltung gelöst und mit der SS zu einem „Staatsschutzkorps“ zusammenwachsen. Die Aufnahme von Polizeioffizieren in die SS wurde gefördert; SS-Angehörigen wiederum boten sich Karrierechancen in der Polizei. Die 1938 eingesetzten Höheren SS- und Polizeiführer verklammerten in ihrer Person die Zuständigkeiten von Polizei und SS. In den besetzten Gebieten sollte den Himmler unmittelbar unterstellten Höheren SS- und Polizeiführern eine Schlüsselrolle

bei der Bekämpfung des Widerstands und der Realisierung des Völkermords zukommen. Die Verschmelzung der staatlichen Polizei mit der Parteigliederung konnte jedoch nicht in dem gewünschten Maße realisiert werden. Gegen Kriegsende waren nur etwa ein Drittel aller Offiziere der Ordnungspolizei auch in der SS.

Nach dem Willen Himmlers und Heydrichs sollte sich die Polizei des NS-Staats nicht an Recht und Gesetz orientieren, sondern als „Arzt am Volkskörper“ präventiv alle unerwünschten Gruppen bekämpfen. Zur Terrorzentrale wurde das im September 1939 geschaffene Reichssicherheitshauptamt, in dem die Sicherheitspolizei mit dem SS-eigenen Sicherheitsdienst zusammengelegt wurde. Damit vollzog das bis zu seinem Tod 1942 von Heydrich geleitete Reichssicherheitshauptamt die Verschmelzung von Polizei und SS auch auf institutioneller Ebene.

Neuformation und Radikalisierung: Die Polizei im Zweiten Weltkrieg

Mit Kriegsbeginn 1939 kamen auf die Polizei neue Aufgaben zu. Um einen Zusammenbruch der „Heimatfront“ wie 1918 zu verhindern, erließ das NS-Regime eine



Das Projekt zur Polizei im NS-Staat wurde im April 2008 von der Innenministerkonferenz beschlossen. Realisiert wird es von der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Historischen Museum in Berlin und der Bundeszentrale für politische Bildung. Im Rahmen des Projekts werden u.a. Materialien für die Aus- und Weiterbildung der Polizei erstellt und ein Ausstellungsmodul über die Polizei im NS-Staat für die Bildungseinrichtungen der Polizeien in den Ländern. Weitere Informationen zu dem Projekt, seinen Zielen, Trägern und Komponenten unter: www.dhpol.de/de/hochschule/Fachgebiete/01_projekt.php

Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen. So war das Hören von ausländischen Radiosendern ab September 1939 strafbar. Gestapo und Kriminalpolizei verfolgten Ordnungsverstöße sogenannter „Volkschädlinge“ mit unerbittlicher Härte. Die Zahl der in den Konzentrationslagern und Gefängnissen Inhaftierten und zum Tode Verurteilten stieg sprunghaft an.

Der Personalbestand der Polizei veränderte sich in den Kriegsjahren erheblich. Viele Mitarbeiter der Ordnungspolizei, der Kriminalpolizei und der Gestapo wurden in die von der Wehrmacht eroberten Gebiete versetzt. An ihre Stelle traten per Notdienstverordnung verpflichtete Reservisten und neu angeworbene Polizisten. Mit fortschreitender Kriegsdauer war das

Deutsche Reich auf immer mehr Arbeitskräfte für die Wirtschaft angewiesen. Ab 1942 waren insgesamt mehr als acht Millionen Zivilarbeiter und vier Millionen Kriegsgefangene in Rüstungsbetrieben, in Bauprojekten und in der Landwirtschaft im Deutschen Reich im Einsatz. Die Gestapo reglementierte mit Erlassen und Vorschriften die Arbeitsverhältnisse und den Umgang der Zwangsarbeiter mit der deutschen Bevölkerung. Zwangsarbeiter, die sich den strengen Vorschriften widersetzen, wurden von der Polizei in Arbeitserziehungslager eingewiesen. Diese Lager unterstanden der Gestapo; das Wachpersonal stellte vielfach die Ordnungspolizei. Bis Kriegsende gab es mehr als 200 solcher Arbeitserziehungslager im Deutschen Reich.

Die Organisation des zivilen Luftschutzes gehörte im Deutschen Reich zu den Hauptaufgaben der uniformierten Polizei in den Kriegsjahren. Auch beim Luftschutz zeigte sich der rassistische Charakter des NS-Regimes: Aus der „Volksgemeinschaft“ ausgegrenzte Gruppen wie Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene

Für jeden Wunsch der passende Kredit.

Nur für Sie: die Plus-Kredite der Allgemeinen Beamten Kasse.

Die Allgemeine Beamtenkasse Kreditbank AG ist seit über 30 Jahren der kompetente und zuverlässige Partner, wenn es um Kredite, Immobilienfinanzierungen und Geldanlagen geht.

Wir betreuen über 100.000 Privatkunden aus dem öffentlichen Dienst.

Erstklassige Konditionen, eine hohe Beratungsqualität und eine schnelle Kreditentscheidung sind für uns selbstverständlich.

Unsere Plus- und Sonderkredite bieten für jeden Anlass die passende Lösung.

Rufen Sie uns an oder besuchen Sie uns im Internet!

Unsere Kredite auf einen Blick:

- **FlexoPlus Kredit** für langfristigen Spielraum
- **DispoPlus Kredit** hilft Zinsen sparen
- **AutoPlus Kredit** für PKW, Motorräder, Boote und Wohnmobile
- **RenoPlus Kredit** zum Renovieren und Modernisieren
- **SicherheitenPlus Kredit** zum Beleihen von Anlagen und Versicherungen
- **UrlaubPlus Kredit** für Nah- und Fernreisen
- **ImmoPlus Darlehen** zur Finanzierung Ihrer Immobilie

Kredit Hotline: (030) 2 85 35-200

Kredit online: www.abkbank.de



Allgemeine Beamten Kasse
BANK FÜR ALLE IM ÖFFENTLICHEN DIENST



waren von den Schutzmaßnahmen ausgeschlossen und mussten nach den Luftangriffen unter Polizeibewachung Blindgänger entschärfen, Leichen bergen und Trümmer beseitigen.

Besatzungsarmee und Völkermord: Die Polizei im auswärtigen Einsatz

Der Schwerpunkt der Ausstellung liegt auf den Einsätzen der Polizei in den von der Wehrmacht ab 1939 eroberten Gebieten. Auf den Kriegseinsatz bereitete sich die Polizei bereits ab Mitte der 1930-er Jahre vor: Neue kasernierte Verbände wurden aufgestellt, Personal angeworben und ausgebildet. In den besetzten Ländern Nord- und Westeuropas hatte die Polizei die Funktion einer Besatzungsarmee. In Ost- und Südosteuropa setzte sie den deutschen Herrschaftsanspruch mit einer sehr viel größeren Härte um. Die Polizei beging massenhaft und systematisch Verbrechen an der Zivilbevölkerung und vollstreckte den nationalsozialistischen Völkermord an

Der Autor: *Andreas Mix, Historiker und Literaturwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Deutschen Hochschule der Polizei im Projekt „Die Polizei im NS-Staat“, Kurator der Ausstellung „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat“*

den Juden, den Sinti und Roma. Alle Sparten der Polizei waren von der Erfassung über die Konzentration bis zur Ermordung der Opfer direkt daran beteiligt.

Vor dem Überfall der Wehrmacht auf Polen stellte die Polizei mobile Einheiten auf. Sie sollten politische Gegner verhaften und exekutieren und so die deutsche Herrschaft sichern. Die von der Sicherheitspolizei aufgestellten Einsatzgruppen wurden

von Mitarbeitern der Gestapo, der Kriminalpolizei und des Sicherheitsdienstes der SS kommandiert. Die Mehrheit des Personals für den mörderischen „Osteinsatz“ stellte jedoch die uniformierte Polizei.

In Polen zwang die Sicherheitspolizei die Juden in Ghettos zu leben, die ab Frühjahr 1942 schrittweise von Polizei und SS-Verbänden liquidiert wurden. Die Gestapo plante und koordinierte die Deportation der Juden in die Vernichtungslager, die Kriminalpolizei die der Sinti und Roma. Das Wachpersonal für die Deportationszüge stellte die Ordnungspolizei.

Der Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion im Juni 1941 markierte den Übergang von der Verfolgung zum systematischen Völkermord. Neben den personell massiv aufgestockten Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei operierten Bataillone der Ordnungspolizei hinter Front. Diese Einheiten erschossen Juden, Funktionäre der Kommunistischen Partei, Kriegsgefangene und Roma. Als Mordinstrumente dienten auch spezielle Gaswagen, die das Kriminaltechnische Institut in Berlin ent-

Meine Empfehlung:
Jetzt mit
0 Aufwand zum
0 Gebühren-Konto
wechseln.



Sie wechseln, wir kümmern uns darum: Von der Auflösung Ihres bisherigen Kontos über alle Daueraufträge bis hin zu sämtlichen Benachrichtigungen – schnell, reibungslos und selbstverständlich kostenlos. www.sparda.de

Sparda-Banken

freundlich & fair

Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für unsere Mitglieder bei Erwerb eines Genossenschaftsanteils in Höhe von 52,- Euro mit attraktiver Dividende.

Ja, ich will mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto. Bitte senden Sie mir Informationen.

Der Weg zu den Sparda-Banken ist einfach:

Coupon ausfüllen und einsenden an die Serviceagentur der Sparda-Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20-45

Name, Vorname

PLZ, Ort

Straße, Hausnummer

Telefon (tagsüber)

ÖD 5



wickelte. Bis 1942 ermordeten die vier Einsatzgruppen und mehr als 30 Polizeibattalione über eine Million Menschen.

Die radikalen Methoden aus dem „Ossteinsatz“ wandte die Polizei im letzten Kriegsjahr im Deutschen Reich an. Nun wurden auch in deutschen Städten Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und politische Gegner des Regimes öffentlich hingerichtet, um die Bevölkerung vor einer vorzeitigen Aufgabe der Kriegsanstrengungen abzuhalten. In der Endphase des Krieges bedrohte der Polizeiterror jeden, der dem Regime nicht bis zum Untergang folgen wollte.

Vollstrecker und Verweigerer

Welche mentalen Voraussetzungen und strukturellen Bedingungen prägten das Verhalten der Polizeiangehörigen, die zu Mördern wurden? Wer verweigerte sich den verbrecherischen Befehlen? Welche Motive waren für Täter und Verweigerer ausschlaggebend? Endgültige Antworten auf diese Fragen fallen Historikern und Sozialpsychologen schwer. Die Ausstel-



lung präsentiert verschiedene Deutungen für das Verhalten von Polizeiangehörigen unter den Bedingungen der NS-Diktatur.

Die Gründe für das verbrecherische Handeln der Polizisten konnten sehr unter-

„Gestapo- und SS-Führer kommandieren die westdeutsche Polizei. Eine Dokumentation über 250 leitende Polizeioffiziere Westdeutschlands“, Herausgeber: Ausschuss für deutsche Einheit/Berlin (Ost), 1961 Münster, Deutsche Hochschule der Polizei – Polizeigeschichtliche Sammlung Foto: DHM

schiedlich sein. In Dokumenten und Vernehmungsaussagen aus der Nachkriegszeit finden sich Belege für Gehorsam, Gruppendruck und Korpsgeist, für beruflichen Ehrgeiz und weltanschauliche Indoktrination, für Antisemitismus, Antikommunismus und Herrenmenschenendenken, aber auch für Sadismus und persönliche Bereicherung. Für viele Polizisten wurde das Morden schließlich zur Routine. Ein „Befehlsnotstand“, wie in den Prozessen der Nachkriegszeit behauptet, existierte jedoch nicht. Bis heute ist kein Fall dokumentiert, in dem ein Polizist wegen der Verweigerung eines Mordbefehls hart bestraft worden wäre. Dennoch verweigerten sich nur wenige Polizisten den verbrecherischen Befehlen. Viele dieser Personen erfuhren erst spät Ehrungen für ihr wi-

Frühjahrsausgabe „Die Kriminalpolizei rät ...“ erschienen!

Im März hat der VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung wieder zwei neue Ausgaben der Präventionsbroschüre „Die Kriminalpolizei rät ...“ herausgegeben. Hier bekommt der Leser durch aktuelle Reportagen Hintergrundinformationen und es wird dargestellt, was im Alltag von der Polizei, aber auch von jedem einzelnen Bürger präventiv getan werden kann. Die Hefte sind in ansprechendem Magazin-Style gestaltet. Die Dokumentation soll unterhaltsam informieren. Auch auf Jugendliche wird zu einem bestimmten Thema mit speziellen Jugendseiten eingegangen. Eine Leseprobe erhalten Sie auf der Website des Verlags unter www.vdpolizei.de.

Die Themen in den Frühjahrsausgaben sind:

- Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder
- Sicherer Urlaub (Bußgeld im In- und Ausland)
- Klima- und Umweltschutz

bzw.

- Arzneimittelfälschungen
- Alkoholmissbrauch
- Gewalt an Schulen



Beide aktuellen Ausgaben wurden an die Landesbezirke der GdP ausgeliefert und können dort von den Kreisgruppen und interessierten Mitgliedern nachgefragt werden.

Kontakt:



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden, av@vdpolizei.de



POLIZEIGESCHICHTE

derständiges Verhalten. Die Ausstellung dokumentiert vier solcher Fälle, in denen Polizisten in ganz unterschiedlicher Form Verfolgten Hilfe leisteten oder sich Befehlen widersetzen.

Die langen Schatten der Vergangenheit

Die Ausstellung endet nicht mit der Kapitulation des NS-Regimes, sondern thematisiert den Wiederaufbau der Polizei in den beiden deutschen Staaten und die Versuche der strafrechtlichen Aufarbeitung der NS-Verbrechen.

Mit dem NS-Regime ging auch dessen Polizei unter. Nach der Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 übernahmen zunächst die vier alliierten Siegermächte die Polizeigewalt in Deutschland. Die Po-

lizisten des NS-Staates wurden aus dem Dienst entlassen, interniert und einem Entnazifizierungsverfahren unterworfen. Aus pragmatischen Gründen griffen die Westalliierten aber schon bald wieder auf einen Großteil des alten Personals zurück. Die Polizei in der Bundesrepublik stand in ihren ersten beiden Jahrzehnten in personeller Kontinuität zum NS-Staat.

In der Sowjetischen Besatzungszone konnten hingegen nur wenige Polizisten in ihren Beruf zurückkehren. Der Wiederaufbau der Polizei war dort allein einem Ziel untergeordnet: Die neue kommunistische Herrschaft durchzusetzen und abzusichern.

Im Prozess vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg 1945/46 klagten die vier Siegermächte führende Repräsentanten des NS-Regimes auch wegen der Deportation und Ermordung von Juden

an. Dennoch blieb die Mehrzahl der Polizeiverbrechen ungesühnt.

Nach ihrer Gründung waren beide deutschen Staaten darum bemüht, die unpopuläre strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen rasch zu beenden. Unter jeweils unterschiedlichen ideologischen Vorzeichen machten sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR den ehemaligen „Volksgenossen“ großzügige Integrationsangebote.

Eine Reihe von spektakulären Strafprozessen und Skandalen verdeutlichte der bundesdeutschen Öffentlichkeit Ende der 1950-er Jahre, in welchem Ausmaß die Polizei an den NS-Verbrechen beteiligt war. Die Ermittlungen der Justiz richteten sich oft gegen Personen, die wieder im Polizeidienst waren. Durch Absprachen und

Reise & Erholung

CanKick
Action Abenteuer prickelnd anders
TOP ANGEBOT:
Rafting & Canyoning, Grillplatte & Foto-CD
2 ÜF / Pension DU-WC, pro Person nur € 140,00
www.cankick.at
info@cankick.at
Mob.: +43 (0)664 155 26 81

Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour, 1x grillen am Lagerfeuer und 2 ÜF / Pension DU-WC
Preis pro Person ab € 154,-
wasser.craft
rafting canyoning ötztal
www.rafting-oetztal.at / office@rafting-oetztal.at / Tel.: 0043 5252 6721

TIROL: „Bergsommer“
Silvretta-Region – Paznauntal
Romantisch, traumhaft gelegenes, sehr gepflegt es 3-Sterne-Haus in einem der schönsten Täler Tirols.
Komfortzimmer, moderne u. gemütliche Apartments, Liegewiese, Terrasse, Kinderspielfeld, beheizter Swimmingpool, Internet, Tagesbar, Tischtennis, Tischfußball usw., wunderschöner Wellness- u. Fitnessbereich. Superwanderhotel in schönster Traumlage; Wanderungen d. d. Chef (Bergführer); Mountainbikeparadies.
Neu: Badeseen und Freizeitanlagen!
Superpauschalwoche „Bergsommer 2011“ inkl. Frühstücksbuffet oder HP, abwechslungsreiches Aktivprogramm, Grill- u. Hüttenabend, 3 geführte Wanderungen u. vieles mehr.
STARK ERMÄSSIGTE KOLLEGENPREISE! Info: Hotel Gami **BERGWELT**, A-6553 See 19 · Tel.: +43 / 5441 / 8397 · Fax: +43 / 5441 / 8397-19 · E-Mail: bergwelt@aon.at · Homepage: www.bergwelt-see.at

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Südstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

Ostsee
Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf, 60–90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick, Hansapark, auch f. Gruppen. Erm. Kollegenpreise.
Tel.: 045 63/70 21, Fax: 045 63/70 22
jochen.lipke@online.de

Nordseeküste bei Büsum
große, ruhige, gepfl. FeWo. Haustiere erlaubt
www.ferienwohnungen-Deharden.de, 0 48 37/3 30

Nordsee – Büsum
Zentral gelegene FeWo/Bungalow
Tel.: 04834/936608 · Fax: 9605 71

2 ***-FeWo, 60 und 90 m², bis 5 Pers. 40,- und 50,- €/2 Pers., noch Termine frei. Ruf einfach mal an: Tel.: 08641/2800 oder schau mal rein: www.ferienwohnung-schuetzinger.de

Sommerpauschale
gültig vom 10.6. bis 30.9.2011
Silvretta-Region Paznauntal
Komfortzimmer m. Balkon, 4-Gang-Wahlmenü, Buffet, Grillparty, Unterhaltungsabend u. v. m.
1 Woche Halbpension ab 250,- €
beheizter Swimming-Pool, neuer Wellness- und Fitnessbereich, Billard, Tischtennis, Nintendo Wii, Internet, Programm f. Kinder u. Jugendl. im Kids Club See, schöne Familiensuiten u. Kinderermäßigungen, gratis Mountainbikeverleih, geführte Wanderung u. Wochenprogramm.
Tipp: **SILVRETTA-CARD** mit vielen Vorteilen
Neu: Badeseen und Freizeitanlage
Hotel Post Fam. Handt.
A - 6553 SEE
Tel. +43-5441-8219
Fax +43-5441-8219-4
www.postsee.at
info@postsee.at

Kollege bietet ruhige **FEWO** für 2–3 Pers. mit Terrasse im Ahrtal/Rheinland, Bad Neuenahr-Ahrweiler/Lantershofen, 30,- € pro Tag +15,- € NK.
FEWO Retterath · Lambertusstr. 3 · 53501 Lantershofen · Tel. 0 26 41/2 94 03, Fax 20 70 55

Bernau/Chiemsee
FeWo, 2 Zimmer (2–4 Pers.), EBK, Sat/TV, Balkon, 39–42 €, Koll. Brendel, 01 70/2 18 18 87 oder rcz777@gmx.de

Franken, bei Bamberg, walddreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 134,- €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

Büsum – Nordseeküste
gemütliche, ruhige FeWo, Strandnähe.
Tel. 04825/2206

Bayerischer/Oberpfälzer Wald
Exkl. FeWo ab 30 Euro/Tag, Tel.: 0 99 72/15 60
www.ferienwohnung-gruber.de

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf
CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof, Zollkollege bietet komf. Fewos für 2–6 Pers. in schöner Jugendstilla, Fahrradverleih
Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/7 27 23
www.heidehof-jonsdorf.de

München, Kollege bietet App. für 2 Personen, ruhige Innenstadtlage, Tel. 01 51/50 11 06 87

MAURITIUS
Kollege bietet App.- und Bung.-Anlage, direkt am Meer, ab 32,- €/p./Tag, inkl. HP.
Tel.: 0 21 58/40 08 05, Fax: 40 46 71
www.mauritius-traumvilla.de





Demütigung von Christine Neemann und Julius Wolff wegen Rassenschande, Norden, 22. Juli 1935
Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich

Falschaussagen behinderten sie die strafrechtliche Aufklärungsarbeit. Die DDR skandalisierte regelmäßig die personelle Kontinuität der bundesdeutschen Funktionsebenen, auch in der Polizei, ohne jedoch selbst flächendeckend gegen potenzielle NS-Verbrecher innerhalb der eigenen Bevölkerung zu ermitteln. Die meisten Polizisten mussten sich niemals für ihre in der NS-Zeit verübten Verbrechen vor Gericht verantworten.

Der Umgang mit der NS-Vergangenheit fiel der Polizei in der Bundesrepublik lange schwer. Die Loyalität mit den alten Kameraden, die vielfach Kollegen oder Vorgesetzte waren, blockierte eine vorbehaltlose Auseinandersetzung mit den Verbrechen. Ehemals führende Polizeioffiziere wie Adolf von Bomhard oder Bernd Wehner schufen mit ihren Falschaussagen vor Gericht und ihren Memoiren die Legende, dass die Ordnungs- und die Kriminalpolizei an Deportationen, Terror und Massenmord unbeteiligt gewesen seien. Nicht nur in der Polizei, sondern in der gesamten deutschen Öffentlichkeit herrschte die Vorstellung, dass allein die Gestapo und die SS diese

Verbrechen verübt hätten. Eine kritische Aufarbeitung der Polizeigeschichte zwischen 1933 und 1945 wurde so nachhaltig blockiert.

Die Sicht auf die Polizei im Nationalsozialismus veränderte sich in den 1980-er Jahren. Damals schied die Generation aus dem



Dienst, deren Berufslaufbahn im NS-Staat begonnen hatte. Damit wurde eine unbefangene Diskussion des Themas möglich, die mit einem gesellschaftlichen Wandel

im Umgang mit der NS-Vergangenheit einherging. Im vereinigten Deutschland ist seit 1991 die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen zu einem zentralen Bestandteil der politischen Kultur geworden. Wissenschaftliche Forschungen und das Engagement von Bürgerinitiativen haben die Legende von der „sauberen“ Polizei im NS-Staat widerlegt.

Fragen nach den Aufgaben der Polizei und den Grenzen ihres legitimen Handelns stellen sich allerdings auch heute. Die Reflexion über die Rolle der Polizei im NS-Staat soll nicht nur in der Polizei, sondern auch in der Öffentlichkeit das Bewusstsein dafür schärfen, dass die polizeiliche Gewalt einer strikten rechtsstaatlichen Eingrenzung bedarf, um die Freiheit des Einzelnen und die Freiheit der Gesellschaft dauerhaft zu bewahren. Die Ausstellung „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat“ will dazu einen Beitrag leisten.

Andreas Mix

Die Ausstellung *Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat* ist vom 1. April 2011 bis 31. Juli 2011 im Deutschen Historischen Museum in Berlin zu sehen – täglich von 10 bis 18 Uhr.

Weitere Informationen:
www.dhm.de/ausstellungen/ordnung-und-vernichtung/ausstellung.html

Exekution von Juden in Lubny durch das Sonderkommando 4a der Einsatzgruppe C Johannes Hähle, Lubny, 16. Oktober 1941
Hamburger Institut für Sozialforschung



Endlich Entgeltordnung für die Länder

Überraschenderweise ist eine Entgeltordnung für die Länder innerhalb dieser Lohnrunde am 10. März 2011 zum Abschluss gebracht worden. Diese soll zum 1. Januar 2012 in Kraft treten – weil es noch einiger Vorbereitungen hinsichtlich der Einführung bedarf. In Redaktionsverhandlungen müssen offene Fragen geklärt werden.

Es handelt sich bei dem Werk um keine neue Entgeltordnung, sondern um eine überarbeitete, modernisierte Fassung der bisherigen Eingruppierungsregelungen, auch „Relaunch“ genannt. Bei den Tätigkeitsmerkmalen ist es im Wesentlichen bei den Regelungen zu den Vergütungsgruppen zum BAT/BAT-O geblieben.

Auch die zentralen Eingruppierungsvorschriften §§ 12,13 TV-L entsprechen den §§ 22, 23 BAT. Es verbleibt also bei der Eingruppierungssystematik, dem Arbeitsvorgang mit Zusammenhangstätigkeit sowie bei der in § 22 Absatz 2 Satz 2 BAT/BAT-O getroffenen Aussage, dass grundsätzlich 50 % Zeitanteil maßgeblich ist.

Die §§ 12 bis 14 TV-L und die Entgeltordnung insgesamt sind mit einer dreimonatigen Frist frühestens zum 31.12.2014 kündbar. Eine Nachwirkung ist ausgeschlossen worden.

Gliederung der Entgeltordnung

Die Entgeltordnung gliedert sich in fünf Teile. Teil I, der Allgemeine Teil, umfasst die allgemeinen Tätigkeitsmerkmale für den Verwaltungsdienst, d. h. die „abstrakten“ Tätigkeitsmerkmale. Teil II, der Besondere Teil, beinhaltet die Tätigkeitsmerkmale für bestimmte Beschäftigungsgruppen wie z. B. Datenverarbeitung, Gartenbau, Registraturen, Schifffahrt, Wirtschaftspersonal etc., d. h. die „konkreten“ Tätigkeitsmerkmale. Teil III beinhaltet die körperlich/handwerklich geprägten Tätigkeiten, die dem Lohngruppenverzeichnis der Länder zum MTArb entsprechen. Hier findet man auch die Arbeitertätigkeiten der Polizeiverwaltung wieder.

Ausnahmen – Grundsätzlich sind die Tätigkeitsmerkmale (einschließlich der Protokollnotizen) inhaltlich aus der Vergütungsordnung zum BAT und dem Lohngruppenverzeichnis zum MTArb unverändert übernommen worden. Ausnahmen sind, dass Merkmale im Bereich der Schifffahrt inhaltlich neu geregelt, die Merkmale für Angestellte im Schreibdienst gestrichen worden sind und es jetzt eine Definition der „einfachen Tätigkeiten“ in der Entgeltgruppe 2 zur Ab-

grenzung von „einfachsten Tätigkeiten“ in der Entgeltgruppe 1 gibt. Darüber hinaus wird bei der Entgeltgruppe 3 „eingehende Einarbeitung“ gefordert. Entgeltgruppe 4 fordert „schwierige Tätigkeiten“ oder ein Viertel gründliche Fachkenntnisse. Positiv hervorzuheben ist, dass es für die Entgeltgruppe 5 jetzt nur noch „gründlicher Fachkenntnisse“ statt wie bisher „gründlicher und vielseitiger Fachkenntnisse“ bedarf. Und: Bei „Überlappungen“ von bisherigen Arbeiter- und Angestelltenmerkmalen erfolgt die Zuordnung nur noch zu einem Bereich erfolgt; in der Regel gelten die günstigeren Arbeitnehmermerkmale.

„Sonstige Beschäftigte“/Vorbemerkungen – Es verbleibt bei den Regelungen zu den „Sonstigen Beschäftigten“, die bisher in den Vorbemerkungen zu allen Vergütungsgruppen der Anlage 1a zum BAT geregelt waren. Auch in der Entgeltordnung der Länder gibt es Vorbemerkungen, die Eingruppierungsgrundsätze für die entsprechenden Teile vorsehen.

Aufstiege – Die Tarifvertragsparteien haben sich auf eine Verlängerung der Übergangsregelungen zu den Aufstiegen und Vergütungsgruppenzulagen bis zum 31. Oktober 2012 geeinigt. Die Aufstiege des BAT/BAT-O mit einer Bewährungszeit von bis zu sechs Jahren sind „gerettet“ worden, d. h., dass die Beschäftigten, die in den EG 2 bis 8 noch einen Aufstieg mit einer Bewährungszeit von sechs Jahren vor bzw. ab dem 1. November 2006 erhalten würden, einer Entgeltgruppe höher zugeordnet werden. Die Stufenzuordnung erfolgt wie bisher nach den Regelungen des TV-L (§§ 16,17). Merkmale mit längeren Aufstiegsdauern verbleiben der bisherigen Entgeltgruppe zugeordnet. Merkmale mit „Ein-Drittel-Aufstiegen“ im Bereich der Ingenieure und Ingenieurinnen werden der jeweils höheren Entgeltgruppe zugeordnet.

Vergütungsgruppenzulagen – Bis einschließlich Vc/Vb BAT sieht die Entgeltordnung eine verbesserte Regelung

vor. Vergütungsgruppenzulagen, die umgehend mit Übernahme der Tätigkeit gezahlt worden sind, bleiben unverändert. Beschäftigte, die bei Fortgeltung des BAT/BAT-O nach einer Bewährungszeit von höchstens sechs Jahren eine Vergütungsgruppenzulage erhalten hätten, erhalten diese sofort, jedoch in abgezinster Form. Hiermit ist gemeint, dass die nach BAT/BAT-O zustehenden und auf heute hochgerechneten Beträge der Vergütungsgruppenzulagen (Basis 20 Jahre) in Höhe von vier Fünftel (abgezinst) gezahlt werden.

Zulagen – Alle sonstigen bleiben erhalten. Des Weiteren konnte die Gewerkschaftsseite eine Dynamisierung der Vorarbeiterzulagen und der Entgeltgruppenzulagen durchsetzen.

Inkrafttreten

Es ist vereinbart worden, dass die neue Entgeltordnung nicht unmittelbar für die unter den Geltungsbereich des TV-L fallenden Beschäftigten gelten soll. Die Beschäftigten haben ab dem 1. Januar 2012 ein Jahr Zeit sich zu entscheiden, ob sie in das neue Eingruppierungsrecht übergeleitet werden wollen oder ob sie in dem bisherigen Eingruppierungsrecht verbleiben. Die Beschäftigten verbleiben dann allerdings nur so lange im alten Recht, wie sich ihre Tätigkeit nicht ändert. Ändert sich diese, dann werden sie automatisch in das neue Recht „übergeleitet“. Die Beschäftigten, die sich durch die neuen Regelungen verbessern wollen, müssen innerhalb eines Jahres einen Antrag auf Überleitung in das neue Recht stellen. Es wird keine Eingruppierungsüberprüfung stattfinden.

Entgeltordnung Bund und VKA

Bei der Schaffung einer neuen Entgeltordnung für die Beschäftigten des Bundes und der VKA hat man sich im Oktober des letzten Jahres ebenfalls auf ein „Relaunch“ geeinigt, d. h. auch hier orientiert man sich an den bisherigen Eingruppierungsregelungen und überarbeitet und modernisiert diese. Jedoch stagnieren zurzeit die Verhandlungen; weil die Steuerungsgruppe, die den Verhandlungsstand bewerten und weitere Schritte festlegen soll, sich zurzeit mit der Frage der inhaltlichen Fortsetzung der Entgeltordnungsverhandlung befasst. Es ist unklar, wie lange dieser Prozess dauern wird.

Michaela Schenkluhn



Sicherheitssysteme können helfen

Anfang des Jahres fand in Goslar der jährliche Verkehrsgerichtstag statt – mit interessanten Diskussionen zum Verkehrsrecht und zur Verkehrspolitik. In DP 4/11 ging es im ersten Teil des Berichts insbesondere um Drogenfahrten und Fahrerlaubnisentziehung, im folgenden 2. Teil stehen Lkw und schwere Verkehrsunfälle im Fokus.

Im Jahr 2009 ereigneten sich auf deutschen Straßen 32.027 Unfälle mit Personenschaden, an denen mindestens ein Güterkraftfahrzeug beteiligt war. Zwar waren dies 7,0 % weniger Unfälle als im Vorjahr. Dennoch verunglückten dabei 43.081 Personen, 890 Personen wurden getötet, 7.270 schwer verletzt. Das Risiko, bei einem „Lkw-Unfall“ getötet zu werden, ist für die anderen Unfallbeteiligten mehr als viermal so hoch wie für

die Insassen eines Lkw. Deshalb müssen an die Sicherheit von Lkw besonders hohe Anforderungen gestellt werden.

Kontrollen verschärfen

Jährlich werden, wie Robert Kühner, Referatsleiter für Güterverkehr und Sozialvorschriften im Bundesverkehrsministerium, erklärte „in Deutschland ca. 1,4

bis 1,5 Mio. Fahrzeuge bezüglich der Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten kontrolliert, davon etwa zwei Drittel von der Polizei und ein Drittel vom Bundesamt für Güterverkehr“. Lenk- und Ruhezeiten werden durch analoge oder digitale Kontrollgeräte im Fahrzeug aufgezeichnet. Seit 2006 ist in der EU für alle Neufahrzeuge über 3,5 t zulässiger Gesamtmasse der Einbau von digitalen Geräten vorgeschrieben, die im Vergleich zum vorher genutzten analogen Gerät präziser dokumentieren, weniger störanfällig und schwieriger im Aufzeichnungsvorgang zu verfälschen sind – obwohl Manipulationen inzwischen auch öfter festgestellt werden.

Die Polizei und das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) sind bei Straßen-

Kapitalmarkt

Beamten- und Angestellten-Darlehen
Partner der Nürnberger Versicherung
TOP-ZINSSÄTZE
 - für Beamte und Tarifbeschäftigte ab 5-jähriger Beschäftigung
 - auch für Pensionäre bis 58 Jahre
 - Darlehenshöhe ab 10.000,00 € bis 80.000,00 €
 - Festzinsgarantie, Laufzeiten 12, 15 und 20 Jahre
 - Sondertilgung und Laufzeitverkürzung möglich
 - auch ohne Ehepartner
 - für jeden Zweck: Anschaffungen, Ausgleich Girokonto, Ablösung andere Kredite
 - Kostenlose Beratung: Mo.-Fr. von 8-20 Uhr
Info-Büro: 08 00/7 78 80 00
 vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark, Fax: 051 30/79 03 95
 jaeckel@beamtendarlehen-center.de
 www.beamtendarlehen-center.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker *Seit 1997*

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
 Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎0800-33 10 332
 Andreas Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

 **Caritas international**  **Diakonie Katastrophenhilfe**

BARGELD noch HEUTE!
Tel. 02 01/22 13 48
 Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH
 Kredite von 1000–100.000 €.
 • Laufzeit bis 120 Monate
 • ohne Auskunft bis 7000 €
 45127 Essen Gänsemarkt 21
 www.pecunia-essen.de

Brot für die Welt
 Postbank Köln 500 500-500

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst
www.kredite-fuer-beamte.de
 oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

 **Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!**
www.1a-Beamtendarlehen.de  **0800-040 40 41**
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER Mehrfachgenerallagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt • Pf. 3136 • 46314 Borken-Weseko

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 30 Jahren.

 **Beamtendarlehen mit *Best-Preis-Garantie***
 Hypotheken- und Beamtendarlehendiscounter

 ***Best-Preis-Garantie der AK-Finanz:**
 Bekommen Sie bei einem anderen Anbieter als Beamter a. L. oder unkündbarer Angestellter (i.D.D.) nachweislich eine günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen als bei uns - bei 12-jähriger Laufzeit – (inklusive Überschuss aus der Police), erhalten Sie einen **100,- € Tankgutschein**.

 **AK FINANZ**
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68150 Mannheim
 Fax: (0621) 178180-25
 info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Angebotsbeispiel:
 Außerst günstige Beamten-/Angestellendarlehen, z. B. B.a.L./Angestellte ö.D. unkündbar, 30J. alt, Ltz. 12 J., Sollzins fest (gebunden) 5,6%, 50.000 € Darlehensnettobetrag, mit. Rate 566,56 € inkl. erforderlicher LV, Kosten der Bank 1000 € = 2%, Darlehensnettobetrag 49.000 €, effektiver Jahreszins 6,66%. Bei 20 J. Ltz. Rate deutlich niedriger. Laufzeitverkürzung durch Gewinnanteilsverrechnung. Rufen Sie jetzt kostenfrei an. Baufinanzierungen ohne Eigenkapital bis 110%.



kontrollen befugt, die ordnungsgemäße Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten des laufenden Tages und der vorausgehenden 28 Tage zu kontrollieren und ggf. zu sanktionieren. Das führt gegenüber der bisherigen Überwachungspraxis beim analogen Gerät, bei dem in der Regel nur bis zu vier Tage ausgewertet wurden, jetzt beim digitalen Kontrollgerät und über einen Zeitraum von bis zu 29 Tagen herangezogenen Daten zwangsläufig zu mehr Beanstandungen je Überprüfung. Bei zunehmender Ausstattungsrate mit digitalem Gerät schwillt die Quote entdeckter Pflichtverletzungen selbstverständlich weiter an. Deshalb beklagt sich das Gewerbe über eine erhebliche Kontrolldichte. Polizei, Zoll, BAG und Gewerbeaufsichtsämter prüfen unisono, so dass die verhängten Bußgelder mehr oder minder bis zur Existenzbedrohung kumulieren können. „Hier muss man auch ein gewisses Verständnis für die Betreiber haben und sehen, dass man gemeinsam zu Lösungen kommt, die den Verkehr sicherer machen, aber auch nicht an die Substanz des Gewerbes gehen“, warb Ex-Generalfederalanwalt Nehm für ein Kontrollverhalten mit Augenmaß.

Neue Sicherheitssysteme gegen Lkw-Unfälle

Mehr Sicherheit auf deutschen Straßen versprechen bisherige Praxiserfahrungen mit derzeit verfügbaren Fahrerassistenzsystemen. Die Unfallforschung der Versicherer hat das Wirkpotenzial von ESP (Elektronisches Stabilitätsprogramm) hinsichtlich der Vermeidbarkeit von schweren Lkw-Unfällen sowie der Verminderung derer Unfallfolgen untersucht. Wie die Wirksamkeitsanalyse anhand realer Lkw-Unfälle offenbarte, könnte die Zahl schwerer Lkw-Unfälle um bis zu 9 % verringert werden, falls alle Lkw mit ESP ausgestattet wären.

Der Abstandsregeltempomat kontrolliert den Abstand zum vorausfahrenden Verkehr und warnt bei kritischen Mindestabständen mit einem Signalton. Das System kann die Geschwindigkeit anpassen und den notwendigen Abstand durch Motorsteuerung und Bremsmanöver wiederherstellen. Wie Edgar Martin vom Vorstand der KRAVAG-LOGI-STIC-Versicherungsgruppe darstellte, könnten, nach externen Studien, aber auch eigenen Untersuchungen zufolge, bei Einsatz dieses Systems Auffahrunfälle auf Bundesautobahnen um 25 % bis 50 % reduziert³⁶ werden. Das deutet auf ei-

ne erhebliche positive Wirkung hin.

Der Spurhalteassistent kontrolliert die Fahrbahnmarkierung und warnt bei Verlassen der Spur mit einem Signalton (Nagelbrettrattern). Hierzu wies Vorstandsmitglied Martin auf Versicherungsstudien hin, die eine Vermeidbarkeit von bis zu 50 % der Abkommensunfälle bei Einsatz dieses Assistenzsystems belegten.

Der Abbiegeassistent mit einer Rückfahrkamera überwacht mit Radar- und Ultraschallsensoren die Bereiche 2 m vor und neben dem Lkw und warnt beim Anfahren oder während des Abbiegevorganges, wenn sich ein Fußgänger oder ein Radfahrer nähern. Nach den Analysen der GDV-Unfallforscher lassen sich beim Einsatz dieses Sicherheitssystems 70 % aller Lkw-Fußgänger-Unfälle vermeiden.

Der Spurwechselassistent (Totwinkelwarner) beobachtet den Verkehrsraum rund um den Lkw und detektiert Fahrzeuge vor, neben und hinter sich. Blinkt der Fahrer und beginnt den Spurwechsel, obwohl Fahrzeuge in der Nähe sind, warnt das System. Bei diesem Sicherheitssystem geht der GDV von einer Vermeidbarkeit von 8 % aller Lkw-Unfälle mit Personenschaden aus.

Versicherungsexperte Martin warnte davor, angesichts positiver Wirkungen der Fahrerassistenzsysteme zu unterschlagen, dass sie nicht immer bedingungslos eingesetzt werden, den Lenker also nicht ersetzen können: „Auch die besten Assistenzsysteme hängen vom Fahrer und dessen Eignung und dem effektiven Einsatz im Notfall ab.“ Im Ergebnis führen eingebaute Sicherheitssysteme letztlich nur dann zu einem wirklichen Nutzen,



Polizeikontrolle: Lenk- und Ruhezeiten auf dem Prüfstand

Foto: dpp

wenn das Fahrzeug überwiegend auf Straßen eingesetzt wird, deren Streckenbeschaffenheit einen Einsatz möglich macht, das System eingeschaltet bleibt und der Fahrer bei einem Warnsignal sofort und effizient eingreifen kann.

Selbstverständlich soll entsprechend der Vorgaben des Wiener Weltabkommens über den Straßenverkehr die Verantwortung des Fahrers durch elektronische Systeme nicht eingeschränkt werden. Die Systeme sollen deshalb nur dann in Funktion treten, wenn der Fahrer entweder die Kontrolle schon verloren hat oder im Begriff ist, die Kontrolle zu verlieren.

Da technisch ausgereift verfügbare Fahrerassistenzsysteme wie z. B. ESP in Abhängigkeit vom Kfz-Typ, d. h. frühestens mit Erstzulassung ab 1.11.2013 und spätestens ab 11.7.2016, in Europa verpflichtend – und nur für Neufahrzeuge – eingebaut werden müssen, benötigen diese Sicherheitsstandards, wie auch der Gerichtstags-Arbeitskreis bestätigte, eine – nach Möglichkeit mit vielseitigen Anreizen verbundene – effektive Informationsinitiative zur stärkeren Marktdurchdringung und schnelleren serienmäßigen Ausstattung.



Bekämpfung von Elefantenrennen

Der Vizepräsident des Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL), Klaus Peter Röskes, begrüßte prinzipiell die 2006 realisierte obligatorische Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzern bei Lkw von mehr als 3,5 t zulässiger Gesamtmasse zur Harmonisierung des Tempos. Leider bestehe für die allgemeine Verkehrssicherheit aber noch kein so großer Gewinn, „da die große Masse der in Europa zugelassenen Lkw ihre Geschwindigkeitsbegrenzer auf die Maximalgeschwindigkeit von 90 km/h eingestellt haben“. Die Konsequenz hieraus sind u.a. die noch immer stattfindenden „Elefantenrennen“, also Überholversuche von Lkw im „Schnecken tempo“, die auf Autobahnen insbesondere an Steigungsstrecken gefährlich sind, vor allem, wenn die schweren Fahrzeuge dabei unvermittelt ausscheren. Deshalb besteht nach Ansicht Röskes' dringlicher Harmonisierungsbedarf aufgrund der Diskrepanz zwischen „maximal zulässiger Geschwindigkeitsbegrenzereinstellung des Lkw und der unterschiedlichen zulässigen Höchstgeschwindigkeiten für Lkw in der EU“. Der Arbeitskreis schloss sich dieser Auffassung an und empfahl dem Bundesverkehrsministerium, sich EU-weit für eine konsequente Einstellung der Begrenzer in LKW auf eine Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h einzusetzen. Dies diene auch der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und der Schonung der Umwelt. Von höheren Sicherheitsstandards sollten allerdings nicht nur die großen Nutzfahrzeuge profitieren, sondern auch die kleineren Lkw und Lieferwagen. Auf eine durchgreifende Empfehlung zur Erzielung positiver Effekte, wie etwa eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 120 km/h für Kleintransporter, konnte der Arbeitskreis sich indes nicht verständigen.

Verbesserungen bei der Aufnahme und Analyse schwerer Verkehrsunfälle

Das bevölkerungsbezogene Risiko, im Straßenverkehr getötet zu werden, ist innerhalb der letzten 20 Jahre – von 14 Getöteten je 100.000 Einwohner im Jahr 1991 auf 4,5 Getötete je 100.000 Einwohner im Jahr 2010 – deutlich gesunken. Damit zählt Deutschland zu den führenden Ländern innerhalb der EU.

Leider ist aber der Anteil der Schwerst-

verletzten am Unfallgeschehen auf deutschen Straßen in den letzten Jahren relativ konstant geblieben. Dabei ist ein näheres Wissen über die medizinischen Folgen solcher Unfälle bislang begrenzt. Neue und wirksame Maßnahmen sind demzufolge gefragt, um Schadensfälle zu vermeiden und schwere Unfallfolgen durchgreifend zu reduzieren. Bereits vorhandene Datenbanken verfolgen unterschiedliche Zielsetzungen und decken jeweils nur einen Teilbereich der Thematik ab. Bisher ungenutzte Erkenntnisquellen müssen deshalb dringend näher analysiert und ausgeschöpft werden, um die Informationen sodann für verkehrsinfrastrukturelle

Der Münchener Unfallanalytiker Dr.-Ing. Hans Bäuml er beleuchtete die – meist allein von der Polizei durchgeführte – Erstaufnahme von Verkehrsunfällen, die letztlich für die Güte der Verkehrsunfallrekonstruktion vorentscheidend sei. Damit beeinflusst die polizeiliche Arbeit die juristische Bewertung des Unglücksfalls ganz massiv.

Neben der Spurenaufnahme und -sicherung vor Ort komme der Fahrzeuguntersuchung hohe Bedeutung bei der Unfallaufklärung zu. „Hier ist nicht nur die Untersuchung auf technische Mängel zu nennen, vielmehr ist auch die maßgenaue Erfassung der Fahrzeugverformung gera-



Gegen Elefantenrennen: Lkw auf Tempo 80 drosseln

Foto: DVR

Verbesserungen, das Zulassungsrecht von Personen und Fahrzeugen, die Unfallprävention sowie die Gesetzgebung als bald gezielt zu berücksichtigen. Daher soll dem Problem der schwerstverletzten Unfallopfer durch das EU-Programm für Straßenverkehrssicherheit 2011-2020 ländereübergreifend stärker beachtet werden.

Zentralregister für tödliche Verkehrsunfälle

Da durchschnittlich jedes vierte staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren auf eine Verkehrsstrafsache entfällt, die oftmals in Verbindung mit einem Schadensereignis steht, hängt die Klärung der Unfallverursachung entscheidend von der Qualität der polizeilichen Ermittlungsarbeit vor Ort und einer sich daran meist anschließenden Unfallrekonstruktion ab, d. h. Aufgaben, an deren professionelle Wahrnehmung hohe Ansprüche zu richten sind.

de für die Berechnung der Kollisionsgeschwindigkeiten von hoher Bedeutung“, erklärte der Sachverständige für Straßenverkehrsunfälle. Überdies sollte der Gurtstatus aller Fahrzeuginsassen nachweissicher geklärt werden. Besonders im Hinblick auf die von der Europäischen Kommission angestrebte weitere Reduzierung der Verkehrstoten, forderte Bäuml, eine nationale, möglicherweise bei der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) anzusiedelnde „Zentrale Registerstelle für tödliche Verkehrsunfälle“ einzurichten, mit deren Hilfe man künftig die Wirkpotentiale einzelner Verkehrssicherheitsmaßnahmen deutlich besser als heute abschätzen könnte.

Obligatorische ganzheitliche Begutachtung

Zur effektiveren Aufklärung und Bekämpfung von tödlichen Verkehrsunfällen





Untersuchungsmethoden tödlicher Verkehrsunfälle weiterentwickeln

Foto: ADAC

sieht der Rechtsmediziner Dr. Matthias Graw weitergehende Untersuchungen als notwendig an, um die Unfallursache, den Unfallablauf (Rekonstruktion) sowie die Prüfung des Zusammenhangs zwischen Unfallgeschehen und Verletzungen bzw. Todesursache (Kausalität) sowie auch die technische und personelle Unfallprävention zu verbessern. Die Beantwortung der bestehenden Fragenkomplexe bedürfe bei jedem Verkehrsunfall mit Todesfolge „einer gerichtlichen Leichenöffnung mit eingehender und genauer Befunddokumentation und -interpretation, gegebenenfalls muss ergänzend auch eine körperliche Untersuchung lebender Personen erfolgen, so z. B. von Mitinsassen im verunglückten Fahrzeug“, verdeutlichte Graw. Bei so genannten Alleinunfällen würden – wie er festgestellt habe – „in vielen Fällen nicht einmal postmortal Blutproben zur Hinterfragung der Beeinflussung durch Alkohol, Drogen oder Medikamente entnommen“ bzw. untersucht. Aus rechtsmedizinischer Sicht forderte Graw daher, dass „alle tödlichen Verkehrsunfälle hinsichtlich ihrer Ursachen

und ihrer Folgen gründlich untersucht“ würden, also ein lückenloses Monitoring erfolge. Hierbei seien zunächst die Ermittlungsbehörden, dann aber auch die Versicherungen gefordert.

Aus der Praxis des Polizeipräsidiums München erläuterte LPD Hans-Jürgen Notka in einer Gegendarstellung zu den geschilderten Defiziten der Untersuchung tödlicher Verkehrsunfälle, dass z. B. in Bayern nach den „Richtlinien für die polizeiliche Verkehrsunfallaufnahme“ die Bearbeitung von Alleinunfällen in einem vereinfachten Verfahren erfolge, wenn nur eine Person beteiligt sei, kein Fremdschaden vorliege und für ein Fremdverschulden Anhaltspunkte weder festgestellt noch behauptet würden. Ansatzpunkt für die Kritik Notkas sind die rechtlichen Rahmenbedingungen, die es zu prüfen gelte, bevor – z. B. bei einem Verkehrsunfall, bei welchem der Verursacher allein beteiligt war, dabei getötet und kein Anderer geschädigt wurde – polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Ermittlungen erfolgen könnten, die stets wenigstens den

Anfangsverdacht einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit einer verfolgbar – also lebenden – Person erforderten. Da auch gefahrenabwehrende personenbezogene Untersuchungen nach dem Schadensfall regelmäßig nicht geeignet seien, Überprüfungen des Verkehrsraumes an Gefahrenstellen bereits u. a. durch die Unfallkommissionen durchgeführt würden und Untersuchungsmaßnahmen zum Schutz privater Rechte wie eine Leichenöffnung und Fahrzeugüberprüfung bei Bedarf nach der polizeilichen Unfallaufnahme durch die Berechtigten veranlasst werden könnten und somit nicht dem Erfordernis der Eilbedürftigkeit entsprächen, scheiterten ebenfalls sämtliche Möglichkeiten, weitergehende Maßnahmen nach dem Polizeirecht zu treffen. Generelle Defizite bei der Aufnahme von tödlichen Straßenverkehrsunfällen seien damit insgesamt aus rechtlicher Sicht nicht gegeben.

In der Tat weist die Praxis der Obduktionen nach tödlichen Verkehrsunfällen bundesweit aber erhebliche Unterschiede auf, was nicht verwundert. Erfordern doch strafprozessuale Maßnahmen wie die Leichenschau zunächst stets den zumindest vage erscheinenden Anfangsverdacht einer Straftat, während die Richtlinien für das Strafverfahren in Nr. 33 als sehr geringfügige Voraussetzung für eine Leichenöffnung nur verlangen, dass Anhaltspunkte dafür vorhanden sein müssen, dass jemand eines nicht natürlichen Todes gestorben sei, oder wenn die Leiche eines Unbekannten gefunden werde. So liegt es in der Entscheidungsfindung der handelnden Personen oder zuständigen Dienststellen, ob und wie in solchen Fällen vorgegangen wird. Deshalb entschloss der Verkehrsgerichtstag sich zu der Forderung, die „Richtlinien und Verfahren für die Unfallaufnahme durch Polizei und Justiz, wie sie detailliert auf hohem Niveau in verschiedenen Bereichen bestehen“ bundesweit zu vereinheitlichen und nachprüfbar zu standardisieren.

Die konkreten Empfehlungen aller Arbeitskreise des Deutschen Verkehrsgerichtstages 2011 können im Internet unter www.deutscher-verkehrsgerichtstag.de abgerufen werden.

Peter Schlanstein

Lichtquelle für Blutspuren?

Blutspuren findet man mit Violett, UV-A oder im superhellen Weißlicht der Superlite!

Lumatec UV-lightsource Superlite 400 - höchste Arbeitseffizienz durch neueste Lampentechnologie inkl. 60 min. Akkubetrieb

Lumatec GmbH sales@lumatec.de 089-74 28 22-0 www.lumatec.eu

LUMATEC



Polizeifachmesse IPOMEX mit GdP-Beteiligung

Vom 12. bis 14. April 2011 fand in der Halle Münsterland die 5. IPOMEX (International Police Meeting and Exhibition) statt. Die Internationale Polizeifachmesse und Konferenz war mit 130 Ausstellern ausgebaut.

Gezeigt wurden Neuheiten unter anderem aus den Bereichen der Forensik, der digitalen und analogen Funktechnik, der Verkehrsüberwachung und der Videoauswertung. Aber auch Schutzkleidungen und Ausrüstungen konnten begutachtet werden. In einer Sonderausstellung wurden neueste Einsatzfahrzeuge, einschl. Kräder, vorgestellt.

Beamte aus den Niederlanden präsentierten ihren neuesten Funkstreifenwagen und ein Videoobservations-Fahrzeug, das reges Interesse bei den Besuchern hervorrief.

Eröffnet wurde die IPOMEX 2011 durch deren Schirmherrn, den Minister für Inneres und Kommunales des Landes NRW, Ralf Jäger. In seiner Eröffnungsrede wies Jäger darauf hin, dass die Reduzierung der Gewalt gegen Polizisten eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. Das Strafmaß bei den einschlägigen Straftatbeständen zu erhöhen, löse das Problem nicht. Durch frühzeitige Prävention und Intervention könnten durchgreifende Erfolge erreicht werden.

Jäger betonte auch, es könne nicht sein, dass die Menschen, die für Sicherheit und Ordnung in diesem Land sorgen, bei ihren Einsätzen für die Allgemeinheit verletzt würden. Höchste Priorität habe daher für ihn der Schutz der Polizistinnen und Polizisten.

Den Tatort Internet bezeichnete Jäger als besondere Herausforderung für die Polizei. Adäquate Instrumente seien für die Sicherheitsbehörden hier unabdingbar. Neben der technischen Ausstattung würden die Behörden allerdings auch die rechtlichen Befugnisse benötigen. Dazu zähle beispielhaft auch die überfällige verfassungskonforme Regelung für die Mindestdatenspeicherung.

Skimming, Phishing und aktuelle Ent-

wicklungen beim Computerbetrug waren Thema eines ganztägigen Workshops für Praktiker in Ermittlungsbehörden. Hier erfuhren die Teilnehmer, wie sie im Internet ermitteln und aus digitalisierten Medien Beweismittel gewinnen können. Auch das Sicherheitskonzept des neuen elektronischen Personalausweises wurde vorgestellt.

Gewalt gegen Polizisten war in den Vorträgen und Workshops, die begleitend zur IPOMEX stattfanden, durchgängiges Schwerpunktthema.

Im Rahmen eines zweitägigen Symposiums „Gewalt gegen Polizeibeamte – Herausforderung für Fortbildung und Ausstattung der Polizei“ stellte Prof. Dr. Christian Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) Ergebnisse seiner Studie aus zehn Bundesländern vor, an der sich die GdP finanziell beteiligt hatte, vor. Aktuelle Entwicklungen erörterte Dieter Wehe, Inspekteur der Polizei NRW. Aber auch in den Niederlanden erleben Beamte gewalttätige Angriffe. So dokumentierte das Partnerland der IPOMEX, die Niederlande, die Ereignisse rund um die Krawalle auf einer Strandparty in Hoek van Holland 2009.

Auch die GdP hatte Flagge gezeigt und war in mehrfacher Hinsicht auf der IPOMEX 2011 präsent bzw. aktiv. Zum einen war die GdP mit einem eigenen Info-Stand vor Ort, der reges Interesse bei den Besu-

chern fand. Der Bundesvorsitzende, Bernhard Witthaut, stand Medienvertretern in diversen Interviews Rede und Antwort.

Jörg Radek, stellvertretender Bundesvorsitzender, nahm an der Podiumsdiskussion der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) zum Thema „Fußball und Gewalt“ teil und verdeutlichte dort noch einmal die Position der GdP zu diesem Thema. An der Diskussion nahmen ferner teil: Helmut Spahn, Sicherheitsbeauftragter des Deutschen Fußball-Bund (DFB), und Thomas Schneider, Leiter für Fanangelegenheiten bei der Deutschen Fußball Liga (DFL), diskutieren mit Udo Tönjann, Mit-



Im Gespräch am Rande am Rande der IPOMEX: GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut (r.) und der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) (l.) – mit dabei auch Mitglieder des GdP-Landesbezirksvorstands NRW – Adi Plickert (2. v. l.) und Peter Hugo, beide stellvertretende GdP-Landesbezirksvorsitzende in NRW und der Münsteraner Polizeipräsident Hubert Wimber (2. v. r.).

Foto: Stephan Hegger

glied der Leitung im Nationalen Ausschuss für Sicherheit und Sport (NASS). Moderator war Thomas Kubera von der DHPol.

Auch die Mitglieder des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes NRW waren zahlreich erschienen und standen Medienvertretern Rede und Antwort. Sie vertraten darüber hinaus in diversen Workshops bzw. Diskussionsrunden die Positionen der GdP gegenüber Experten und einer interessierten Öffentlichkeit.

Horst Müller

Lichtquelle für DNS Spuren?

Im Licht der Superlite findet man DNS Spuren auch ohne Abdunkelung!

Lumatec UV-lightsource Superlite 400 - höchste Arbeitseffizienz durch neueste Lampentechnologie inkl. 60 min. Akkubetrieb

Lumatec GmbH sales@lumatec.de 089-74 28 22-0 www.lumatec.eu

LUMATEC



Die Biker in der Bundespolizei

Mit Volldampf auf Spendentour

Wenn Hauke Rost morgens zum Dienst in der Fliegerstaffel nach Sankt Augustin bei Bonn fährt, dann immer mit dem Motorrad. Das Motorrad ist für ihn aber nicht nur ein Fortbewegungsmittel, sondern zugleich sein Hobby.

„Alleine fahren macht bekanntlich nicht so viel Spaß, daher bin ich froh, dass es hier eine gute Motorradgemeinschaft gibt“, sagt Hauke Rost und meint damit die „Biker in der Bundespolizei“. Die „BiBs“, wie sie sich selbst nennen, sind eine unabhängige und freie Fahrgemeinschaft von Angehörigen der Bundespolizei, benachbarter Behörden und Freunden – initiiert vor neun Jahren von der GdP-Kreisgruppe Sankt Augustin. „Was mir besonders gut gefällt ist, dass wir hier mit Aktionen rund ums Motorrad und Spenden Gutes tun können“, erklärt Hauke Rost.

Jedes Jahr veranstalten die Biker in der Bundespolizei ein großes Camp in Sankt Augustin-Hangelar. Es ist das Rahmenprogramm für den Bundespolizeibiker-Gottesdienst der Seelsorge der Bundespolizei. Mehr als 300 Motorradfahrer aus Deutschland und den europäischen Nachbarländern werden auch dieses Jahr wieder erwartet: Polizisten und Nichtpolizisten unternehmen gemeinsame Ausfahrten und feiern bei einem bunten Programm im Festzelt

unserer GdP-Arena. Ziel der Aktion ist aber nicht nur die Party. „Die ist eher Mittel zum Zweck, damit wir Vereine, die kranken Kindern helfen, mit möglichst viel Geld unterstützen können“, erklärt der Bundespolizist Ingulf Kersten, Gründer und Organisationsleiter der BiBs. Das Spendenaufkommen steigerte sich stetig: Waren es 2003 noch 400 Euro für das Kinderkrankenhaus Sankt Augustin, so kamen 2010 bereits 4.000 Euro für den „Bunten Kreis Bonn-Ahr-Rhein-Sieg“ zusammen. In den letzten Jahren kamen über 20.000 Euro an Spenden zusammen.

Zusätzlich helfen die BiBs der Hannah-Stiftung gegen sexuelle Gewalt. Vor vier Jahren wurde in Königswinter bei Bonn die damals 14-jährige Hannah brutal vergewaltigt und ermordet. Ihr Vater, Volker Wiedeck, wollte seine Trauer ins Positive kehren und gründete die Stiftung. Wiedeck, selbst passionierter Motorradfahrer, konnte sich von Anfang an der Unterstützung durch die „Biker in der Bundespolizei“ sicher sein. So halfen die BiBs bei der großen Motorradde-

monstration gegen sexuelle Gewalt in Bonn, die an Hannahs erstem Todestag stattfand, und bei der Rennrad-Gedenkfahrt der ehemaligen Ermittler der Mordkommission Hannah (von Bonn nach Österreich) waren die Biker mit ihren Motorrädern zur Sicherung der Kollegen vor Ort.

Jedes Jahr fahren am Samstag des „BiB-Camps“ um die 1.000 Motorradfahrer in einem großen Corso zu dem Polizeibiker-Gottesdienst der Seelsorge der Bundespolizei nach Sankt Augustin-Niederpleis. Dort gedenken sie der im Dienst getöteten Polizeibeamtinnen und -beamten und den Unfallopfern (2009 kamen 651 Motorradfahrer im Straßenverkehr ums Leben).

Für den Juni freut sich Rost schon wieder auf das große Camp der BiBs. Es findet vom 3. bis 5. Juni am Flugplatz in Sankt Augustin-Hangelar statt. Dieses Jahr unterstützen die Biker den „Förderkreis für krebskranke Kinder und Jugendliche Bonn“.

„Wir freuen uns, dass uns die GdP-Direktionsgruppe NRW bei unseren Aktivitäten so stark unterstützt“, sagt Organisationsleiter Ingulf Kersten. „Besonders stolz sind die „Biker in der Bundespolizei“ darauf, dass auch an anderen Standorten weitere „BiB“-Gruppen unter der Schirmherrschaft der GdP entstanden sind, zum Beispiel in Stuttgart, Koblenz und Lübeck.“

Weitere Informationen über die Biker und das diesjährige Camp unter: www.bundespolizeibiker.de **Ingulf Kersten**

LEBENSPHASEN

Vielleicht bürgern sich die „Woopies“ ein

Gedanken von Heinz Blatt zur Vorbereitung auf die „Zeit danach“

Seit einigen Jahren bietet der GdP-Landesbezirk Rheinland-Pfalz Seminare zur „Vorbereitung auf den Ruhestand“ an, um sich auf die „Zeit danach“ vorzubereiten, denn kein anderer Lebensabschnitt zieht solche Konsequenzen nach sich wie der Ruhestand.

Das Leben verändert sich: vom Kindergarten in die Schule, von der Schule ins Arbeitsleben und vom Arbeitsleben in den Ruhestand. Und jede Veränderung bringt Neues, bislang noch nicht Erfahrenes, mit sich – Positives wie Negatives. Von daher

ist es gut und ratsam, sich darauf einzurichten, diesen dritten Lebensabschnitt als eine Herausforderung anzunehmen und sich Gedanken zu machen, wie man so tief greifende Veränderungen erfolgreich bewältigen kann.

Die folgenden Ratschläge und Anregungen für die „Zeit danach“ sollen nicht als Bevormundung verstanden werden, sondern als eine Hilfestellung. Jeder sollte sich auch im Alter seine eigene Sinndeutung bewahren und nach seiner eigenen Façon glücklich und zufrieden werden. Ob nun jemand ständig verreist oder sich in Vereinen oder in Gruppen seiner Heimatgemeinde engagiert oder ganz einfach beschließt, den Rest der Jahre mit dem Lösen von Kreuzworträtseln zu verbringen, muss man

Lichtquelle für Fingerspuren?

Die Spektrallupe der Superlite erleichtert Suche und Auswertung von Fingerspuren!

Lumatec UV-lightsource Superlite 400 - höchste Arbeitseffizienz durch optisches Spezialzubehör für forensische Untersuchungen
Lumatec GmbH sales@lumatec.de 089-74 28 22-0 www.lumatec.eu

LUMATEC



einfach akzeptieren. Jeder hat im Alter das Recht, so zu leben, wie es ihm gefällt, ohne sich nutzlos oder überflüssig zu fühlen. Dennoch trifft für jeden/jede zu, was unter der folgenden Überschrift angesprochen wird:

60 plus – Fragen und Antworten

Kurz vor dem Ruhestand treten Fragen auf, mit denen man sich beschäftigen muss: „Wie hoch ist meine Rente/Pension? Wie regelt sich meine Krankenversicherung



Der Autor: Heinz Blatt

oder Beihilfe?“ Neben diesen Kernregelungen für den Ruhestand gibt es sehr viele weitergehende rechtliche Fragen von der Patientenverfügung bis hin zum richtigen Vererben, die geklärt sein wollen.

Es stellt sich aber auch die Frage: „Wie gestalte ich meinen dritten Lebensabschnitt?“ Nach der derzeitigen „Alterspyramide“ beträgt die nachberufliche Lebensphase immerhin 25-30 Jahre. Mit ein Grund, diesen Lebensabschnitt bewusster anzugehen, sinnvoll zu gestalten, ja in eine erfüllte und abwechslungsreiche Zeit zu verwandeln. Von daher ist jeder gut beraten, die dritte Lebensphase, das Alter, nicht als „Ruhestand“ zu begreifen, als passive Lebensstufe, die man über sich ergehen lässt. Die berufliche Altersgrenze ist weder Lebensgrenze noch Lebensziel, sondern vielmehr der Beginn eines Lebensabschnittes, den jeder mehr oder weniger selbst gestalten muss. Von daher warne ich davor, den Ruhestand nur zum „Ausruhen“ zu nutzen.

Während des Berufslebens dient die Freizeit dazu, neue Kraft zu sammeln, einen Ausgleich zum Dienst zu haben. Nach dem Berufsleben erhält die Freizeit eine andere Bedeutung. Die „Lücke“, die durch den Verlust der Arbeit gegeben ist, will mit neuen Tätigkeiten ausgefüllt sein. Ich will bewusst vermeiden, hier konkrete Vorschläge zu machen. Eines steht für mich jedoch fest: „Sich isolieren bleibt der Feind der Lebensfreude“. Das heißt: Man sollte sich nicht zurückziehen, sondern die Fähigkeit erhalten, Kontakte zu schließen, sich anderen gegenüber zu öffnen, sich diesen Menschen mitzuteilen, seine Erwartungen und Wün-

sche auszudrücken, aber auch Botschaften anderer verstehen, deren Erwartungen und Bedürfnisse berücksichtigen. Das Zusammenleben mit anderen, die Bestätigung und Korrektur durch andere, die ja während des Berufslebens Gang und gebe war, bleibt wichtig – auch im Hinblick darauf, was man sich zutraut. So stiften Sozialkontakte nicht nur das Gefühl der „Integration“, das Gefühl „dazu zu gehören“, sondern sie können auch Sicherheit in der Ausübung wichtiger Rollen und Funktionen vermitteln. Ob wir nun persönliche, familiäre oder berufliche Feste feiern oder ob wir an GdP-Seniorenveranstaltungen teilnehmen, sie gegebenenfalls mitgestalten, möchte ich als „Kultur im zwischenmenschlichen Umfeld“ oder als „Kunst zum Leben“ bezeichnen.

Zur Vorbereitung auf die „Zeit danach“ gehört aber auch, sich klarzumachen, welche Bedeutung der Beruf für das eigene Leben und die Familie hatte. Mit sich selbst ins Reine zu kommen, bezogen auf die Vergangenheit, ist eine Voraussetzung dafür, dass man sich befreit von diesem Ballast und die Kraft gewinnt, sich mit der Zukunft und den sich bietenden Möglichkeiten auseinanderzusetzen. In Japan, in den USA, wo die Entwicklung ähnlich wie bei uns verläuft, hat man für die aktiven, gesunden „Alten“ eine neue Bezeichnung gefunden: „Woopies“, was so viel bedeutet wie: „Ältere Leute, die gut drauf sind“. Gut möglich, dass sich der Begriff irgendwann auch bei uns einbürgert.

Wie bereitet man sich am besten auf die „dritte Lebensphase“ vor?

Neben vielen Informationen, Tipps und Anregungen für die „Zeit danach“ bietet der Landesbezirk Rheinland-Pfalz Seminare zur „Vorbereitung auf den Ruhestand“ an. Bei diesen Seminaren sollen die Teilnehmer ganz konkret erfahren, dass ihnen der Landesbezirk und die Seniorengruppe für „spezielle Fragen, die sich im neuen Lebensabschnitt stellen“ mit Rat und Tat zur Seite stehen. Ebenso befassen sich diese Seminare mit den „Änderungen und Überraschungen des Lebens im Ruhestand“. Die positiven Resonanzen liefern den Beweis, dass wir mit diesen Veranstaltungen einen richtigen Weg beschritten haben. Solche Veranstaltungen geben Gelegenheit zur Begegnung, Beratung und bieten die Chance, sich mit der GdP auseinanderzusetzen und Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen. Die Teilnahme vermittelt auch das Gefühl: „Ich bin nicht alleine, ich gehöre noch dazu“.

GdP-Seniorengruppe – ein Lebensbegleiter

Die Betreuung von Mitgliedern, egal ob junge oder alte, ist keine leichte Aufgabe. Immer wieder stellt sich die Frage: Was können wir tun, um unseren Mitgliedern attraktive und interessante Angebote zu machen? So hat die GdP für ihre älteren Mitglieder ein „Aktivprogramm (APS)“ auf den Weg gebracht, das als „Nachschlagewerk für Seniorinnen und Senioren“ bezeichnet werden kann. Es beinhaltet ein breit gefächertes Angebot von Aktivitäten, Hilfestellungen und interessante Angebote für Senioren, aber auch für noch „Aktive“. Ebenso soll damit zum Ausdruck gebracht werden, dass die GdP für Kolleginnen und Kollegen nicht nur in ihrem Berufsleben, sondern auch nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst Verantwortung zeigt.

Erwähnenswert sind auch die jährlich angebotenen Bundesseniorenfahrten, mit denen die Seniorengruppe (Bund) das Ziel verfolgt, gewerkschaftliche Informationen, Kultur- und Landschaftserlebnisse mit Spaß zu verknüpfen. Wer sich mit einer solchen GdP-Reise auf den Weg machen will, soll wissen, dass unterwegs sein mit einer starken Gemeinschaft durchaus Vorteile hat. Die Gäste, mit denen man sich die Urlaubstage teilt, sind Menschen aus dem Kollegenkreis – und das bundesweit. Dies erleichtert die Kontaktaufnahme und führt zu Freundschaften.

„Zeit für sich selbst haben, auf das eigene Leben schauen“, dazu gehören auch zwischenmenschliche Beziehungen. Von daher sind diese „Seniorenfahrten“ mehr als eine Urlaubsreise. Landschaftserlebnisse, Unterhaltung und interessante Vorträge tragen mit dazu bei, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken.

Es lohnt sich also, nach Eintritt in den Ruhestand weiterhin in der GdP zu bleiben. Die vielfältigen Angebote zeigen es und betonen die Stellung, die Mitglieder im Ruhestand in der Gewerkschaft der Polizei einnehmen.

Für die Zukunft hoffe und wünsche ich mir, dass es mit der Seniorenarbeit in der GdP kontinuierlich weiter geht und recht viele Kolleginnen und Kollegen – vor allem Neu-(Jung)Pensionäre bereit sind, mitzuarbeiten und Verantwortung zu übernehmen. Und dass wir weiterhin sagen können:

„GdP – wirklich ein Lebensbegleiter über den aktiven Dienst hinaus“.

Heinz Blatt





Die Kunst der freien Rede Rhetorikseminar der JUNGE GRUPPE (GdP)

Lampenfieber, zittrige Knie, ein hoch roter Kopf, Frosch im Hals oder gar Blackout – wer redet schon gerne vor großen Gruppen? Frei nach dem Motto „Übung macht den Meister“ bot der Bundesjugendvorstand der JUNGE GRUPPE (GdP) vom 4. bis 6. April 2011 das Rhetorikseminar „Die Kunst der freien Rede“ unter Leitung von Dietmar Michael und Torsten Rohde an.

18 junge Kolleginnen und Kollegen, von der Zollsekretärin bis hin zum BFE Gruppenbeamten, waren der Einladung gefolgt und ins nordrheinwestfälische Brakel gereist.

In den drei kurzweiligen Tagen gab es natürlich zahlreiche Übungen. Aufgelockert durch eine verbale Kissenschlacht ging es schnell ans Eingemachte. Vom Sprechdenken bis hin zur Anlassrede wurden zahlreiche Formen der „Rhetorik“ trainiert. Aber auch theoretische Inhalte wie das gezielte Vorbereiten einer Rede standen auf der Tagesordnung.

Eine homogene Gruppe und der ein oder andere „Lacher“ sorgten schnell für eine angenehme Übungsatmosphäre.

Selbstverständlich kam auch das Zwischenmenschliche und der Austausch über die dienstlichen Tätigkeiten nicht zur kurz. Nicht nur die zwei gemeinsamen Abende, sondern auch die Möglichkeit zum gemeinschaftlichen Sport nach dem Abendessen rundeten die Veranstaltung ab.

Die Reden, die die Seminar Teilnehmer zum Ende hielten, stießen auf großen Applaus im Auditorium und hielten auch einer Videoanalyse stand. Von Lampenfieber oder sonstigen rhetorischen Ausfallerscheinungen war nichts mehr zu merken. Stattdessen gab es teilweise kabarettistische Meisterleistungen und sarkastische Spitzen. Gerne hätte man den ein oder anderen als Redner auf der letzten GdP-Jahreshauptversammlung gesehen.

So wundert es nicht, dass sich in der Rückmelderrunde alle einig waren: Der lange Weg nach Brakel hatte sich gelohnt.

Damit der Seminarinhalt nicht allzu schnell in Vergessenheit gerät, gab es für Jeden eine umfangreiche Zusammenstellung aller behandelten Themen. Aber auch an die Autofahrt nach Hause hatten die Seminarleiter gedacht: So bekamen alle Teilnehmer zum



Abschluss noch ein GdP-Hörbuch, was – wie könnte es auch anders sein – sich auch mit Rhetorik befasst.

Markus Szech

Die Teilnehmer/Innen des diesjährigen Rhetorikseminars der JUNGE GRUPPE (GdP) reisten aus dem gesamten Bundesgebiet an.

Foto: Terweide

Seminarhinweis

Thema: Europa 20.11 und der Terror – Eine neue Herausforderung für Polizei und Gesellschaft?!

Jedes Jahr bietet die JUNGE GRUPPE (GdP) ein europäisches Auslandsseminar an, so auch dieses Jahr. Vom 26.9. bis 1.10.2011 treffen sich 20 interessierte Mitglieder der JUNGE GRUPPE (GdP) in Belfast, um Erfahrungen zur genannten Themenstellung, aber auch um neue gewerkschaftspolitische, polizeiliche und kulturelle Erfahrungen über das Land zu sammeln.

Das Seminar hat viel zu bieten. Es wird u.a. von einem Fachreferenten inhaltlich zum Thema Terrorismus begleitet und unterstützt, aber auch das Kennenlernen der nordirischen Polizeigewerkschaft ist geplant, sowie die kulturellen Höhepunkte der Stadt zu besichtigen. Der Besuch einer Polizeidienststelle ist selbstverständlich ebenfalls obligatorisch.

Es sind noch wenige Plätze frei!

Preis: Einmalig 250 Euro excl. An- und Abreise (eigenverantwortlich zu organisieren) – für alles andere ist gesorgt. Die Unterbringung erfolgt in einem Hotel (Halbpension) im Zentrum von Belfast, dies ist auch Treffpunkt am ersten Tag des Seminars. Alle weiteren Informationen erhaltet ihr mit der Einladung.

Anmeldung unter www.gdpjg.de oder direkt per E-Mail an trohde@gdp-online.de





Verantwortung übernehmen ...

Eine zunehmende Anzahl von Ländern aus der Europäischen Union steht am wirtschaftlichen Abgrund und unter erheblichen Sparzwängen, nationale staatliche Sozialleistungen werden geringer oder sind nur mittels Zusatzzahlungen aufrecht zu erhalten, politische Entscheidungen verfehlen zunehmend die Akzeptanz der Öffentlichkeit, der gesellschaftliche Unmut nimmt zu und die Protestbereitschaft der Bevölkerung steigt an. Summa summarum keine besonders günstigen Voraussetzungen für junge und nachfolgende Generationen, sich in der aktuellen Welt zurecht zu finden. Nach Ansicht der JUNGE GRUPPE (GdP) stehen neben dem familiären Umfeld, insbesondere Regierungen, Parteien, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Arbeitnehmer und Angestellte in einer ganz besonderen Verpflichtung zur Verantwortung gegenüber jungen Menschen, die nicht bei ihnen endet, sondern im Verlauf ihres Erwachsenwerdens auf sie übergeht.

Die Welt befindet sich im Wandel. Die bereits im Jahr 2007 ihre Anfänge nehmende Finanzmarktkrise hat das Sicherheitsgefühl vieler Wirtschaftsnationen stark erschüttert. Leider erweckt es zunehmend den Anschein, dass nicht die Finanzmarkthasardeure, sprich die Verursacher der Krise, zur Rechenschaft gezogen werden, sondern die Last der Schulden und Verluste beim kleinen Steuerzahler abgelegt wird. Die Frage nach der Gerechtigkeit bleibt auch heute, drei Jahre nach Beginn der Krise offen – ebenso wie die Fragen nach neuen Regularien zum Schutz und zur Bewahrung vor einer neuen Krise überwiegend unbeantwortet bleiben.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich der sozialen Marktwirtschaft aus guten Gründen auch in Zeiten des demographischen Wandels verpflichtet. Allerdings sind die Zeiten staatlich sicherer Renten, gesundheitlicher Vollversorgung und vollständiger sozialer Absicherung vorbei und werden auch so schnell nicht wiederkommen. Zudem steigt das Gefühl eines gesellschaftlichen Ungleichgewichts, einer Ungleichbehandlung von Arm und Reich.

Aber wo ist die Alternative zur sozialen Marktwirtschaft zu finden? Dass die vollkommene Liberalisierung der Märkte massive Einschnitte heraufbeschwört, hat die Finanzmarktkrise mit aller Härte gezeigt.

Gesellschaftliches Umdenken scheint unausweichlich. Was wäre z.B., wenn zukünftig Eigenkapitalgeber mit einer geringeren Rendite zufrieden wären, wenn es den Vorstandsebenen von Unternehmen gelinge, die Unternehmenspolitik zunehmend auf Nachhaltigkeit auszurichten? Wenn die Regierung eines marktwirtschaftlich sozial geführten Landes wie Deutschland, rational und autark von lobbyistischen Einflüssen, Rahmenbedingungen für eine sichere Zukunft schafft? Wenn also die Beteiligten mehr und mehr versuchen würden, unternehmerische Anreize und gesellschaftliches Gemeinwohl in Einklang zu bringen? Utopie?

Die Verantwortung eines Jeden ist groß. Sei es die politischen Verantwortung zur Weiterentwicklung eines Bildungssystems, das jeden Schüler an seinen aktuellen Fähigkeiten abholt und gleichzeitig Durchlässigkeit bietet. Sei es die Eigenverantwortung junger Menschen, die vorhanden Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Ähnliches gilt für das Gesundheitssystem. Auch hier ist beiderseitige Verantwortung von Nöten. Die gesicherte Gleichbehandlung, aber auch die Verpflichtung eines Jeden zur Prävention. Der Blick in die Vergangenheit, in der die Rentenzahlungen und Sozialleistungen sicher und ausreichend waren, in denen Gesundheitsversorgung keine zusätzlichen Zahlungen erforderte, mag wehleidig stimmen, aber das Verharren in einem Zustand der Wehmut wird niemanden voranbringen.

Leider zeigt ein Blick in die politische Gegenwart alles andere als politisch rationales Verantwortungsbewusstsein und Vorbildverhalten, mit der Folge, dass innerhalb unserer Gesellschaft sowohl eine wachsende Protestbereitschaft als auch Politikablehnung koexistieren, deren Konsequenzen nicht absehbar sind.

Ob daraus eine Phase permanenten gesellschaftlichen Politiküberdrusses entsteht oder vorher ein Umdenken einkehrt, hängt von den politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen ab. Sollten in der Politik zukünftig wieder rationale, wissenschaftliche Erkenntnisse und auf die Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung ausgerichtete Maßnahmen Einzug halten, bestünde durchaus die Möglichkeit, dass die Protestbereitschaft der Bevölkerung sinkt und nicht in Resignation übergeht.

Aber auch aufgrund der zunehmenden, für gesellschaftlich korrekt empfundenen, Ausübung von „zivilem Ungehorsam“ in Form von Massenblockade, des Aushöhlens von Eisenbahngleisen bei Castortransporten (sog. Schottern) und des Durchbrechens von Polizeisperren gilt es ab sofort ganz besonders der Verantwortung gegenüber Jugendlichen ein erhöhtes Augenmerk zu schenken. Aufgabe ist es, junge Menschen zu bilden und nicht zu instrumentalisieren. Es sollte das Ziel sein, sie soweit in die Lage zu versetzen, dass sie aufgrund verfassungsrechtlichen Wissens selbst entscheiden können, in welcher Form sie auf Missstände aufmerksam machen – und zwar unter Kenntnis, Beachtung und Abwägung aller möglichen Konsequenzen. Ihnen aber auch ein Wertesystem zu vermitteln, dass dem Anspruch eines Rechtsstaates und dem Umgang der Menschen untereinander zu Gute kommt und die große Bedeutung von Regeln für die gesellschaftliche Entwicklung herausstellt.

Die Entwicklung Deutschlands, Europas und der Welt liegt nicht in der Verantwortung Weniger, sondern letztlich in der Verantwortung von uns allen.

Torsten Rohde

IMPRESSUM:

Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 105;
Fax: (030) 39 99 21 - 200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion:
Torsten Rohde, Sabrina Kunz





Arbeits- und Sozialordnung 2011

Gesetze plus Information – das ist die Erfolgsformel der jährlich neu aufgelegten „Arbeits- und Sozialordnung“. Die solide Grundlage bilden nunmehr über 100 für die Unternehmenspraxis relevante Gesetze und Verordnungen im Wortlaut oder in wichtigen Teilen – natürlich auf dem neuesten Stand. Darüber hinaus bietet der „Kittner“ inhaltlichen Zusatznutzen:



- Eine allgemeine Einführung ins Arbeits- und Sozialrecht sorgt von Anfang an für guten Überblick
- Einleitungen, mit denen Michael Kittner und Olaf Deinert die einzelnen Gesetzestexte erläutern, informieren über deren Entstehung und Entwicklung, über Gesetzesinhalt und Rechtspraxis sowie über weiterführende Literatur
- Über 80 Checklisten, Übersichten und Grafiken ergänzen die Texte
- Bei wichtigen Gesetzen komprimieren nützliche Übersichten die seit der letzten Auflage ergangenen höchstgerichtlichen Entscheidungen – mit Verweis auf eine ausführliche Fundstelle

- Kostenloser Online-Zugriff auf rund 900 höchstgerichtliche Entscheidungen der Ausgaben 2009, 2010 und 2011 auf www.der-kittner.de

Die 36. Auflage enthält zentrale arbeits- und sozialrechtliche Neuerungen, darunter:

- Gesetz für bessere Beschäftigungschancen am Arbeitsmarkt (Beschäftigungschancengesetz) mit Regelungen zur Kurzarbeit im SGB III
- Änderungen des Leiharbeitsrechts
- Die neue Arbeitsschutzverordnung zu künstlicher optischer Strahlung
- Die ELENA-DatensatzVO
- Änderung der Rechtsprechung zur Tarifeinheit

Fazit: Der „Kittner“ ist unerlässlich für alle, die über das gesamte Arbeits- und Sozialrecht auf aktuellem Stand informiert sein müssen.

Arbeits- und Sozialordnung, Gesetzestexte, Einleitungen, Anwendungshilfen, Michael Kittner, Bund Verlag, 36. Auflage, 2011, 1.685 Seiten, 26,90 Euro, ISBN 978-3-7663-6074-8

Prüfungswissen Kriminalistik und Kriminaltechnik

Grundlage dieses Buches sind die vier Auflagen des bisher unter dem Titel „Musterklausuren Kriminalistik“ erschienenen Buches. Dessen Inhalt wurde von

den Autoren überarbeitet, umgestellt und um die Themen „Studium“ und „Leistungsnachweise“ erweitert. Damit wird das Buch nun sowohl den Anforderungen für das Diplomstudium wie auch denen für das Bachelor- und Masterstudium in der polizeilichen Ausbildung gerecht.

Über die „Fallbearbeitung“ hinaus werden alle Arten der Leistungsnachweise, die die neuen Studiengänge mit sich bringen, berücksichtigt: Klausur, Fachgespräch, Hausarbeit, Referat, Seminar, Projekt und Abschlussarbeit.



Zum besseren Verständnis ergänzen Beispiele und Lösungshinweise die Abhandlungen. Die Fallbeispiele sind auf den polizeilichen Alltag ausgerichtet. Insofern ist das Buch eine gute Hilfe für das Selbststudium, für die Aus- und Fortbildung und für die polizeiliche Praxis.

Prüfungswissen Kriminalistik und Kriminaltechnik, Robert Weihmann, Claus-Peter Schuch, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GmbH, 1. Auflage 2011, 19,90 Euro, ISBN 978-3-8011-0656-0



Deutsche Polizei

Nr. 5 • 60. Jahrgang 2011 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon: (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandene Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
 Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
 Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel

Foto: ddp images/dapd Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
 Forststraße 3a, 40721 Hilden
 Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
 Fax (0211) 7104-174
E-Mail: av@vdpolizei.de
Geschäftsführer:
 Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
 Antje Kleuker
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

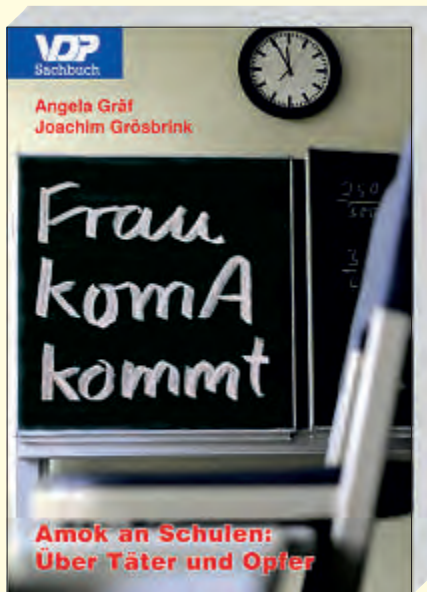


Druckauflage dieser Ausgabe:
 175.223 Exemplare
 ISSN 0949-2844

Herstellung:
 L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
 DruckMedien
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
 Postfach 1452, 47594 Geldern,
 Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887



Aktuelle Neuerscheinung



Frau komA kommt

Amok an Schulen:
Über Täter und Opfer

Von **Angela Gräf** und **Joachim Grösbrink**.

1. Auflage 2011,
184 Seiten, DIN A 5, Broschur,
16,90 € [D], 30,10,- sFr.
ISBN 978-3-8011-0648-5

„Frau Koma kommt“ – diese Durchsage am 11. März 2009 an der Albertville-Realschule in Winnenden machte Lehrern und Schüler klar: ein zu allem bereiter bewaffneter Amokläufer befindet sich im Schulgebäude. Denn die Umkehrung des Wortes „Amok“ war das vereinbarte Codewort, um vor einem solchen schrecklichen Ereignis zu warnen. „Amok an Schulen“ – dies ist spätestens seit dem School Shooting von Erfurt am 26. April 2002 auch in Deutschland eine ständige und reale Bedrohung, vor der es sich zu schützen gilt.

Aber warum läuft ein Schüler Amok? Gab es im Vorfeld erkennbare Anzeichen? Kann eine solche Tat verhindert werden? Und wer hilft den traumatisierten Opfern, Angehörigen und Hinterbliebenen? Antworten auf diese Fragen geben Angela

Gräf und Joachim Grösbrink in diesem Buch. Sie zeigen besorgten Eltern und Pädagogen Alarmzeichen bei möglichen Tätern auf, beleuchten die Rolle der Medien und bieten Lehrern und der Institution Schule praxisgerechte Präventionsansätze. Welche Gefühle und Ängste Lehrer umtreiben, findet ebenso Eingang in ihr Buch wie die eindringlichen Schilderungen von zwei Polizeibeamten, die beim Amoklauf in Emsdetten am 20. November 2006 ihr Leben riskierten. Zudem erläutern die Autoren, wo Amok-Opfer Unterstützung finden und wie Betroffene ihre Rechte wahrnehmen können.

Nicht zuletzt wegen der zahlreichen Info-Boxen, konkreten Hilfen und praktischen Tipps ist dieses Sachbuch damit ein wertvoller Ratgeber für Eltern, Lehrer und Polizeibeamte.

Autoren:

Angela Gräf, M.A., Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Nebenklage und Opferschutz, Kriminologin, Polizeiwissenschaftlerin und Fachberaterin für Opferhilfe. Ehrenamtliche Leiterin zweier Außenstellen des WEISSEN RINGS e.V.

Joachim Grösbrink, M.A., Kriminologe und Polizeiwissenschaftler, ist seit 1990 Polizeibeamter. Seit 2008 hauptamtlicher Dozent an der FHÖV NRW. Leiter des Freien Institut für Kriminologie IfK Castrop-Rauxel, ein interdisziplinär ausgerichtetes und deutschlandweit tätiges Institut für angewandte Kriminologie und Gewaltprävention.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.vdpolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb
Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@vdpolizei.de • www.VDPolizei.de

FASHION by EUROSTYLE®

Mehr Sinn für den Alltag

Produkte die Nutzen versprechen und
Schönes bieten.

Leather & more. Since 1899.

Damen Leder-Handtasche FASHION

Geräumiges Reißverschluss-Hauptfach mit Organizer-Einteilung und Reißverschlussfach. Zusätzliches Reißverschlussfach als Zwischenwand.

Maße ca. 45 x 30 x 19 cm.
Verpackt im Einzelkarton.

Farbe:

schwarz	25-3005
taupe	25-3105

VK 79,95 €

(empf. VK 99,00 €)

Viskose Schal LEOPARD

Gefranst im Leodesign, 100 % Viskose.

Maße: ca. 70 x 200 cm.

Verpackt im Einzelkarton.

23-3205

VK 19,95 €



Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -165 • E-Mail: osg.werbemittel@gdp-online.de • www.osg-werbemittel.de